

85. Sitzung

Freitag, den 9. Mai 2003

Erfurt, Plenarsaal

**Nachwahl und ggf. Vereidigung
eines Mitglieds des Verfassungs-
gerichtshofs**

7414

dazu: Unterrichtungen durch die
Präsidentin des Landtags
- Drucksachen 3/3276/3286 -

Als Mitglied des Thüringer Verfassungsgerichtshofs mit Befähigung zum Richteramt wird in geheimer Wahl ohne Aussprache auf die Dauer von fünf Jahren anstelle des ausgeschiedenen Dr. Dieter Lingenberg Rechtsanwalt Peter Goetze gemäß Artikel 79 Abs. 3 Satz 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen und § 3 Abs. 3 des Thüringer Verfassungsgerichtshofsgesetzes mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags gewählt.

Der Kandidat Rechtsanwalt Günter Gabriel erreicht nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Bei der Wahl eines neuen stellvertretenden Mitglieds mit Befähigung zum Richteramt erreicht der zur Wahl stehende Notar Dr. Ulrich Krause nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Herr Rechtsanwalt Peter Goetze nimmt die Wahl an und wird von der Präsidentin des Landtags als Mitglied des Thüringer Verfassungsgerichtshofs mit Befähigung zum Richteramt ernannt und vereidigt.

**Bericht zur Situation auf Thü-
ringens Landesstraßen**

7416

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/3262 -

Ohne Begründung durch den Antragsteller erstattet Staatssekretär Richwien einen Sofortbericht. Auf Verlangen der Fraktion der SPD findet gemäß § 106 Abs. 1 GO eine Aussprache über den Bericht der Landesregierung statt.

Der Antrag der Fraktion der PDS auf Fortsetzung der Beratung des Berichts im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik wird einstimmig angenommen. Die Erfüllung des Berichtersuchens zu dem Antrag wird gemäß § 106 Abs. 2 GO festgestellt.

**Umsetzung des Gesamtkonzepts
der Landesregierung zur Förderung
von Jugendkulturprojekten**

7422

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/3272 -

Nach Begründung durch den Einreicher und Aussprache wird die beantragte Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Mehrheit abgelehnt. Der Antrag wird mit Mehrheit abgelehnt.

**Folgerungen aus dem "Bericht über
die Lebenssituation junger Menschen
und die Leistungen der Kinder- und
Jugendhilfe in Deutschland - Elfter
Kinder- und Jugendbericht -" für die
Jugendhilfe in Thüringen**

7431

Beratung des Berichts der Landes-
regierung - Drucksache 3/3198 -
auf Verlangen der Fraktion der CDU
dazu: Unterrichtung durch die Präsi-
dentin des Landtags
- Drucksache 3/3239 -

Nach Begründung des Verlangens auf Beratung des Berichts wird die Aussprache zum Bericht durchgeführt.

Der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Fortsetzung der Beratung des Berichts im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit gemäß § 106 Abs. 1 i.V.m. § 86 Abs. 2 Satz 3 GO wird mit Mehrheit abgelehnt.

**Veröffentlichung einer Dokumentation
zur Entstehungsgeschichte der Ver-
fassung des Freistaats Thüringen**

7450

Antrag der Fraktionen der CDU, PDS
und SPD
- Drucksache 3/3281 -

Ohne Aussprache wird der Antrag einstimmig angenommen; die gemäß § 120 GO erforderliche Mehrheit ist damit erreicht.

Arbeitsmarktpauschale

7451

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/3277 -
dazu: Alternativantrag der
Fraktion der SPD
- Drucksache 3/3297 -

Ohne Begründungen durch die Einreicher und nach Aussprache wird der Antrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/3277 - in namentlicher Abstimmung bei 68 abgegebenen Stimmen mit 10 Ja-Stimmen, 43 Nein-Stimmen und 15 Enthaltungen abgelehnt (Anlage).

Der Alternativantrag der Fraktion der SPD - Drucksache 3/3297 - wird mit Mehrheit abgelehnt.

**Jahresabschluss 2002 des Landes-
haushalts und Auswirkungen auf
den laufenden Doppelhaushalt**

7459

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/3288 -

*Nach Begründung durch den Antragsteller erstattet Finanzministerin Diezel einen
Sofortbericht.*

*Auf Verlangen der Fraktion der PDS findet gemäß § 106 Abs. 1 GO eine Ausspra-
che zu dem Bericht der Landesregierung statt.*

*Gemäß § 106 Abs. 2 GO wird die Erfüllung des Berichtersuchens zu dem Antrag
festgestellt.*

**Die Reform des Arbeitsmarktes
und Auswirkungen auf den
Thüringer Arbeitsmarkt**

7470

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 3/3283 - Neufassung -

*Ohne Begründung durch den Einreicher und nach Aussprache wird der Antrag
mit Mehrheit angenommen.*

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Althaus, Arenhövel, Bergemann, Böck, Bonitz, Braasch, Carius, Emde, Fiedler, Prof. Dr. Goebel, Grob, Groß, Grüner, Heym, Jaschke, Kallenbach, Köckert, Kölbel, Dr. Kraushaar, Krauß, Kretschmer, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Mohring, Panse, Dr. Pietzsch, Pöhler, Primas, Schröter, Schugens, Schuster, Schwäblein, Seela, Dr. Sklenar, Sonntag, Stauch, Tasch, Trautvetter, Dr. Vogel, Vopel, Wackernagel, Wehner, Wetzell, B. Wolf, Wunderlich, Dr. Zeh, Zitzmann

Fraktion der PDS:

Buse, Dittes, Dr. Fischer, Gerstenberger, Dr. Hahnemann, Huster, Dr. Kaschuba, Dr. Klaubert, Dr. Koch, Kummer, Nitzpon, Nothnagel, Ramelow, Scheringer, Sedlacik, Sojka, Dr. Wildauer, K. Wolf

Fraktion der SPD:

Bechthum, Becker, Dr. Botz, Doht, Döring, Ellenberger, Höhn, Dr. Klaus, Künast, Lippmann, Dr. Müller, Pelke, Dr. Pidde, Pohl, Schemmel, Dr. Schuchardt, Seidel

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsident Dr. Vogel, die Minister Diezel, Dr. Gasser, Gnauck, Dr. Krapp, Dr. Pietzsch, Prof. Dr. Schipanski, Schuster, Dr. Sklenar, Trautvetter

Rednerliste:

Präsidentin Lieberknecht	7414, 7415, 7416, 7417, 7418, 7419, 7421, 7422, 7423, 7424, 7426, 7429
Vizepräsidentin Ellenberger	7452, 7453, 7454, 7455, 7456, 7458, 7459, 7461, 7463, 7466, 7469, 7470, 7471
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	7429, 7431, 7433, 7437, 7443, 7445, 7446, 7450
Bechthum (SPD)	7445
Bergemann (CDU)	7458
Buse (PDS)	7417
Gerstenberger (PDS)	7452, 7453, 7454, 7455, 7470
Prof. Dr. Goebel (CDU)	7429
Höhn (SPD)	7466
Huster (PDS)	7463
Kallenbach (CDU)	7419
Dr. Kaschuba (PDS)	7422
Dr. Klaubert (PDS)	7426
Künast (SPD)	7414, 7415
Lippmann (SPD)	7418
Mohring (CDU)	7461
Dr. Müller (SPD)	7455, 7456, 7470
Nitzpon (PDS)	7443, 7461
Nothnagel (PDS)	7432
Panse (CDU)	7431, 7437, 7450
Pelke (SPD)	7433
Seela (CDU)	7422, 7423
Seidel (SPD)	7424
Stauch (CDU)	7459
Vopel (CDU)	7451, 7454, 7455, 7456, 7458, 7470
Dr. Wildauer (PDS)	7459
Zitzmann (CDU)	7414, 7415
Diezel, Finanzministerin	7459, 7469
Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit	7446
Richwien, Staatssekretär	7416, 7421
Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst	7429
Herr Goetze	7416

Die Sitzung wird um 9.04 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

Präsidentin Lieberknecht:

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, sehr verehrte Vertreter der Landesregierung, verehrte Gäste auf der Besuchertribüne, ich begrüße Sie sehr herzlich zur heutigen 85. Plenarsitzung des Thüringer Landtags am 9. Mai 2003, die ich hiermit eröffne.

Als Schriftführer haben neben mir Platz genommen Frau Abgeordnete Künast und Frau Abgeordnete Zitzmann. Frau Abgeordnete Zitzmann wird die Rednerliste führen.

Für die heutige Sitzung haben sich Herr Abgeordneter Gentzel, Herr Abgeordneter Illing, Frau Abgeordnete Stangner und Frau Abgeordnete Thierbach entschuldigt.

Gemäß der Feststellung der Tagesordnung, die wir bereits gestern getroffen hatten, komme ich jetzt zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 18**

Nachwahl und ggf. Vereidigung eines Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs

dazu: Unterrichtungen durch die
Präsidentin des Landtags
- Drucksachen 3/3276/3286 -

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Nachwahl erforderlich geworden ist, da Herr Notar Dr. Dieter Lingenberg, der als Mitglied des Thüringer Verfassungsgerichtshofs mit der Befähigung zum Richteramt - das ist wichtig - gewählt wurde, am 15. April 2003 das 68. Lebensjahr vollendete und damit zwangsläufig gemäß § 4 Abs. 1 i.V.m. § 6 Abs. 1 des Thüringer Verfassungsgerichtshofgesetzes aus seinem Amt ausscheidet bzw. ausgeschieden ist.

Nach § 3 Abs. 3 des Thüringer Verfassungsgerichtshofgesetzes wählt der Landtag ein neues Mitglied für eine volle Amtszeit, wenn ein Mitglied vor Ablauf der Amtszeit ausscheidet.

Gewählt ist - auch das ist wichtig und das bitte ich zu beachten -, wer die Stimmen von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags, also 59 Stimmen, auf sich vereinigt.

Für diese Nachwahl des Mitglieds mit Befähigung zum Richteramt muss auch das neu zu wählende Mitglied die Befähigung zum Richteramt besitzen.

In den Unterrichtungen in den Drucksachen 3/3276 und 3/3286 liegen Wahlvorschläge der Fraktion der PDS und der Fraktion der CDU vor. Weil in beiden Fällen ein bisheriges stellvertretendes Mitglied als Mitglied gewählt werden soll, wäre auch die Wahl eines neuen stellver-

tretenden Mitglieds notwendig. Dieser Wahlvorschlag liegt im Falle des Wahlvorschlags der CDU ebenfalls in der Drucksache 3/3286 vor.

Im ersten Wahlgang für die Nachwahl für das bisherige Mitglied Dr. Dieter Lingenberg konkurrieren die Kandidaten Rechtsanwalt Günter Gabriel und Rechtsanwalt Peter Goetze. Bei erfolgreicher Wahl von Herrn Peter Goetze stünde in einem zweiten Wahlgang die Wahl von Notar Dr. Ulrich Krause als Stellvertreter des Mitglieds mit Befähigung zum Richteramt - also auch hier zu beachten - für Prof. Dr. Walter Bayer an.

Wir werden also jetzt die Wahl entsprechend durchführen. Es gibt einen Stimmzettel, und zwar für die erste Wahl, die Wahl des Mitglieds. Denkbar einfach, einmal Wahlvorschlag der Fraktion der PDS Günter Gabriel und Wahlvorschlag der CDU Peter Goetze und jeder mache sein Kreuzchen bei seinem Kandidaten. Also, jeder hat eine Stimme und kreuzt den an, den er gern von diesen beiden möchte.

Dann können wir damit beginnen, indem ich zunächst einmal die Wahlhelfer bitte, ihr Amt zu übernehmen. Das ist Frau Abgeordnete Bechthum, das ist Herr Abgeordneter Braasch und Frau Abgeordnete Sojka. Rechts und links die Stimmzettel. Der Herr kann sich vielleicht auch aus optischen Gründen an die Urne begeben. Wenn Sie die Zettel haben, bitte ich Frau Kollegin Zitzmann, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

Abgeordnete Zitzmann, CDU:

Althaus, Dieter; Arenhövel, Johanna; Bechthum, Rosemarie; Becker, Dagmar; Bergemann, Gustav; Böck, Willibald; Bonitz, Peter; Botz, Gerhard; Braasch, Detlev; Buse, Werner; Carius, Christian; Dittes, Steffen; Doht, Sabine; Döring, Hans-Jürgen; Ellenberger, Irene; Emde, Volker; Fiedler, Wolfgang; Fischer, Ursula; Gentzel, Heiko; Gerstenberger, Michael; Dr. Goebel, Jens; Grob, Manfred; Groß, Evelin; Grüner, Günter; Dr. Hahnemann, Roland; Heym, Michael; Höhn, Uwe; Huster, Mike; Illing, Konrad; Jaschke, Siegfried; Kallenbach, Jörg; Dr. Kaschuba, Karin; Dr. Klaubert, Birgit; Dr. Klaus, Christine; Dr. Koch, Joachim; Köckert, Christian; Kölbel, Eckehard; Dr. Kraushaar, Ingrid; Krauß, Horst; Kretschmer, Thomas; von der Krone, Klaus; Kummer, Tilo; Künast, Dagmar;

Abgeordnete Künast, SPD:

Lehmann, Annette; Lieberknecht, Christine; Lippmann, Frieder; Mohring, Mike; Dr. Müller, Alfred; Nitzpon, Cornelia; Nothnagel, Maik; Panse, Michael; Pelke, Birgit; Dr. Pidde, Werner; Dr. Pietzsch, Frank-Michael; Pohl, Günter; Pöhler, Volker; Primas, Egon; Ramelow, Bodo; Schemmel, Volker; Scheringer, Konrad; Schröter, Fritz; Dr. Schuchardt, Gerd; Schugens, Gottfried; Schuster, Franz; Schwäblein, Jörg; Sedlacik, Heidrun; Seela, Reyk;

Seidel, Harald; Dr. Sklenar, Volker; Sojka, Michael; Sonntag, Andreas; Dr. Stangner, Isolde; Stauch, Harald; Tasch, Christina; Thierbach, Tamara; Trautvetter, Andreas; Dr. Vogel, Bernhard; Vopel, Bärbel; Wackernagel, Elisabeth; Wehner, Wolfgang; Wetzel, Siegfried; Dr. Wildauer, Heide; Wolf, Bernd; Wolf, Katja; Wunderlich, Gert; Dr. Zeh, Klaus; Zimmer, Gabriele; Zitzmann, Christine.

Präsidentin Lieberknecht:

Haben alle ihre Stimmzettel abgegeben? Auch die Wahlhelfer hatten Gelegenheit, Herr Abgeordneter Braasch, sich zu beteiligen? Gut. Frau Bechthum und Frau Sojka? Gut. Dann schließe ich die Wahlhandlung und bitte die Stimmzettel auszuzählen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegt ein Ergebnis vor. Zu erreichen waren für eine erfolgreiche Wahl 59 Stimmen. Es entfielen auf den Wahlvorschlag der Fraktion der PDS, Günter Gabriel, 16 Stimmen - damit eindeutig nicht erreicht. Es entfielen auf den Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, Peter Goetze, 61 Stimmen - damit klar die Zweidrittelmehrheit erreicht.

(Beifall bei der CDU)

Ich sehe bereits erste Gratulanten auf der Besuchertribüne. Herr Rechtsanwalt Goetze ist anwesend. Ich darf ankündigen, dass wir dann die Vereidigung auch vornehmen. Aber durch die erfolgreiche Wahl ist auch der zweite Wahlgang erforderlich geworden, nämlich die Wahl, wie ich angekündigt hatte, zu einem stellvertretenden Mitglied mit Befähigung zum Richteramt. Vorgeschlagen ist hier Herr Dr. Ulrich Krause - auch hier ein Wahlzettel, denkbar einfach. Es steht der Wahlvorschlag da, daneben Ja, Nein und Enthaltung. Damit kann jeder sein Votum entsprechend abgeben. Auch hier ist die Zweidrittelmehrheit, eine Mehrheit von 59 Stimmen, erforderlich.

Ich bitte die Wahlhelfer, ihres Amtes zu walten - Frau Bechthum, Herr Braasch, Frau Sojka - und mit dem Verlesen der Stimmzettel zu beginnen.

Abgeordnete Zitzmann, CDU:

Althaus, Dieter; Arenhövel, Johanna; Bechthum, Rosemarie; Becker, Dagmar; Bergemann, Gustav; Böck, Willibald; Bonitz, Peter; Dr. Botz, Gerhard; Braasch, Detlev; Buse, Werner; Carius, Christian; Dittes, Steffen; Doht, Sabine; Döring, Hans-Jürgen; Ellenberger, Irene; Emde, Volker; Fiedler, Wolfgang; Dr. Fischer, Ursula; Gentzel, Heiko; Gerstenberger, Michael; Prof. Dr. Goebel, Jens; Grob, Manfred; Groß, Evelin; Grüner, Günter; Dr. Hahne- mann, Roland; Heym, Michael; Höhn, Uwe; Huster, Mike; Illing, Konrad; Jaschke, Siegfried; Kallenbach, Jörg; Dr. Kaschuba, Karin; Dr. Klaubert, Birgit; Dr. Klaus, Christine; Dr. Koch, Joachim; Köckert, Christian; Kölbel, Eckehard; Dr. Kraushaar, Ingrid; Krauß, Horst; Kretschmer, Thomas; von der Krone, Klaus; Kummer,

Tilo; Künast, Dagmar;

Abgeordnete Künast, SPD:

Lehmann, Annette; Lieberknecht, Christine; Lippmann, Frieder; Mohring, Mike; Dr. Müller, Alfred; Nitzpon, Cornelia; Nothnagel, Maik; Panse, Michael; Pelke, Birgit; Dr. Pidde, Werner; Dr. Pietzsch, Frank-Michael; Pohl, Günter; Pöhler, Volker; Primas, Egon; Ramelow, Bodo; Schemmel, Volker; Scheringer, Konrad; Schröter, Fritz; Dr. Schuchardt, Gerd; Schugens, Gottfried; Schuster, Franz; Schwäblein, Jörg; Sedlacik, Heidrun; Seela, Reyk; Seidel, Harald; Dr. Sklenar, Volker; Sojka, Michael; Sonntag, Andreas; Dr. Stangner, Isolde; Stauch, Harald; Tasch, Christina; Thierbach, Tamara; Trautvetter, Andreas; Dr. Vogel, Bernhard; Vopel, Bärbel; Wackernagel, Elisabeth; Wehner, Wolfgang; Wetzel, Siegfried; Dr. Wildauer, Heide; Wolf, Bernd; Wolf, Katja; Wunderlich, Gert; Dr. Zeh, Klaus; Zimmer, Gabriele; Zitzmann, Christine.

Präsidentin Lieberknecht:

Haben alle die Stimmzettel abgegeben? Herr Dr. Zeh, Herr Wunderlich sind noch dabei. Herr Grob befindet sich aus anderen Gründen im Bereich der Urnen?

Wenn alle die Stimmzettel abgegeben und ihr Wahlrecht wahrgenommen haben, dann schließe ich die Wahlhandlung und bitte wieder mit dem Auszählen der Stimmzettel zu beginnen.

Ich bitte um Aufmerksamkeit, da uns nun auch das zweite Ergebnis vorliegt. Es wurden 79 Stimmzettel abgegeben. Es war kein ungültiger Stimmzettel dabei, damit also auch 79 gültige Stimmzettel. Die Zweidrittelmehrheit der gesetzlichen Mitglieder des Landtags beträgt auch hier 59 Stimmen. Es entfielen auf Herrn Dr. Ulrich Krause 48 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen. Damit war diese Wahl nicht erfolgreich. Dann kommen wir wie angekündigt zur Vereidigung von Herrn Peter Goetze, der erfolgreich als Mitglied im Verfassungsgerichtshof gewählt wurde. Ich bitte Herrn Peter Goetze hier vorn auf das Zwischenpodium zu kommen und, wenn er hier ist, dann die anwesenden Abgeordneten sich zu erheben.

Ich bitte Sie sich zu erheben.

Im Namen des Freistaats Thüringen ernenne ich Herrn Peter Goetze, Rechtsanwalt, Erfurt, mit Wirkung vom 9. Mai 2003 für die Dauer von fünf Jahren zum Mitglied mit Befähigung zum Richteramt des Thüringer Verfassungsgerichtshofs. Erfurt, den 9. Mai 2003 - Die Präsidentin des Thüringer Landtags

Ich bitte Sie nun, mir die Eidesformel nachzusprechen:

Ich schwöre,

Herr Goetze:

Landtags. Herzlichen Glückwunsch.

Ich schwöre,

(Beifall im Hause)

Präsidentin Lieberknecht:

dass ich das mir übertragene Amt

So, dann können wir diesen Punkt abschließen und wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 11** der laufenden Tagesordnung

Herr Goetze:

dass ich das mir übertragene Amt

Bericht zur Situation auf Thüringens Landesstraßen

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/3262 -

Präsidentin Lieberknecht:

nach bestem Wissen und Können verwalten,

Begründung wird, soweit ich sehe, nicht gewünscht, da die Landesregierung einen Sofortbericht angekündigt hat. Ich darf nun bitten den Sofortbericht für die Landesregierung zu geben. Das macht Herr Staatssekretär Richwien. Bitte.

Herr Goetze:

nach bestem Wissen und Können verwalten,

Richwien, Staatssekretär:

Präsidentin Lieberknecht:

Verfassung und Gesetze befolgen

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Antrag der Fraktion der SPD werden die Begriffe "Erhaltung von Straßen" mit "Unterhaltung von Straßen" verwechselt. Die Kosten für die Beseitigung der Winterschäden auf Landesstraßen werden fast ausschließlich aus Unterhalts- und Instandsetzungsmitteln finanziert. Nachdem dieses Missverständnis, meine Damen und Herren, ausgeräumt ist, darf ich zu den Maßnahmen zur Umstufung von Landesstraßen im Haushaltsjahr 2003 sowie den Auswirkungen der Winterschäden auf die Landesstraßen wie folgt Stellung nehmen:

Herr Goetze:

Verfassung und Gesetze befolgen

Präsidentin Lieberknecht:

und verteidigen,

Herr Goetze:

und verteidigen,

Präsidentin Lieberknecht:

meine Pflichten gewissenhaft erfüllen

Im Wesentlichen stützt sich der Antrag der Fraktion der SPD auf eine Pressemeldung des Wirtschaftsministeriums vom 08.04.2003, wonach sich die Winterschäden 2002/2003 an Thüringer Landesstraßen auf rd. 9,2 Mio. € belaufen. Im Landeshaushaltsplan sind für das Haushaltsjahr 2003 unter der Haushaltsstelle Kapitel 07 09 Titel 761 72 für investive Erhaltungsmaßnahmen - ich sage es noch einmal Erhaltungsmaßnahmen - an Landesstraßen und Brücken insgesamt rd. 32,7 Mio. €, darunter rd. 8,4 Mio. für die investive Erhaltung von Straßen eingestellt. Entsprechend den Erläuterungen im Landeshaushaltsplan wird dieser Titel insgesamt mit 20 Mio. € aus dem Operationellen Programm Thüringen 2000 - 2006 (Teil-EFRE) verstärkt. Die von den Thüringer Straßenbauämtern ermittelten Winterschäden auf Landesstraßen werden mit einem Finanzvolumen von rd. 6,4 Mio. € und damit überwiegend im Rahmen der Wartung und Unterhaltung, z.B. durch Schlaglochflickungen, beseitigt. Die Finanzierung erfolgt hierfür aus den Haushaltsstellen Kapitel 07 09 Titel 538 74 und Kapitel 07 09 Titel 521 74. Insgesamt stehen im Landeshaushaltsplan für Wartung und Unterhaltung im Haushaltsjahr 2003 rd. 34,2 Mio. € zur Verfügung. Damit, meine Damen und Herren, ist die Beseitigung der entstandenen Winterschäden sichergestellt.

Herr Goetze:

meine Pflichten gewissenhaft erfüllen

Präsidentin Lieberknecht:

und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.

Herr Goetze:

und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde, so wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Lieberknecht:

Wir haben die Eidesformel vernommen. Ich darf Ihnen jetzt ganz herzlich gratulieren zu dieser Wahl und für Ihr Amt allzeit eine gute Hand wünschen und gute Zusammenarbeit auch mit den Abgeordneten des Thüringer

Mit dem Landeshaushaltsplan 2003/2004 wurde die finanzielle Grundlage geschaffen, dass bauliche Maßnahmen als Voraussetzung für eine nachfolgende Umstufung von Landesstraßen kontinuierlich realisiert werden können. Insgesamt werden mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln in diesem Jahr rd. 120 km Landesstraßen zur Umstufung vorbereitet. Die Straßenbauverwaltung ist angewiesen, den Umfang der notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen vorher mit den zukünftigen Straßenbaulastträgern abzustimmen. Die Zuordnung der finanziellen Mittel erfolgte auf die einzelnen Straßenbauämter und damit auf die einzelnen Regionen entsprechend der Quote der in den einzelnen Ämtern insgesamt vorgesehenen Umstufungskilometer. Damit, meine Damen und Herren, ist eine Gleichbehandlung in den einzelnen Straßenbauämtern und den Regionen sichergestellt. Ich bitte um Verständnis, dass ich die einzelnen Maßnahmen hier nicht aufzähle, bin aber gern bereit, wenn es notwendig ist, sie den einzelnen Mitgliedern dieses hohen Hauses zur Verfügung zu stellen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

So, das war der Bericht. Wünscht jemand die Aussprache? Die SPD-Fraktion. Gut, dann kommen wir zur Aussprache. Als Erster hat das Wort Herr Abgeordneter Buse, PDS-Fraktion. Oder, Herr Lippmann, wollten Sie?

(Zuruf Abg. Lippmann, SPD: Ja, machen Sie.)

Nein. Wir legen es hier vorn fest, nur weil Sie so schauten und wohl erwartet hatten, dass ich Sie aufrufe.

(Heiterkeit im Hause)

Also, machen wir es wie üblich.

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Herr Lippmann hat immer so einen Blick.)

Ach so. Wir beginnen mit der PDS. Wir sind ja flexibel.

Abgeordneter Buse, PDS:

Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Staatssekretär, es klang ja bald wie eine Antwort auf eine Mündliche Anfrage. Da es ein Antrag der Kollegen der SPD-Fraktion ist, steht Ihnen das sicherlich auch mehr zu, das zu bewerten, ich möchte es auch gar nicht werten.

Ich würde gern im Rahmen der Aussprache zu dem Bericht zwei Aspekte oder zwei Fragen ansprechen. Ich sage, der Bericht der Landesregierung hat hier verdeutlicht oder Herr Richwien hat ausgeführt, dass zwischen beiden Komponenten, also Umstufungsvorhaben und Winterschäden 9,2 Mio., nicht ein solcher direkter Zusammenhang steht,

der eigentlich, wenn man den Antrag zur Berichterstattung liest, in Rede stehen würde. Aber ich sehe vor allen Dingen einen Zusammenhang mit der Haushaltslage und insbesondere mit der Bewirtschaftungsreserve, da es passieren kann, dass die sich auswirkt. Sie haben davon gesprochen, in diesem Jahr 2003 120 km Landesstraße für die Umstufung in Abstimmung mit den Baulastträgern vorzubereiten. Wir hatten im vergangenen Jahr eine Kleine Anfrage zu diesem Problem Umstufung als PDS-Fraktion gestellt, oder ich namens oder im Auftrag unserer Fraktion, und haben in Gesprächen auch mit dem Landkreistag erfahren, dass diese Umstufung mit den Baulastträgern in enger Absprache erfolgt. Wir haben in der Antwort damals mitgeteilt bekommen, dass die Umstufung nach einer Verkehrserhebung aus den Jahren 1999/2000 erfolgen sollte und dazu den Landkreisen der vorläufig abschließende Abstufungsbedarf vorgestellt, erörtert wurde. Er wurde ja bekanntlich auch nach Juni 2002 - also nach der Antwort - in einigen Fällen auch verändert. Deswegen gibt es auch sicherlich die Konstellation. Gleichzeitig wies aber die Antwort darauf hin, dass im vergangenen Jahr eine zusammenfassende gutachterliche Schlussbewertung vorgenommen werden sollte, die die Ergebnisse von Modellrechnungen, die Abstimmungsergebnisse mit den Landkreisen sowie den Abstufungsbedarf für autobahnparallele Bundesstraßen zusammenfassen wird als Grundlage für diese Fortschreibung der Umstufungsplanung. Herr Staatssekretär, ich hätte, weil ich damals der Fragesteller war, gewünscht, dass man vielleicht heute, ein knappes Jahr später, darauf vielleicht noch mal Bezug nimmt. Das ist leider nicht erfolgt. Vielleicht können wir das an anderer Stelle dann noch einmal bereden. Ich sage auch noch, was ich mit "anderer Stelle" meine.

Ich will in diesem Zusammenhang auf ein zweites Problem verweisen und aufmerksam machen. Gemeinden mit mehr als 30.000 Einwohnern sind bekanntlich nach § 43 Abs. 2 Thüringer Straßengesetz Träger der Straßenbaulast für Ortsdurchfahrten im Zuge von Landes- und Kreisstraßen. Dabei ist die bei der letzten Volkszählung festgestellte Einwohnerzahl maßgebend und wird mit Beginn des dritten Haushaltsjahrs nach dem Jahr der Zählung verbindlich. In Thüringen fand die letzte Volkszählung bekanntlich 1981 statt und zum 3. Oktober 1990 wurde die amtliche Einwohnerzahl für Thüringen festgestellt und als Berechnungsgrundlage für die Anwendung dieses § 43 zur Anwendung gebracht. Dass diese Zahl heute schon längst nicht mehr stimmt und diese Regelung dazu führt, dass eine Reihe von Städten, z.B. Saalfeld, Rudolstadt, Greiz, trotz Einwohnerzahlen, die bereits seit Jahren unter 30.000 liegen, noch immer für die Ortsdurchfahrten im Zuge von Landes- und Kreisstraßen verantwortlich sind, macht sicherlich die Notwendigkeit der Neubestimmung der Einwohnerzahlen deutlich.

(Beifall bei der PDS)

Allein die Anwendung des § 32 Thüringer Finanzausgleichsgesetz, wonach die Einwohnerzahlen zeitnah - in

Zeitabständen ja bekanntlich von zwei Jahren - neu bestimmt werden, würde hier Abhilfe schaffen. Ich würde auch hier nicht verhehlen, dass uns Informationen erreichen, was die Umstufung von Landesstraßen angeht, dass es Gespräche geben soll, dass Straßen umgestuft werden sollen, ohne vorher saniert zu werden, also entgegen den bisher immer postulierten Vorhaben der Landesregierung mit dem Versprechen an Kommunen, danach nachschüssig den Sanierungsaufwand zu betreiben. Vielleicht ist es gut, im Rahmen der heutigen Debatte dies endgültig klarzustellen. Die Informationen erreichten uns und es wäre schön, Herr Staatssekretär, wenn Sie dazu abschließend vielleicht auch noch mal was sagen könnten.

Meine Damen und Herren, der SPD-Antrag fordert die Landesregierung darüber hinaus auf, über die Winterschäden auf den Landesstraßen zu berichten. Das hat der Herr Staatssekretär getan, die entsprechenden Mitteilungen sind ja auch hinlänglich bekannt. Ich glaube aber, für uns ist das auch, was die Winterschäden an den Landesstraßen angeht, nur die Spitze des Eisbergs, denn die Schäden an den Kreis- und Gemeindestraßen sind sicherlich aufgrund des Straßenzustands dort noch gravierender, auch wenn sie nicht Gegenstand dieses Antrags sind. Sie stehen aber im Zusammenhang, so glauben wir jedenfalls, mit Auswirkungen der Art und Weise der Umstufung und auch deren finanzieller Absicherung. Der Inhalt des Antrags sowie die Berichterstattung der Landesregierung machen für meine Begriffe eine weitere Beratung im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik notwendig. Diese Beratung würde ich hier namens meiner Fraktion beantragen. Ich danke.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Jetzt hat Herr Abgeordneter Lippmann, SPD-Fraktion, das Wort.

Abgeordneter Lippmann, SPD:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich gehe mal davon aus, dass heute eine Übereinstimmung zwischen den Sprechern der CDU-Fraktion und dem Wirtschaftsministerium erfolgt, damit nicht wieder so eine peinliche Panne wie gestern passiert, dass die Kollegen Kretschmer und Kallenbach sich über die Maut förmlich in der Luft zerreißen und dann erklärt der Herr Staatssekretär in aller Seelenruhe, die Maut ist eine wunderbare Sache, wir müssen sie nur dann für den Straßenbau verwenden. Das war auch meine Auffassung gestern. Aber, ich denke, das passiert heute nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe zu, dass ich mich bei meinen doch recht kurzen Ausführungen - wie immer recht kurzen Ausführungen - nicht so sehr auf die Erläuterungen zu dem Antrag der SPD beziehe, sondern auf die Überschrift "Situation auf Thüringens Lan-

desstraßen". Wenn es um den Bau von Straßen, Verkehrseinrichtungen, Verkehrsinfrastruktureinrichtungen geht, die der Bund zu finanzieren hat, dann melden wir uns - Sie, und wir natürlich auch - mit beiden Händen, vor allen Dingen in den letzten fünf Jahren. Wir möchten gern alles und alles möchten wir jetzt sofort. Das ist ein Anspruch, der ist in der menschlichen Psyche begründet. Das ist nun mal so, weil wir nämlich alle zusammen so eifrige Verfechter und Liebhaber einer gut ausgebauten Verkehrsinfrastruktur sind; das geht durch das ganze Haus. Das Trommeln hat sich gelohnt, wir haben es gestern schon angesprochen, im Entwurf des Bundesverkehrswegeplans sind wir gut bedient. Wenn es so kommt, wie es im Entwurf vorgesehen ist, sind wir also ganz toll dabei mit über 4 Mrd. €. Aber das ist jetzt nicht das Thema, sondern nur die so genannte Präambula.

Das Thema heute und jetzt ist: Was tun wir hier in Thüringen für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, also für unser Straßennetz, für das wir die Baulastträger sind und was alles so damit zusammenhängt? Da müssen wir einen Blick - der Herr Buse hat das auch schon getan - zurück in den Doppelhaushalt von 2003/2004 werfen, die Titelgruppe 72 mal in Augenschein nehmen, die da lautet "Baumaßnahmen an Landesstraßen", die ist ja deckungsfähig mit der Titelgruppe 71, aber das ist die Planung, Entwurfsberatung und Bauaufsicht. In dieser Titelgruppe 72 haben wir im Jahr 2002 73,5 Mio. € zum Ansatz gebracht, im Jahr darauf - also für dieses Jahr - 58,2 Mio. € und für nächstes Jahr etwas mehr, nämlich 63,5 Mio. €. Das heißt also, für das laufende Haushaltsjahr hätten wir laut Titelgruppe 72 die 58,2 Mio. € für den Gesamtbereich - Neu-, Um- und Ausbau von Landesstraßen einschließlich Brücken, Schallschutzmaßnahmen, Unterhaltungsmaßnahmen - 20 Prozent weniger als im Jahr 2002. Da kann ich nur sagen, Donnerwetter, das Landesstraßennetz muss ja in einem ganz vorzüglichen Zustand sein, im so genannten Top-Zustand. Aber das ist es nicht, wie wir wissen.

Bei einer Verkehrskonferenz in Nordthüringen am 02.09.2002 - also alle Zitate und Zahlen, die ich jetzt bringe, für die kann ich nicht selber geradestehen, die sind aber alle aus dem Wirtschaftsministerium, das schicke ich gleich voraus - wurde von einem Vertreter des Wirtschaftsministeriums gesagt, dass jährlich ca. 70 Mio. € für den Bereich Landesstraßenbau eingestellt werden müssten, damit ein durchgängiger Erneuerungszyklus erreicht werden kann. Wenn das stimmt, meine sehr verehrten Damen und Herren, reicht das Geld nicht, dann reicht es hinten und vorn nicht. Rein haushalterisch muss man dabei noch wissen, dass dieser Topf noch mit 40 Mio. € EFRE-Mitteln, also europäischer Mittel, gespeist wird. Wir haben bis 2006 als Plan für den Straßenbau 202 Mio. €, so steht es jedenfalls geschrieben. Das heißt, per 31.12.02 - laut Aussage des Wirtschaftsministeriums - sind aber von den 202 Mio. € schon 291,4 Mio. € abgeflossen und verbaut. Das gebe ich mal ohne Kommentar zu bedenken. Wenn man die Zahlen sieht und weiß, welchen Anteil europäischer Mittel wir hier einsetzen, dann stellen wir auf je-

den Fall fest, dass die reinen Landesmittel, die wir in der Titelgruppe 72 eingesetzt haben, schon fast eine marginale Größe erreicht haben. Wir bedienen uns im wachsenden Ausmaß bei EFRE zugunsten des Landeshaushalts. Ich stelle fest, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Anstrengungen sind kein adäquater Beitrag des Landes zur Verkehrsinfrastruktur, für die wir die Verantwortung haben. Und es könnte noch schlimmer kommen. Was heißt könnte - es wird noch schlimmer kommen.

(Zwischenruf Richwien, Staatssekretär:
Wenn es so kommt.)

Es gibt einen Bewirtschaftungserlass der Finanzministerin, wonach 15 Prozent - bislang - der Mittel einzusparen sind,

(Zwischenruf Diezel, Finanzministerin: Ein-
gespart werden können.)

und zwar natürlich bei den freiwilligen Leistungen einzusparen sind. Jedes Ressort kann dann selbst entscheiden - Frau Finanzministerin, das ist so -, wo diese Mittel eingespart werden können. Das ist zwar richtig und für die Ressortchefs sind da gewisse Freiheitsgrade, das räume ich ein, das muss auch so sein, aber ich frage Sie, Herr Schuster oder Herr Staatssekretär: Werden Sie den ohnehin schon stark eingedampften Mittelansatz in der Titelgruppe 72 noch weiter verringern aufgrund dieses Erlasses oder nicht? Das ist für mich und für viele in diesem Haus, die sich mit der Verkehrssituation befassen, schon wichtig, ob das so kommt.

Und ein Weiteres kommt hinzu, das ist die Winterschädenproblematik, zu der Sie ausführlich Bericht erstattet haben. Ich danke Ihnen dafür. Auch da fehlt Geld. Sie haben erklärt, dafür werden die Mittel vorhanden sein, okay, aber wenn der Mittelansatz von ursprünglich 8,4 Mio. €, gemessen an den 9,2 Mio. € Frost- und Tauschäden, nicht reicht, dann müssen die Mittel woanders herkommen. Und woanders reißen Sie dann auch ein Loch. Wenn Sie aus der gesamten Straßenbaukiste kommen, dann kann ich nur sagen, irgendwo hat der Eimer ein Loch. Dieses ganze Dilemma hat natürlich auch Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit. Wir haben uns mit Verkehrssicherheit in der letzten Zeit im Wirtschaftsausschuss eingehend befasst - aber mit dieser Problematik nicht. Ich glaube, wir sollten das nachholen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme schon fast zum Schluss, damit Sie nicht vor Freude ohnmächtig werden. Ich glaube, wir sollten uns auf zwei Dinge verständigen. Es sollte dem Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik eine Übersicht über den derzeitigen Zustand aller Landesstraßen gegeben werden und insbesondere eine Aufstellung der Landesstraßen mit zeitlicher Untersetzung, die künftig abgestuft werden sollen. Das steht wohl, wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Staatssekretär, zur Verfügung, diese Aufstellung. Da der Grundsatz besteht, dass dem nachfolgenden Straßenbaulasträger eine Straße nur in ordnungsgemäßem und saniertem Zustand übergeben werden

darf, melden wir schon den Anspruch an, diese Kosten zu kennen - im Haushalt 2003 sind dafür 20,7 Mio. € eingestellt. Der zweite Punkt: Ich glaube, wir kommen um ein Landesstraßenbauprogramm nicht herum. Es ist eigentlich schon eine längere Forderung, mit der ich hier zu Gange gehe. Ich meine, ein Landesstraßenbauprogramm, das den Namen auch verdient. Natürlich haben wir Anschluss des 07er-Haushaltes, kennen wir die Objektliste für die Straßenbaumaßnahmen, die sehr umfänglich sind. Natürlich kennen wir die. Aber die stellen auf die im Haushalt vorhandenen Mittel ab und geben keine Langfristprognose, z.B. im Zusammenhang mit dem Landesentwicklungsplan, die notwendig ist, um klar und zielgenau planen zu können und vor allen Dingen Prioritätensetzung zu ermöglichen. Ich erlaube mir, vier Schlussfolgerungen zu nennen und dann bin ich schon fertig. Sie haben sich erstens im Zusammenhang mit dem Landesstraßenbauprogramm in überreichem Maße EFRE-Mitteln bedient und die eigenen Mittel zurückgefahren. Wir halten das nicht für gut, auf die Dauer für nicht haltbar. Zweitens sind wir noch nicht einmal in der Lage, und da beziehe ich mich auf Aussagen des Wirtschaftsministeriums, einen durchgängigen Erneuerungs- und Erhaltungsprozess vom finanziellen Mittelvolumen her durchzuführen. Und es klafft nicht nur finanziell eine Riesenlücke zwischen Anspruch an andere und eigenen Bemühungen. Die letzte Schlussfolgerung ist die Bemühung des Freistaats Thüringen, die eigenen Bemühungen des Freistaats Thüringen wohlgemerkt, zum Bau der Unterhaltung von Landesstraßen, diese sind auf ein skandalös niedriges Niveau zurückgefahren worden. Unter diesen Bedingungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, unterliegt das Thüringer Straßennetz einem schleichenden Verfall. Ich glaube, das musste einmal gesagt werden. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Kallenbach, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Kallenbach, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Kollege Lippmann, zu Ihrer Vorbemerkung nur so viel, ich habe gestern meinen Redebeitrag damit begonnen, dass das Vorgehen der Bundesregierung zur Maut ein gutes Beispiel dafür ist, wie man ein grundsätzlich vernünftiges und unterstützenswertes Vorhaben verkorksen kann.

(Zwischenruf Abg. Lippmann, SPD: Ver-
bauen kann.)

Das ist eigentlich jedermann deutlich, der sich mit der Thematik beschäftigt.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt ganz klar, wenn Sie das nun gerade falsch verstanden haben sollten, dass wir das Vorhaben Mauteinführung für Schwer-Lkw unterstützen, weil das wirklich eine zukunftsorientierte Finanzierungsmaßnahme ist. Ohne die kommen wir in Zukunft nicht mehr klar mit der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur. Wenn Sie es gerade nicht verstanden haben sollten: Wir unterstützen grundsätzlich das Vorhaben.

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: Ganz anders. Das stimmt ja nicht.)

Das ist aus allen Diskussionen eigentlich jedermann klar geworden. Aber ich hoffe, dass ich jetzt alle Zweifel hier ausräumen konnte. Wir können aber nicht über so etwas reden, ohne über die Probleme zu reden und über die Fehler, die gemacht werden. Aber nun zu Ihrem Antrag. Zunächst einmal vielen Dank, Herr Staatssekretär, für die schlüssige Berichterstattung. Kollege Lippmann hat jetzt noch eine ganze Reihe von Zahlen genannt, die nicht unbedingt zur Klarstellung gedient haben. Wenn man zu viele Zahlen ineinander wirft, verwirrt das, wenn man das nur hört. Ich möchte nur zwei Zahlen nennen.

(Zwischenruf Abg. Lippmann, SPD: Sie haben das gemacht.)

Naja gut, okay. Danke.

(Heiterkeit bei der SPD)

Nur zwei Zahlen möchte ich nennen, damit es wirklich klar wird. Insgesamt stehen in dem Titel des Einzelplans 07 im Kapitel 09 "Erhaltungsmaßnahmen an Landesstraßen einschließlich Brücken" 34,2 Mio. € zur Verfügung. Was Sie hier angesprochen haben, sind die Winterschäden, die sich auf 9,2 Mio. € belaufen. Diese Titel, die sich darin befinden, sind deckungsfähig, so dass die Winterschäden ohne Frage behoben werden können. Ich darf an der Stelle auch darauf hinweisen, dass es die CDU-Landtagsfraktion gewesen ist, die in den Haushaltsberatungen für den laufenden Doppelhaushalt 2003/2004 gerade diesen Titel um 5 Mio. € angehoben hat.

(Beifall Abg. Wunderlich, CDU)

Es hat zwar an anderer Stelle zu gewissen Problemen geführt, aber daran sehen Sie doch, dass uns der Titel hier gerade sehr, sehr wichtig ist, sehr, sehr am Herzen liegt. Also er ist um 5 Mio. € angehoben worden. Das kommt jetzt den Thüringer Landesstraßen wirklich zugute. Ich muss es noch einmal betonen. Die Beseitigung der Winterschäden muss also nicht ausschließlich aus dem Unterhaltungstitel finanziert werden, sondern der gesamte Titel steht dazu zur Verfügung. Die Befürchtung der SPD, dass die Mittel für die Winterschädenbeseitigung nicht reichen, geht ins Leere. An der Stelle muss man auch daran erinnern, dass Sie immer wieder in den letzten Jahren sehr darauf gedrungen haben, dass die Kommunen für die

Kosten des Winterdienstes Mittel bekommen, letztlich aus diesen Titeln für die Straßenunterhaltung. Denn wo soll es denn sonst herkommen? Da ist nun auch nach langen Verhandlungen, hin und her, ein Kompromiss gefunden worden. Aber die Mittel gehen nun auch da weg, Kollege Lippmann. Das haben Sie auch immer mit gefordert. Nun ist es zu einer Einigung gekommen und nun funktioniert es auch so.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Nein. Wir haben nie gefordert. Das ist Quatsch.)

Das muss man auch mit zur Kenntnis nehmen. Das fehlt nun in gewissem Umfang, aber trotzdem können die Winterschäden beseitigt werden. Nun zu der Frage: Wo stehen wir insgesamt in Thüringen beim Ausbau der Landesstraßen? Wir können heute feststellen, dass 50 Prozent der Landesstraßen, für die wir als Land unmittelbar zuständig sind, in einem guten bzw. sehr guten Zustand sind, immerhin 50 Prozent.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das sind bei mir die anderen 15 Prozent.)

Das können Sie nun so sehen und so sehen. Wir sind also nun weiß Gott noch nicht am Ziel - um Gottes Willen. Aber wir haben auch schon etwas erreicht in den letzten 12 Jahren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Nun müssen wir auf dem Weg weiterkommen. Wenn Sie da mithelfen und unterstützen, dann sind Sie herzlich willkommen. Aber immerhin 50 Prozent sind erreicht. Es ist auch noch viel zu tun. Nun zu der Frage der Umstufung von Landesstraßen zu Kreisstraßen. Dazu gibt es klare Kriterien, wo das notwendig ist. Wir halten seit Jahren und auch in Zukunft daran fest: Es werden nur diese Straßen abgestuft zu Kreisstraßen, die vor der Abstufung grundhaft ausgebaut wurden. Es wird keine unsanierte Straße übergeben. Das sollten wir nicht tun. Das ist bisher auch nicht geschehen. Wir sollten daran wirklich festhalten. Kollege Lippmann, Landesstraßenbauprogramm ist vollkommen richtig. Das Kabinett hat sich das auch vorgenommen. Aber wir müssen die richtige Reihenfolge einhalten. Jetzt reden wir über den Bundesverkehrswegeplan. Da gibt es im Moment aber nur einen Referentenentwurf. Es gibt noch nicht einmal einen Kabinettsbeschluss. Wenn der dann durch den Bundestag ist und durch den Bundesrat und ist hier zu einem Gesetz geworden, dann ist der Zeitpunkt da, dass wir auch für den Landesstraßenbau ein Programm erstellen. Da sind wir wirklich auf einer Linie. Das wird gemacht. Aber wir müssen schon von oben nach unten gehen. Jetzt ist das umfassend noch nicht möglich.

Zu der Frage, die Kollege Buse angesprochen hat - Volkszählung -, das haben wir vor ein paar Monaten hier diskutiert. Die Größe der Städte, die um 30.000 herum

schwanken, festzustellen, ist richtig, aber da muss ich heute noch mal darauf hinweisen, dass die EU angekündigt hat, eine Volkszählung durchzuführen und das müssen wir nun abwarten. Das sollte eigentlich im nächsten Jahr erfolgen; ich hoffe, es kommt dazu und dann haben wir dazu Klarheit.

Abschließend möchte ich noch mal auf Folgendes hinweisen: Kollege Lippmann, wir sind uns grundsätzlich einig, dass nicht besonders viele Mittel für den Landesstraßenbau zur Verfügung stehen. Es könnte, das werden Sie mir abnehmen, aus meiner Sicht noch viel, viel mehr sein. Aber auch das gehört natürlich zum Landeshaushalt. Wir sind an sich froh, dass wir diesen Stand haben, das sage ich hier ganz klar und deutlich. Und wenn wir in den nächsten Tagen über die Steuerschätzung reden, dann will ich froh sein, sage ich hier ganz offen, wenn wir diesen Stand halten können. Wenn Sie heute mal in die FAZ schauen, da erwartet die FAZ, dass dem Bund und den Ländern dann 9 bis 12 Mrd. € bei der nächsten Steuerschätzung fehlen. Dann ist die spannende Frage: Was kommt dabei auf den Freistaat Thüringen zu?

Zusammenfassend ist zu sagen: Wir können mit gewissen Abstrichen immer noch zufrieden sein mit dem, was wir im Landeshaushalt für die Landesstraßen haben. Wir wollen diesen Stand halten, wir haben viel erreicht, aber wir sind noch längst nicht am Ziel. Sie können gern mithelfen, aber für die gesamtwirtschaftliche Situation ist nun wirklich der Bund zuständig und leider nicht wir. Da können Sie sich in Berlin große Verdienste erwerben, wenn Sie bei den Änderungen mithelfen.

Abschließend möchte ich sagen, dass wir einer Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik zustimmen. Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Die Landesregierung, Herr Staatssekretär Richwien, hat noch mal um das Wort gebeten.

Richwien, Staatssekretär:

Vielen Dank, Frau Präsidentin, es sind ja einige Punkte schon von Herrn Kallenbach richtig gestellt worden. Ich wollte genauso darauf hinweisen, Herr Buse, dass wir, glaube ich, hier in diesem Hause schon mal berichtet haben zur Volkszählung. Ich glaube, das müssen wir jetzt nicht noch einmal wiederholen.

An Herrn Lippmann noch mal: Ich glaube, Ihr Antrag hat ja zwei Teile, einmal der Teil Winterdienst - dürfte erledigt sein, ist klar und deutlich beantwortet; wir haben eine klare Aussage hier an der Stelle getätigt, wo wir der Meinung sind, dass die Mittel dafür da sind und dass der Winterdienst sichergestellt ist und auch die Reparatur. Ich

sage aber auch noch als Ergänzung, dass wir, wenn wir die Zahlen rein fiskalisch betrachten, ungefähr bei derselben Größenordnung liegen wie in den vergangenen Jahren.

Ich will noch mal ein, zwei Punkte zur Umstufung aufgreifen, Herr Lippmann. Ich glaube, Sie akzeptieren und wir haben als Haus auch kein Problem damit, das noch einmal in dem Ausschuss zu beraten, dass ich hier nicht die einzelnen Umstufungsmaßnahmen aufzähle. Ansonsten hätte ich hier, glaube ich, die Tagesordnung gesprengt, ich müsste nämlich die ganzen Listen der Umstufungen dann hier verlesen und, ich glaube, das ist auch nicht in Ihrem Antrag gewollt gewesen. Aber alles hängt nun mal mit allem zusammen und ich würde mir natürlich auch gern wünschen, dass man recht zügig einen Bundesverkehrswegeplan auf den Tisch legt, damit ich weiß, welche Maßnahme wann kommt und in welcher Größenordnung und wie sie eingeordnet ist.

(Beifall bei der CDU)

Es ist für uns eine Planungssicherheit und Sie wissen natürlich auch, dass wir als Land bei den Planungen ja in gewisse Vorleistungen gehen und das wäre schon ganz wichtig, das Geld effizient einzusetzen, zu wissen, ob nun diese Maßnahme vom Bund bestätigt wird oder nicht. Und auf den Bundesverkehrswegeplan haben wir in der Vergangenheit immer sehr energisch gedrängt.

Und der zweite Teil: Seit Wochen versuchen wir natürlich das Bundesministerium dahin gehend zu drängen, die Finanzierungsvereinbarung zum ICE zu unterschreiben. Jetzt wird der Juli wieder angekündigt, ich hoffe, es wird dieses Datum gehalten. Das ist natürlich nicht ganz hilfreich bei der Gesamtproblematik.

Zur Maut will ich noch ergänzen - Herr Kallenbach hat schon darauf Bezug genommen -, dass wir hier nicht eine andere Meinung vertreten haben, sondern wir haben klar und deutlich gesagt, es ist nicht mehr die Frage, ob sie kommt, sondern unter welchen Bedingungen sie letztendlich kommt und welche Regelungen dort noch eingeführt werden. Ich bin gern bereit, Herr Lippmann, in dem Ausschuss darüber zu berichten und vielleicht auch mal einen Vergleich zu anderen Ländern heranzuziehen, wie nämlich unser Landesprogramm aussieht und was wir in den letzten Jahren schon geleistet haben bei dem Ausbau der Landesstraßen und wie das in den anderen Ländern aussieht. Da werden Sie sehen, so wie es Herr Kallenbach gesagt hat, dass wir schon ein sehr, sehr großes Stück vorangekommen sind.

Nun haben Sie die Mittel angesprochen, die Mittelsituation ist nun mal beim Bund und natürlich vor allen Dingen bei uns, bei den Ländern, sehr angespannt und wir müssen versuchen, sehr effizient mit den Mitteln umzugehen. Deswegen habe ich vorhin auch den Bezug auf die Planungsmittel hergeleitet. Ich sage Ihnen aber auch genauso deutlich, das Programm, was vom Bund ins Leben gerufen

wurde, nämlich das "Brückenbauprogramm", was am 31.12.2003 ausläuft, dass das ganz hilfreich wäre, wenn der Bund das um ein Jahr verlängern würde. Das würde uns natürlich im Etat immens entlasten und wir könnten einige Landesstraßen mehr umstufen bzw. auch hier aufarbeiten.

Ich habe an meine Kollegin Gleicke geschrieben, ich habe darum gebeten, dieses Programm noch mal zu verlängern, aber seit Wochen habe ich bis jetzt zu dieser Problematik jedenfalls nichts vernommen.

Zur Umstufung - letzte Bemerkung: Wir sind uns mit den Kreisen einig, wir haben einzelne Vereinbarungen getroffen und diese Vereinbarungen sind gegenseitig so akzeptiert, so dass ich der Meinung bin, dass es richtig war in unserem Haus der Umstufung eine oberste Priorität einzuräumen, so dass wir erst die Landesstraßen ausbauen, die dann auch an die Kreise weitergegeben werden. Ich glaube, dass man damit auf dem richtigen Weg ist.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Weitere Meldungen sehe ich nicht. Es war Weiterberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik beantragt, da müsste die SPD-Fraktion zustimmen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer für die Fortberatung ist, den bitte ich um das Handzeichen. Oh, große Einmütigkeit im Hause. Gegenstimmen? Nicht. Enthaltungen? Auch nicht. Dann einstimmig die Weiterberatung beschlossen.

Damit kann ich den Tagesordnungspunkt schließen und komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 12**

Umsetzung des Gesamtkonzepts der Landesregierung zur Förderung von Jugendkulturprojekten Antrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/3272 -

Die PDS-Fraktion wünscht, dass begründet wird, und zwar wird das Frau Kollegin Dr. Kaschuba übernehmen. Ich bitte, die Begründung zu geben.

Abgeordnete Dr. Kaschuba, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die PDS-Fraktion hat den Antrag eingebracht, "Umsetzung des Gesamtkonzepts der Landesregierung zur Förderung von Jugendkulturprojekten". Nachdem unsere Fraktion mehrere Jahre lang angemahnt hatte, dass die Probleme in diesem sensiblen Kulturbereich im Landtag gelöst und diskutiert werden sollten, schien auch die Landesregierung nun endlich Handlungsbedarf in den letzten Jahren zu erkennen, und im Sommer des vergangenen Jahres legte die Landesregierung ein Gesamtkonzept zur Förderung von Jugendkulturprojekten vor. In diesem Konzept wurde die Situa-

tion zwar richtig analysiert, doch die eigentlich brennende Frage, wie die Arbeit in den Projekten durch das Einrichten von festen Stellen finanziert und gesichert werden kann, wurde bisher nicht beantwortet. Im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst wurde auch eine Anhörung zum Thema am 28. März durchgeführt und im Anschluss an diese Anhörung schrieb der Landesverband der Musikschulen Thüringens an den Ausschussvorsitzenden Prof. Dr. Goebel - das möchte ich kurz zitieren: "...möchten wir Bezug nehmen auf die Anhörung zur Situation der Jugendkulturarbeit am 28. März im Thüringer Landtag, die wir mit großem Interesse verfolgt haben. Wir begrüßen sehr, dass sich die Landesregierung intensiv mit der Problematik beschäftigt. Viele Fragen die Musikschularbeit betreffend wurden an diesem Tag bereits angesprochen, einige konnten nach unserer Ansicht nur unzureichend beantwortet werden." Dieser Ansicht müssen wir uns insofern anschließen, dass es hohe Erwartungshaltungen an die Landesregierung zur Lösung der Probleme gibt, dass die kulturelle Jugendbildung ihrem Stellenwert und ihrer gesamtgesellschaftlichen Bedeutung entsprechend gefördert und gesichert wird. Erinnert sei hier auch an die Aussage von Frau Ministerin Schipanski bei der Verleihung des Thüringer Kunstpreises an die Erfurter Schotte und 3 K aus Mühlhausen. Sie formulierte dort, sie werde sich schützend vor die Jugend- und Breitenkulturbereiche stellen. Nichtsdestotrotz gibt es bis heute nur unzureichende Schlussfolgerungen, die sich insbesondere auf die Schaffung von festen Stellen und die Sicherung von Arbeitsstellen in diesem Bereich beziehen. Diese Probleme der Finanzierung dieser Stellen konnten bis heute nicht gelöst werden. In diesem Sinne zielt der Antrag der PDS-Fraktion auf eine Diskussion zur Lösung dieser Probleme hier im Hause und wir erwarten uns da auch eine gute Diskussion, die Lösungswege aufzeigt. Danke.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Wir kommen zur Aussprache. Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Seela, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Seela, CDU:

Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, besonders begrüßen möchte ich auch die jungen Gäste auf der Tribüne. Ich sehe da sehr viele Schüler und, ich denke, es ist sehr passend, gerade bei diesem Tagesordnungspunkt teilzunehmen. Vorab möchte ich mir aber eine Bemerkung doch nicht verkneifen, und zwar verstehe ich jetzt, warum Kollege Gentzel vor zwei Tagen das Halbtagsparlament gefordert hat. Er ward seit gestern Mittag nicht mehr gesehen. Das möchte ich nicht weiter kommentieren.

Sehr verehrte Damen und Herren, nun ist aber auch die PDS-Fraktion - wie wir alle wissen - immer wieder für

eine mehr oder weniger kleine Überraschung gut. Einmal nutzt sie das Parlament als Showbühne, um hier Zettel auf ihre Tische zu legen oder an ihre Fenster zu kleben. Andererseits hat sie das eine oder andere große Problem mit parlamentarisch-demokratischen Umgangsformen.

Präsidentin Lieberknecht:

Lieber Herr Abgeordneter, vielleicht schlagen Sie den Bogen zur Jugendkultur. Das ist sicher möglich.

(Beifall bei der PDS)

Abgeordneter Seela, CDU:

Ich bin jetzt beim Antrag, bei parlamentarisch-demokratischen Umgangsformen, direkt beim Antrag bin ich jetzt. Und zwar zur Chronik: Im letzten Jahr 2002 im September hatte die CDU hier einen Antrag eingebracht, über die Gesamtsituation der Jugendkulturprojekte zu berichten. Wir haben den Bericht gehört und dann begann die Ausschussarbeit. Im März - das hat meine Vorrednerin bereits gesagt - haben wir eine Anhörung durchgeführt, die im Übrigen sehr gut besucht war und die ich für sehr sinnvoll gehalten habe. Ich bin seit dreieinhalb Jahren jetzt im Parlament und wenn ich den parlamentarischen Werdegang weiterverfolgen würde, müsste man eigentlich nach der Anhörung das Thema weiter im Ausschuss behandeln. Aber nein, was macht die PDS, sie nutzt das Thema, um hier wieder eine Show abzuziehen. Das halte ich für unvernünftig und nicht den parlamentarisch-demokratischen Gepflogenheiten entsprechend, meine Damen und Herren. Auch das ist wieder zur Geschäftsordnung - ich rede über Ihren Antrag, meine Damen und Herren von der PDS. Dann schreiben Sie in den Antrag - ich bin wieder bei Ihrem Antrag.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Buse, da muss ich Sie auch ermahnen.

Abgeordneter Seela, CDU:

Ich bin das von Herrn Buse gewohnt, das ist halt sein Niveau. Wenn er von sich ausgeht, das ist doch in Ordnung. Sie können gern nach vorn kommen und können sich dazu äußern. Warum nicht? Meine Damen und Herren, die PDS schreibt in ihrem Antrag oder erweckt zumindest den Eindruck in ihrem Antrag, dass die Jugendkulturarbeit vorrangig eine Aufgabe des Freistaats, des Landes wäre. Meine Damen und Herren, auch hier muss man richtig stellen, vorrangig ist die Jugendkulturarbeit vor allem eine Aufgabe der Kommunen. Das heißt aber nicht, dass wir die Kommunen allein lassen wollen - ganz im Gegenteil. Das Land möchte in Zusammenarbeit mit den Kommunen hier auf diesem Gebiet helfen. Es gibt genügend Beispiele, und dafür danke ich auch insbesondere unserer

Ministerin Frau Prof. Schipanski, die wirklich - obwohl uns allen die Haushaltslage des Freistaats Thüringen bekannt ist - den Kommunen mit den entsprechenden Projekten finanziell unter die Arme greift. Auch das möchte ich noch einmal sagen - weil wir eben nicht bei "Wünsch dir was" sind -, Sie fordern feste Stellen - ich komme dann noch auf die Anhörung zu sprechen -, sagen aber nicht, wie Sie diese feste Stellen finanzieren wollen. Sie wissen ganz genau - wir hatten am Ende des letzten Jahres eine intensive Haushaltsdiskussion gehabt -, dass wir im letzten Doppelhaushalt 1 Mrd. Steuermindereinnahmen hatten. 1 Mrd. Mark von einem Haushalt von ca. 20 Mrd. die einfach diesem Lande fehlten. Und Sie wissen auch - wenn Sie politisch aktiv sind und sich mit Zeitung beschäftigen, es pfeifen die Spatzen von den Dächern -, dass wir in diesem Monat mit Steuerausfällen, also im laufenden Haushaltsjahr wieder mit 100 Mio. rechnen. 100 Mio., die der Freistaat Thüringen auch zu schultern hat. Die Finanzministerin nickt, sie muss die Lösungen dann mit uns gemeinsam aufzeigen. Das ist das Problem und deswegen meine ich, dass es außerordentlich populistisch ist, wenn Sie das wissen, und Sie wissen das, dass Sie dann jetzt noch von zusätzlichen festen Stellen sprechen. Meine Meinung ist, wir müssen das hohe Niveau, das wir im Freistaat Thüringen haben, mit dem Geld, was wir haben - und das ist eben weniger - halten. Das ist das Problem, das ist der Auftrag, denke ich, meine Damen und Herren. Sie sagten, dass im Bericht der Landesregierung im vergangenen Jahr nichts aufgezeigt worden ist. Auch dem muss ich widersprechen, es sind im Gesamtkonzept der Landesregierung Lösungsansätze aufgezeigt worden. Das können Sie nachlesen. Ich glaube, die Diskussion zu diesem Thema hatten wir bereits in der letzten Plenardebatte gehabt. Die Landesregierung nennt hier z.B., dass Schwerpunkte gesetzt werden müssen, Förderschwerpunkte. Wenn ich weniger Geld habe, muss ich das wenige Geld effizient einsetzen. In diesem Sinne muss ich die vorhandenen Maßnahmen, wie z.B. Projektmanagerstellen, eben noch stärker vernetzen. Das ist auch ein Ansatz. Oder ich muss überregionale Schwerpunkte setzen, dass eine gesamte Region etwas von dem Geld bzw. von den Möglichkeiten der Jugendkulturprojekte hat.

Meine Damen und Herren, bei der Anhörung - und ich hoffe, dass wir dieses Problem noch im Ausschuss diskutieren, ich weiß nicht, wie Sie das jetzt handhaben wollen, ob Sie das nur heute hier für die Öffentlichkeit machen, das ist richtig, auch unser Ausschuss ist öffentlich, diskutieren wollen. Aber wenn man Lösungen finden will, denke ich, ist die Ausschussarbeit wichtig und deswegen bin ich dafür, dass wir im Ausschuss noch intensiver diskutieren werden. Dann müssen wir z.B. darüber diskutieren, dass die Frage in der Anhörung aufgeworfen worden ist, die durchaus auch berechtigt ist, dass wir im Freistaat Thüringen mehrere Ressorts haben, die Jugendkulturprojekte unterstützen, bei der Staatskanzlei Europa-projekte z.B., beim Landwirtschaftsministerium Landjugendprojekte. Es kam die Forderung bei der Anhörung, diese Maßnahmen gebündelt in eine Hand zu geben. Ich

meine, und darüber muss man dann reden, das macht wenig Sinn, weil ich glaube, dass Landjugendprojekte beim Fachmann entsprechend angesiedelt sind und dann auch richtig bearbeitet werden, nämlich im Landwirtschaftsministerium und nicht in die Staatskanzlei oder nicht in das Wissenschafts- oder Kultusministerium gehören. Was ebenfalls wichtig ist, dass AB-Maßnahmen bzw. SA-Maßnahmen, Stellen mit denen hauptsächlich Jugendkulturprojekte unterstützt werden, doch ein nicht so wirksames Instrumentarium sind, weil sie zeitlich begrenzt sind. Wenn sich - das wissen Sie - die entsprechenden Mitarbeiter oder Angestellten in das Projekt eingearbeitet haben, läuft ihre Stelle aus und das Projekt steht wieder ohne personellen Kopf da. Auch das ist ein Problem, auch darüber muss man reden. Was ebenfalls diskussionswürdig ist und wert ist, ist die Anwendung der Jugendpauschale für Jugendkulturprojekte. Sie alle sind wahrscheinlich auch auf kommunalpolitischer Ebene tätig und wenn Sie einmal einen Jugendhilfeausschuss besuchen, werden Sie feststellen, dass Träger oder Mitarbeiter von Jugendkulturprojekten dort unterrepräsentiert sind. Hier gibt es auch viel in den entsprechenden Kommunen zu tun, um diese Jugendkulturarbeit im Jugendhilfeausschuss noch stärker voranzubringen. Was auch ein Dilemma ist, Sie wissen, dass z.B. die Landkreise Nordhausen oder Weimarer Land die Jugendpauschale, die ja zur Hälfte kofinanziert werden muss, gar nicht oder teilweise abrufen. Auch hier entsteht natürlich ein Ungleichgewicht, dass die einen es zu 100 Prozent abrufen und die anderen das weniger und dort eben weniger für Jugendkulturarbeit bzw. Jugendarbeit realisiert werden kann. Saalfeld-Rudolstadt arbeitet z.B. sehr aktiv mit den Mitteln der Jugendpauschale.

Meine Damen und Herren, ich halte es also doch für einen Widerspruch auf der einen Seite, feste Stellen zu fordern und auf der anderen Seite nicht aufzuzeigen, wie Sie diese festen Stellen finanzieren wollen. Sie wissen genau, das Land hat hier einen enormen Kraftakt durchzuführen, weil wir eben das Geld nicht haben, das Geld weniger geworden ist, wie auch die nächste Steuerschätzung zeigen wird. Aber dennoch werden wir das wenige Geld, das wir haben, effizient einsetzen. Ein gutes Beispiel dafür ist - was wir auch in der Anhörung angesprochen haben - die Schuljugendarbeit. Trotz der knappen Mittel haben wir für 2003 - wie Sie wissen, wenn Sie den Haushalt kennen - 3,7 Mio. € eingestellt. 2004 haben wir 5 Mio. € eingestellt. Natürlich weiß ich auch, dass man mit den Mitteln der Schuljugendarbeit keine festen Stellen finanzieren kann. Das war auch nicht Ansatz, aber Sie können mehrere Projekte flächendeckend - Sie wissen ja, dass man davon ausgeht, dass für jede Schule ca. 10.000 € bereitstehen und in den Schulen auch darauf gewartet wird, dass dieses Geld zum Einsatz kommt. Ich könnte Ihnen verschiedene Beispiele nennen, ob das nun Töpferwerkstätten sind, ob das Musiktheater sind. All diese Projekte warten auf dieses Geld und arbeiten auch schon damit. Ich denke, dieses Projekt wird sehr zügig umgesetzt und hat starke Resonanz bei den Jugendlichen, die sich mit Jugendkultur eben beschäftigen und hier aktiv sind,

gefunden.

Meine Damen und Herren, aufgrund der Tatsache, die ich Ihnen jetzt genannt habe, lehnen wir den Antrag ab. Ich hoffe, dass wir das Thema noch intensiver im Ausschuss, dort, wo es jetzt nämlich zunächst nach den parlamentarischen Gepflogenheiten hingehört, diskutieren und auch Lösungen finden werden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Seidel, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Seidel, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wieder ein Antrag zwecks Förderung von Jugendkulturprojekten. Man könnte es auch als die Fortsetzung einer unendlichen Geschichte sehen.

Herr Seela, in einem gebe ich Ihnen Recht,

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Immerhin.)

im Ausschuss sollte darüber weiter beraten werden, aber Sie lehnen den Antrag ab. Das ist kurios.

(Beifall bei der PDS)

Wir sagen ja, was meinen Sie denn nun eigentlich?

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Das habe ich doch gesagt.)

Merkwürdig. Wie dem auch immer sei, natürlich handelt es sich um ein zweifelsohne berechtigtes Anliegen und findet schon deshalb die Zustimmung meiner Fraktion.

Gestatten Sie mir doch zunächst, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine kurze Vorbemerkung. Eine Vorbemerkung, da ich bei der parlamentarischen Behandlung der ersten Anträge zur vorliegenden Problematik selbst noch nicht wieder Mitglied des Thüringer Landtags war. Eine Zeit also, in der ich persönlich selbst kulturell tätig war, sei es als Musiker in einer Jazzformation, sei es mit der Organisation der Reihe "Prominente im Gespräch" in Greiz. Man gewinnt dabei auch etwas von alter Bodenständigkeit zurück. Es war im vergangenen Jahr, wohl im September oder Oktober,

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Im September.)

als unsere Musikformation eine Veranstaltung der Gerar Medientage, genauer gesagt, eine Podiumsdiskussion umrahmte. Ich hatte ungewollt das zweifelhafte Vergnügen

einer Diskussion von Landespolitikern, davon drei der am Thüringer Landtag vertretenen Parteien sowie jeweils einen Vertreter der Liberalen und Grünen, beizuwohnen. Die Moderation und Gesprächsleitung hatte Ullrich Erzigkeit von der OTZ übernommen. Eine seiner Fragen an alle Podiumsteilnehmer lautete in etwa sinngemäß: Welche Visionen haben Sie für die Zukunft des Freistaats Thüringen? Was folgte, war querbeet ein hilfloses Gestammel, wie man es täglich bis zum Erbrechen im Fernsehen erleben kann, das ewige "Mittelstand und Handwerk helfen", "Arbeitsplätze schaffen", "Infrastruktur verbessern", und, und, und. Das ganze Kauderwelsch und Schlagwortdeutsch, wie man es täglich in fast allen Talkrunden natürlich mit den jeweiligen gegenseitigen Schuldzuweisungen in permanenter Wiederholung erlebt wie die Bundestagsrede von Lorient. Visionen für Thüringen, darunter verstehe ich ein Stück Hoffnung mit einer Brise von Träumen und Wünschen, gepaart mit viel nüchternem Realitätssinn. Mein Gott, wir leben in Thüringen, dem Land Luthers, Bachs, Goethes, der Wartburg und von Weimar. Das beinhaltet Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zugleich. Aber nichts von alledem, keiner der Podiumsteilnehmer schien je etwas davon gehört zu haben. Gleichmaßen ärmlich und stiefmütterlich, meine Damen und Herren, wurde die Rolle der Kultur in der Beantwortung zur Großen Anfrage der SPD in Sachen Tourismus abgehandelt. Dass das Wirtschaftsministerium in seiner Antwort primär die ökonomischen Gesichtspunkte hervorhebt, mag ja einleuchten, aber die Große Anfrage zum Tourismus war an die Landesregierung in Gänze gerichtet. Man könnte das Dilemma mit Beispielen beliebig fortsetzen.

Unser heutiges Thema, meine Damen und Herren - ich nannte es eingangs eine unendliche Geschichte -, beinhaltet die Umsetzung des so genannten Gesamtkonzepts der Landesregierung zur Förderung von Jugendkulturprojekten. Auch ich teile die Auffassung, dass es sich mitnichten um ein wirkliches Konzept, geschweige denn ein Gesamtkonzept handelt, allenfalls um eine ernst zu nehmende Analyse und Einschätzung der Lage. Wenigstens das muss man den Verfassern der Landesregierung zugute halten. Dies jedenfalls machte auch die Anhörung des zuständigen Ausschusses deutlich. Eine Anhörung, die nach meinem Dafürhalten mehr die Form einer psychoanalytischen Couch hatte, um die einzelnen geladenen Vertreter aus den jeweiligen Kultur- und Fachbereichen mit ihren Sorgen und Problemen wenigstens bei Laune zu halten.

Werte Kolleginnen und Kollegen, der gesamte vom Freistaat über lange Jahre hin gut geförderte und, ich behaupte auch deshalb, mit gut funktionierende Kunst- und Kulturbetrieb kommt aufgrund der immer enger werdenden haushalterischen Situation sowohl im Land als auch in seinen Kommunen immer mehr ins Wanken. Es besteht die ernste Gefahr, dass in absehbarer Zeit wichtigen Kunst- und Kulturbereichen, insbesondere der Breitenkultur, Jugendkultur ein Teil davon, der Garaus droht. Führen wir

uns deutlich vor Augen, meine Damen und Herren, es gibt im Wesentlichen zwei unterschiedlich geförderte Kulturbereiche, einmal den institutionell geförderten Bereich im Wesentlichen mit seinen Theatern und Orchestern, der selbst aufgrund steigender Tarife schwächelt und krankt. Ich erinnere nur an das Dilemma des bis jetzt nicht stattgefundenen Miteinanders der Theater von Meiningen und Eisenach, aber hier sind noch Reserven.

Ganz besonders gefährdet allerdings ist der zweite Bereich, das gesamte Feld der Sozio-, Breiten- und Jugendkultur mit all seinen Vernetzungen. Im Laufe der letzten Jahre hat sich die feinmaschige, gut laufende, allerdings äußerst verletzliche Symbiose dieser Kultur mit seiner Förderung durch Freistaat und Kommunen, sei es das Projektmanagerprogramm, die Projektförderung selbst, die Unterstützung durch Lottomittel, durch Jugendpauschale, ehrenamtliche Tätigkeit, durch Zivis, ABM und SAM recht gut bewährt. Leider ist diese Symbiose angeschlagen und beginnt immer mehr zu zerbröseln, zumal es sich rechtlich um die so genannten freiwilligen Leistungen handelt. Ein Desaster, meine Damen und Herren, denn bei der derzeitigen finanziellen Situation von Freistaat und Kommunen gehen diese Leistungen als erste den Bach runter. Ich denke beispielsweise an die Gefahr für Einrichtungen wie das Theaterhaus in Jena. Wir haben ja erst unlängst im Ausschuss darüber gesprochen.

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU)

Die Gefahr - ich habe eben von der Gefahr gesprochen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, man kann zum Thema viel und lange herumreden, doch damit allein ist niemandem geholfen. Dabei wird, siehe Antrags- und Beratungsverlauf von fast über zwei Jahren, nur an den Symptomen herumgeschwafelt.

(Beifall bei der PDS)

Sicher kann eine bessere interministerielle Vernetzung die Lage leicht entspannen, auch mit einer so genannten Jugendkulturpauschale. Über den Begriff kann man noch streiten, wie man das benennt. Wenn wir aber wirklich die breiten- und jugendkulturelle Situation ernsthaft verbessern wollen, dann müssen wir, ob wir es wollen oder nicht, etwas mehr Geld in die Hände nehmen, müssen das Projektmanagerprogramm aufstocken, müssen einige Projekte hervorheben und dann einfach besser fördern. Wir bräuchten quasi einen dritten Weg, eine Form, die es uns erlaubt, einige wenige landesweit besonders eindrucksvolle breiten- und jugendkulturelle Projekte wie institutionell geförderte Einrichtungen finanziell zu unterstützen,

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Machen Sie mal einen Vorschlag, wo wir das Geld hernehmen sollen, Herr Seidel.)

natürlich ohne die gänzlich aus dem Gesamtbereich der Breitenkultur herauszulösen. Auch den Stiftungsgedanken schieben wir seit Jahren als Leertitel im Haushalt vor uns her.

An die Adresse der Haushälter gerichtet, dabei ist der gesamte Bereich der so genannten Breitenkultur der am wenigsten kostenintensive - das wissen alle hier im Haus - im Vergleich zu Theater und Orchestern. Ich weiß nicht, manchmal kostet eine schwache Opernaufführung wahrscheinlich viel mehr als ein breitenkulturelles Projekt, was eine viel wichtigere landesweite Ausstrahlung hat. Ich betone noch mal, Jugend- und Breitenkultur verdient die gleiche Aufmerksamkeit wie der institutionell geförderte Kulturbereich. Ich sage einmal, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Wir befinden uns in Thüringen in dem Land, wie ich behaupte, mit der schon traditionell bedingten größten Kulturdichte in Deutschland.

Fassen wir den Kulturbegriff weiter, meine Damen und Herren, so müssen wir alle weiteren geistig-kulturellen Potenziale des Freistaats wie Hochschulen, Universitäten, wissenschaftliche Institute und Forschungseinrichtungen dazu zählen. Wir machen es auch als Ausschuss. Wer das Ganze begreift, hat eine Zukunftsvision für Thüringen, Visionen orientiert an Traditionen und sachlicher zeitgemäßer Realität, der hat ein Stück Zukunft unseres schönen Landes im Auge. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Ich bin natürlich dafür, dass das weiter im Ausschuss behandelt wird.

(Beifall bei der PDS, SPD)

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Das hatten wir bereits im Ausschuss.)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt das Wort Frau Abgeordnete Dr. Klaubert, PDS-Fraktion.

Abgeordnete Dr. Klaubert, PDS:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, zunächst eine Fußnote zu Herrn Seelas Beitrag.

(Beifall bei der PDS)

Sie haben uns wieder einmal - das ist bewährte Art Ihrer Fraktion - mangelndes Parlamentsverständnis vorgeworfen und sind der Meinung, das Thema sei im Ausschuss und damit wäre es mit einer Anhörung gut abgeschlossen. Ich sage Ihnen aber, nach einer Anhörung muss man auch die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen.

(Beifall bei der PDS)

Da muss man die Schlussfolgerung nicht im Ausschuss ziehen, da muss man sie in der Praxis ziehen, damit man

tatsächlich Handlungsmöglichkeiten für den Jugendkulturbereich hat.

(Beifall bei der PDS)

Ihr Parlamentsverständnis, wenn es dann heißt, dass man auch etwas Geld in die Hand nehmen muss, oft nicht einmal viel, haben Sie gestern darin bewiesen, dass Sie unser Gleichstellungsgesetz nicht einmal an den Ausschuss überwiesen haben und nicht bereit sind, über sachliche und fachliche Fragen zu diskutieren.

(Beifall bei der PDS)

Demzufolge werden wir die Möglichkeit immer nutzen, in der Öffentlichkeit auf solche Probleme hinzuweisen. Im jugendkulturellen Bereich haben wir es nicht mit einer Marginalie der Thüringer Kulturlandschaft zu tun. Darauf hat Harald Seidel jetzt bereits hingewiesen. Es ist ein Bereich, in dem Hunderte von Menschen tätig sind. Seit Beginn der 90er-Jahre hat sich eine Landschaft entwickelt, die eine Vielfalt ausmacht, die derzeit einzugehen droht. Ich komme darauf dann im Weiteren noch zu sprechen.

Ich möchte noch einen anderen Bogen schlagen. Ich möchte auf eine Veröffentlichung nach der PISA-Studie eingehen, die seitens der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung am 1. März des vergangenen Jahres veröffentlicht worden ist und die die Überschrift trägt "Kulturelle Bildung - Schlüsselkompetenz fürs Leben".

Als die PISA-Studie veröffentlicht worden ist, da quiet-schte ganz Deutschland auf, weil man so weit hinten lag. Alle möglichen Bildungspolitiker nahmen sich vor, es müsse etwas verändert werden. Was daraus geworden ist, haben wir des Öfteren in diesem Hause diskutiert. Als im vergangenen Jahr von den Schülerinnen und Schülern in Erfurt angemahnt worden ist, dass Schule ein anderer Raum - ein Lebensraum - sein muss, waren alle tief betroffen. Was daraus geworden ist, sehen wir heute. In der damals veröffentlichten Studie der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung hieß es: Bildung ist Leben im aufrechten Gang. Diese kurze und prägnante Begriffsbestimmung von Ernst Bloch enthält alle wesentlichen Bestimmungsmerkmale von Bildung.

Erstens, die Entfaltung der Persönlichkeit, ein Prozess, der die Entwicklung der eigenen Potenziale und die Herausbildung der eigenen Identität ermöglicht.

Zweitens, die Aneignung von Welt, die aktive handelnde Gestaltung des eigenen Lebens im sozialen und politischen Kontext.

Drittens, die Anregung aller Kräfte, das heißt, die Anregung der kognitiven, sozialen, emotionalen und ästhetischen Kräfte des Menschen, um Gegenwart und Zukunft bewältigen zu können.

Die Träger kultureller Kinder- und Jugendbildung mahnen eine Diskussion an, die Bildung auf das ganze Leben des Menschen bezieht. So weit dieses Zitat.

Vor diesem Hintergrund wünschte ich mir eigentlich, dass dieses Thema einmal zu einem wichtigen Thema im Hause wird. Wichtig scheint nur ein Thema zu sein, zu welchem der Ministerpräsident hier vorn Platz genommen hat und dann auch die Abgeordneten sich genötigt fühlen, die Reihen des Hauses zu füllen.

Dieser Auffassung im Allgemeinen wird natürlich kaum einer widersprechen wollen, wenn es um den Wert der jugendkulturellen Bildung geht. Jeder wird natürlich sagen, dass sie Teil der Bildungs-, Kunst- und Kulturlandschaft in Thüringen ist, und jeder ist natürlich gern bereit zu sagen, dass so etwas in seiner Gesamtheit zu fördern und zu schützen ist. Das kulturelle Erbe und das vielfältige kulturelle Angebot im Alltagsleben machen unseren Reichtum gleichermaßen aus. Vielleicht muss auch einmal daran erinnert werden, dass die Weimarer Mal- und Zeichenschule auf Goethe zurückgeht und die Altenburger Jugendkunstschule auf Bernhard von Lindenaus Bestrebungen, die künstlerische Bildung als Volksbildung zu erschließen.

Zusätzlich sei angemerkt, dass wir auch in der Kultur keine Spitzenleistungen erreichen können, wenn wir sie nicht in der Breite fördern. Darin liegt eine besondere Verantwortung der Kulturlandschaft Thüringens.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, durch immer wiederkehrende und regelmäßige Anmahnungen mit Anfragen und Diskussionen sowohl im Plenum als auch im Ausschuss haben wir es nach vielen Jahren erreicht, dass dieses Problem als ganzes Problem erkannt worden ist und die Landesregierung ein Gesamtkonzept - jedenfalls nannte sie es so - dazu vorgelegt hat. Da, muss ich sagen, diskutieren wir auch gern in diesem Plenum und da hoffen wir immer noch, dass die Landesregierung auf diesen wichtigen Problembereich eingeht, denn wenn wir diese Hoffnung nicht mehr hätten, dann bräuchten wir auch nicht mehr darüber diskutieren.

Bezogen auf das im vergangenen Jahr vorgelegte Gesamtkonzept möchte ich aber jetzt nichts mehr sagen, denn in der Debatte im September des vergangenen Jahres haben wir uns ausführlich dazu verständigt und danach folgte auch die Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst und die heute schon mehrfach genannte Anhörung.

In der Stellungnahme zum Gesamtkonzept der Landesregierung erklärte dann Frau Ministerin Schipanski, dass die Bilanz im jugendkulturellen Bereich sich sehen lassen könne und der Freistaat sich in Zukunft stärker auf die Förderung von Projekten mit überregionaler Ausstrahlung konzentrieren möchte, während die Kommunen sich um die rein örtlichen Projekte kümmern sollten. Nun trat folgende Situation ein, dass in der Anhörung der Geschäfts-

führer des Thüringer Landkreistages Herr Vetzberger schrieb, dass - ich zitiere nur sinngemäß - er akzeptiere, dass jugendkulturelle Aktivitäten für junge Menschen eine wichtige Form seien, sich Kompetenzen aneignen zu können, ihr eigenes Leben entwickeln zu können, dass diese aber insbesondere in der Breite und in örtlichen Projekten bestehen müssten. Er zweifelt an, dass die vorrangige Förderung qualitativ herausragender Projekte eigentlich im Grunde zu kurz greift. Dieser Dissens - vielleicht haben ihn manche nicht begriffen - ist nie aufgelöst worden, nämlich, wie gehen wir mit örtlichen und überörtlichen Projekten um und wann hat ein örtliches Projekt die Dimension eines überörtlichen Projekts. Um es am Beispiel der Erfurter Schotte deutlich zu machen: Natürlich ist die Erfurter Schotte ein örtliches, ein kommunales Projekt der Stadt Erfurt. Die Stadt Erfurt hat dafür eine entsprechende Verantwortung zu übernehmen. Wenn Schülertheatertage oder Jugendtheatertage in dieser Einrichtung organisiert und durchgeführt werden, wenn mit Kindern und Jugendlichen eine Auswertung dieser Projekte vorgenommen wird, um sie in dieser Arbeit, die sie im jugendkulturellen Bereich selbst leisten, auch zu qualifizieren, dann ist das natürlich von weitaus größerer Potenz, als das von der Stadt Erfurt getragen werden kann. Wer entscheidet also, ob ein Projekt örtliche oder überörtliche oder überregionale Ausstrahlung hat? Dann muss man natürlich dazu wissen, wenn die kommunale Ebene wegbreicht, wenn also diese Schere zuschneidet, dass die freiwillige Aufgabe Kultur gerade in diesem jugendkulturellen Bereich etwas abschneidet, dann wird es keine überregionale Ausstrahlung solcher Möglichkeiten mehr geben. Und da, denke ich, brauchen wir eine Diskussion, die uns vor dem Hintergrund der Haushaltslage in Thüringen und der Kommunen befähigt, Schwerpunkte zu setzen, die letzten Endes nicht solche Trennungsunschärfen mit sich bringen, sondern die auch Projekten, die entstanden sind, die notwendige personelle und sachliche Sicherung für die Zukunft geben. Dass das Problem über die ABM- und SAM-Stellen nicht gelöst werden kann, ist nun inzwischen erkannt, Gott sei Dank, kann ich sagen. Aber die nächste Seite dieses Problems tut sich damit schon auf. Wir haben natürlich eine Trägerlandschaft in Thüringen entwickelt, die sich seit 12, 13 Jahren darauf stützt, dass diese SAM einen Großteil der Arbeit in den Projekten leisten. Nun haben wir vor dem Hintergrund der Kürzungen im zweiten Arbeitsmarkt und vor dem Hintergrund der Veränderung der Förderbedingungen in diesem Bereich eigentlich keine Chance mehr, längerfristig in Jugendkulturprojekten mit diesem Instrumentarium zu hantieren. Die Folge ist, wir haben überhaupt niemanden mehr, der in diesem Bereich arbeiten kann. Ich hoffe ja, dass Sie alle auch das Positionspapier der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur in Thüringen heute erhalten haben, welches von der Krise in diesem Bereich spricht und welches sagt, das ehrenamtliche Engagement in dem Jugendkulturbereich ist zwar gut und nützlich, aber erstens, wer kann es sich denn leisten, ehrenamtlich einen ganzen Tag - und das von Montag bis Freitag - in solchen Projekten zu arbeiten, wenn er keine andere Finanzie-

rung erhält. Zum anderen, wer soll die notwendige Fachlichkeit, die gerade im Bereich der Jugendkultur gepaart ist mit pädagogischen und psychologischen Anforderungen, in der Zukunft überhaupt noch sichern?

Ich möchte das aus der Situation meiner Fraktion noch einmal besonders betonen. Wir stellen also als Erstes fest, Arbeitskräfte über den zweiten Arbeitsmarkt sichern die Lösung des Problems nicht. Ich glaube, darüber brauchen wir nicht weiter zu sprechen. Also müssen wir andere Problemlösungen anbieten. Da sagen wir noch einmal - und ich weiß nicht zum wie vielten Mal, auch Harald Seidel ist jetzt noch einmal darauf eingegangen -, lasst uns doch versuchen, die Stiftung Breitenkultur einzurichten.

(Beifall bei der PDS)

Wir wissen, dass es keine echte Stiftung sein kann. Wir wissen, dass die Erträge einer solchen Stiftung im Moment überhaupt nicht ausreichen können, um die Landschaft zu sichern. Aber vielleicht können wir mit dem Bündeln von Geld und vielleicht auch mit dem Hinzufügen von Immobilien, in denen sich solche Projekte befinden, eine Stiftung gründen, die wenigstens die so genannten überregionalen Projekte bündelt und sie aus der Jährlichkeit der Haushaltsfinanzierung durch Kommunen und Land herausholt und den Verwaltungs-, sprich vor allem Bürokratieaufwand, den die Projekte beklagen, verringert. Es ist nie ernsthaft darüber nachgedacht worden, wie diese Stiftung zum Leben erweckt werden kann und sei es als unechte Stiftung und sei es zunächst als eine Möglichkeit wenigstens einen Teil zu sichern.

Zweite Möglichkeit - Projektmanagerprogramm: Ich sage immer wieder und ich sage das auch in Richtung der Ministerin, das Projektmanagerprogramm ist ein gutes Programm, aber es reicht nicht aus. Wir haben es nicht vermocht, mit unserem Antrag während der Haushaltsdebatte zur Aufstockung des Projektmanagerprogramms, welcher übrigens gedeckt war, mehr Stellen in diesem Programm auszufinanzieren. Die Jugendkulturprojekte weisen berechtigt darauf hin, dass nur ein Bruchteil der Stellen tatsächlich für jugendkulturelle Arbeit verwandt wird. Wenn wir hier nicht eine Lösung finden, auch und gerade vor der Haushaltssituation in Thüringen, dann bricht uns dort noch mehr weg, als es im Moment schon geschehen ist.

Drittens - Erhalt des freiwilligen kulturellen Jahres: In der Anhörung im März des Jahres, apellierte eine junge Frau, welche selbst ein freiwilliges Jahr auf dem Kulturhof Friedrichsrode absolviert, eindringlich an die Politik, diese Möglichkeit auch in den kommenden Jahren zu erhalten. Die Ministerin hat in der Herbstdebatte bereits gesagt: "Der Einsatz von Mitarbeitern auf Basis des Modellversuchs freiwilliges kulturelles Jahr hat sich bewährt. Wir wollen daher nach Auslaufen dieses Modellversuchs im Jahr 2004 die haushaltsrechtlichen Möglichkeiten schaffen, dass dieses Programm fortgesetzt wird." Ihr Wort, Frau Ministerin,

nicht nur in Gottes, sondern auch in den Gehörgang der Finanzministerin und des Haushaltsgesetzgebers, des Parlaments.

Nächstes - Einführung einer Jugendkulturpauschale: Auch dieses Problem ist in den vergangenen Jahren lang und breit und auf und ab diskutiert worden. Am Tisch der Diskutanten saßen immer Vertreter unterschiedlicher Fraktionen. Immer wieder ist darauf hingewiesen worden, dass es natürlich eine Schwierigkeit in sich birgt, eine Jugendkulturpauschale analog der Jugendpauschale aufzulegen. Weil es auch dann wieder diese Trennungsunschärfen zwischen den Bereichen gibt. Und auch heute ist es so, dass insbesondere bei der Entscheidung über die Mittel für die Jugendarbeit die Kulturarbeit oft hinten herunterfällt. Es ist zum großen Teil präventive Arbeit und aufgrund der knappen Finanzen wird natürlich immer erst auf das geschaut, was man vorsorglich retten müsste, damit das Kind, welches auf dem Brunnenrand steht, nicht reinfällt. Die Kinder und Jugendlichen, die in jugendkulturellen Projekten tätig sind, sind meistens noch nicht so ganz auf dem Brunnenrand und sind zum Teil auch in der Lage, noch zu erkennen, dass man da nicht reinfallen darf. Das heißt, da wird dann in den Jugendhilfeausschüssen auch nicht immer zu Gunsten der Jugendkulturprojekte beschieden.

Auch die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände verweisen natürlich darauf, dass einige Kommunen nicht in der Lage sein werden, gegenzufinanzieren. Aber es ist auch von den Spitzenverbänden gesagt worden, wenn man denn eine vernünftige Richtlinie hätte, dann würde man sich schon mühen, um die Verstetigung der Projekte zu erreichen, die ja auch aus kommunaler Sicht gehalten werden sollen.

Was ich damit sagen möchte: Es ist nicht so, dass es keine Lösungsvorschläge gibt. Auch die PDS-Fraktion weiß natürlich, dass die öffentliche Hand - aus Gründen, die von uns heftig kritisiert werden - über wenig Geld verfügt. Aber wenn die Situation nun einmal so ist, dann muss man endlich erkennen, dass wir es hier mit einem Schwerpunktbereich zu tun haben, der für das gesamte Land Thüringen wichtig ist und der nicht nur einen Bereich umfasst, in dem sich ein Kind mal in einer Theateraufführung tummelt oder mit der Blockflöte auf einer Bühne steht. Wir haben es mit der Substanz von Bildung für das 21. Jahrhundert zu tun. Damit ist es eben nicht nur eine kulturpolitische Aufgabenstellung, und da gebe ich Ihnen natürlich Recht, Herr Seela, und damit korrespondiert das natürlich auch mit Möglichkeiten aus dem Kultusministerium, wenngleich die Förderrichtlinie zur Jugendarbeit an Thüringer Schulen letzten Endes zum Gesamtprogramm auch nicht so richtig passfähig ist.

(Zwischenruf Dr. Krapp, Kultusminister:
Aber das stimmt doch gar nicht.)

Herr Krapp, Sie sagen - ich muss das einmal übersetzen -: "Das stimmt doch nicht." Wir brauchen in den Projekten

vor allem ausfinanzierte Stellen, die über Jahre hinweg die Knotenpunkte des soziokulturellen Netzwerks sichern können.

(Beifall bei der PDS; Abg. Schemmel, SPD)

Nun komme ich zum Ende meiner Ausführungen und zur eigentlichen Fragestellung. Ich wollte eigentlich, dass über den Antrag heute abgestimmt wird, denn er ist eindeutig. Er sagt, bitte sichern Sie in allernächster Zeit das, was uns in allernächster Zeit zusammenbricht. Der Auftrag ist an die Landesregierung gerichtet. Und sichern Sie über eine mittelfristige Zeit, wie bestimmte Bereiche der Jugendkultur in Thüringen ausfinanziert werden können und legen Sie uns zum Jahresende einen entsprechenden Bericht vor. Das wäre heute abstimmfähig gewesen, übrigens auch für die CDU-Fraktion. Aber wenn Sie nun in Ihrem Parlamentsverständnis sagen, wir lehnen den Antrag ab, aber wir würden gern im Ausschuss darüber diskutieren, würden wir uns einer solchen Aufforderung nicht verschließen und zu dieser Ausschussüberweisung natürlich auch formal die Antragstellung einbringen. Aber ich bitte Sie ganz einfach, das nicht ideologisiert zu betrachten, es hängt so viel an diesen Problemen für Kinder und Jugendliche im Freistaat Thüringen.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Moment mal, Frau Dr. Klaubert. Ist das eine Frage, Herr Prof. Goebel? Eine Wortmeldung. Dann können Sie die jetzt halten. Gut. Frau Ministerin ist einverstanden.

Abgeordneter Prof. Dr. Goebel, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich bin ja zunächst mal den Vorrednern insgesamt dankbar, dass sie hier durchaus dargestellt haben, wir haben in Thüringen eine vielfältige und eine bunte Kulturszene, die auch die Jugendkultur mit umschließt. Das heißt, es ist in den letzten 13 Jahren hier wirklich etwas entstanden. Wir sind jetzt in der Tat in einer Situation, wo die Rahmenbedingungen sich ungünstiger gestalten, und darüber muss man reden. Das war ja auch der Anlass für den Antrag: Gesamtprojektvorstellung, Überweisung an den Ausschuss, dort Anhörung und Weiterberatung und Schlussfolgerung aus den Ergebnissen der Anhörung. Dieser Prozess läuft parallel zu diesem Antrag hier weiter. Man kann selbstverständlich trotzdem über diesen Antrag hier reden. Diese Jugendkulturprojekte, um die es geht, erfahren heute schon eine vielfältige Förderung. Herr Kollege Seela hat darauf hingewiesen. Mindestens ein halbes Dutzend Ministerien fördern aus der Sicht der Landesregierung und die Hauptverantwortung liegt bei den Kommunen. Es muss da natürlich eine Zusammenarbeit geben und es gibt eben Projekte, die eine größere Ausstrahlung haben, die deshalb auch eine zentrale Aufmerksamkeit erfordern. Es gibt Projekte, die, obwohl es sich um Projekte handelt, eben auch

eine gewisse Verstetigung haben und deshalb gegebenenfalls eben auch personell unterstützt werden müssen. Dafür haben wir das Projektmanagerprogramm, das zum Teil in diesen Bereichen greift. Wenn es die Haushaltslage zulässt, der Haushaltsplan sieht es jedenfalls vor, sollen diese Mittel im nächsten Jahr aufgestockt werden. Trotzdem, es gibt Probleme, die sind alle genannt worden. Ein zweiter Arbeitsmarkt steht nicht mehr zur Verfügung und die Einnahmesituation hat sich dramatisch verschlechtert und da muss man nach Lösungen suchen. Frau Abgeordnete Klaubert hat hier Denkanstöße gegeben, ich sage jetzt mal vorsichtig, Jugendkulturpauschale. Da muss man, wenn man sich die Anhörung anschaut, wie sie abgelaufen ist, feststellen, dass das ein sehr indifferentes Bild gegeben hat, dass auch die Betroffenen nicht so genau sicher waren, wie Abgrenzung möglich ist, und dass es natürlich auch letztendlich ein Problem ist, weil wir wollen, dass Jugendarbeit Jugendkulturarbeit mit einschließt, dass es hier zu einer Vernetzung kommt. Freie Jugendarbeit muss also auch Jugendkulturprojekte als ihren immanenten Teil begreifen. Wenn wir da unterschiedliche Pauschalen einrichten, setzen wir Trennungen, wo wir eigentlich Vereinigung haben wollen. Man könnte auf die Stiftung und auf andere Dinge noch eingehen. Das ist aber eigentlich nicht Gegenstand dieses Antrags. Ihr Antrag, meine Damen und Herren von der PDS-Fraktion, sagt schlicht und ergreifend, die Landesregierung soll ein bisschen Geld in die Hand nehmen, soll, wo auch immer, Not lindern und soll dann sagen, was sie gemacht hat. Da muss ich Ihnen sagen, das ist ein Antrag, der im buchstäblichen Sinne ins Leere geht, nämlich in leere Kassen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine einfache Lösung, die überhaupt nicht mit dem Problem in Zusammenhang steht, das so vielschichtig ist, wie das hier Herr Seela, Herr Seidel und Frau Klaubert dargestellt haben. Deshalb, bin ich der Meinung, ist dieser Antrag durchaus abstimmungsfähig, aber man kann ihm nicht zustimmen, sondern wir sollten den Diskussionsprozess fortsetzen und, ich denke, wenn wir in der Sacharbeit zu Vorschlägen kommen, die praktikabel sind, dann können wir über diese Vorschläge hier an dieser Stelle auch noch einmal reden. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung Frau Ministerin Schipanski.

Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Landesregierung ist mit dem Antrag aufgefordert worden, in Auswertung der öffentlichen Anhörung am 28. März zur Situation in den Thüringer Jugendkulturprojekten Sofortmaßnahmen zu ergreifen und

bis Jahresende dem Landtag darüber zu berichten. Wir sollen berichten, wie wir das Problem von Feststellen für den Jugendkulturbereich grundsätzlich lösen wollen und wie wir es grundsätzlich lösen können. Das heißt, was Herr Goebel eben noch mal ganz deutlich gesagt hat, das war Ihr Antrag. Da nach der Anhörung im Ausschuss ja noch im Ausschuss die Ergebnisse weiterberaten werden, ist es für mich nicht verständlich, dass man bei einem laufenden Antrag erneut wieder einen stellt.

(Beifall bei der CDU)

Es ist darüber berichtet worden, es sind einzelne Dinge aufgezeigt worden, die hier von Frau Klaubert und von der SPD auch noch mal sehr deutlich dargelegt worden sind. Aber gestatten Sie mir eine Bemerkung dazu. Wir haben eine sehr breite jugendkulturelle Szene in den letzten Jahren hier in Thüringen entwickelt.

(Beifall Abg. Groß, CDU)

Wir haben als Landesregierung in dieser Legislaturperiode wiederholt Konsolidierungsmaßnahmen gerade für diese Szene durchgeführt. Da brauchen Sie bloß in den Haushalt reinzuschauen, dass wir im jugendkulturellen Bereich, überhaupt im kulturellen Bereich, erhöhte Anstrengungen unternehmen. Diese Landesregierung hat Schwerpunkte gesetzt in dem letzten Haushalt.

(Beifall bei der CDU)

Diese Schwerpunkte liegen bei der Jugend, diese Schwerpunkte liegen bei der Kultur, bei den Theatern und diese Schwerpunkte liegen bei den Hochschulen, das heißt, wir haben die Schwerpunkte zur Kultur gesetzt. Es hat doch keinen Sinn darüber zu reden und zu sagen, nehmt noch einmal Geld in die Hand, es muss jetzt noch mehr Geld reingesteckt werden, damit es erhalten werden kann. Wir sind im Moment am Diskutieren, wie wir mit den Mitteln, die wir zur Verfügung gestellt haben und die wirklich einen Schwerpunkt darstellen, auskommen, denn wir haben auch ganz deutlich gesagt, Schwerpunkt ist das, was nicht gekürzt wird angesichts dieser dramatischen Einnahmeausfälle, die wir haben.

(Beifall bei der CDU)

Es hat doch keinen Sinn so zu tun, als hätten wir keine Einnahmeausfälle und wir könnten irgendwoher jetzt Geld nehmen aus einem anderen Topf. Wenn Sie sagen, es soll in die breitenkulturelle Szene zusätzliches Geld hinein, da müssen Sie genau sagen, woher das kommen soll.

(Beifall bei der CDU)

Und Sie wissen ganz genau, wie schwierig die Haushaltsverhandlungen sind. Und deshalb komme ich dazu, was wir auch schon hier vorgetragen haben. Wir überlegen

uns Synergieeffekte innerhalb der Aufgabenbereiche der Landesregierung. Wir haben Ihnen gesagt, dass wir die interministerielle Arbeit entsprechend verbessern werden. Hier sitzen die Kollegen Pietzsch und Krapp. Wir haben gemeinsam dazu Vorschläge erarbeitet und genau in der Pauschale für die Jugendscholarbeit sind kulturelle Aspekte von ganz wesentlicher Bedeutung.

(Beifall Abg. Zitzmann, CDU)

Ich muss noch mal darauf hinweisen, dass Jugendkulturarbeit Aufgabe der Kommunen ist. Aber das Land Thüringen ist sich eben seiner Verantwortung bewusst und hat gesagt, überregional ausstrahlende Projekte werden von uns weiter gefördert. Das Jugendtheater Schotte wird von verschiedenen Seiten her gefördert, und sie wird auch aufrechterhalten. Ich muss aber auch eins sagen: SAM und ABM sind drastisch von Seiten der Bundesregierung, von der Bundesanstalt für Arbeit herabgefahren worden. Das Land Thüringen kann nicht alles auffangen, da wir auch Einnahmeausfälle, verursacht durch die Bundesregierung, zu verkraften haben.

(Beifall bei der CDU)

Gestatten Sie mir - SAM heißt Strukturanpassungsmaßnahme. Ich glaube, wir haben in all den Diskussionen in den vergangenen Jahren vergessen, dass wir uns überlegen müssen, wie man das dann in dauerhafte Funktionen überleiten kann. Diese dauerhaften Funktionen kann nicht allein das Land Thüringen bezahlen. Die Jugendkultur ist vorrangig auch eine Aufgabe der Kommunen. Der Gemeinde- und Städtebund hat sich dazu bekannt. Ich bin durchaus der Auffassung, dass wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen die überregionalen Projekte entsprechend fördern werden. Dazu gibt es Beiräte in unserem Ministerium, die immer über Bewilligungen für die einzelnen Projekte sprechen und sie wissen auch, dass wir uns genau auf die konzentrieren, die überregionale Bedeutung haben. Das wollten wir auch mit den Kommunen zusammen. Und da lassen Sie mich ein Beispiel von Saalfeld-Rudolstadt nennen. Dort haben wir gerade in den letzten Monaten ganz ausgezeichnet neue Wege gefunden, wie wir gemeinsam unsere Förderung verbinden. Saalfeld-Rudolstadt ist sich seiner Verantwortung bewusst geworden und setzt die Jugendpauschale entsprechend für Kulturprojekte ein. Frau Dr. Klaubert, dass Sie unbedingt wollen, dass die Kulturstiftung eingerichtet wird von Seiten der PDS, ist richtig. Aber eine Stiftung kann nur dann ordentlich arbeiten, wenn sie ein entsprechendes Grundkapital hat und von den Erträgen leben kann. In der jetzigen Haushalts-situation ist, glaube ich, die Einrichtung einer solchen Stiftung einfach ein Wunsch und wird ein Wunsch bleiben, weil wir eben im Moment keine Zuwächse zu verteilen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Land Thüringen hat auf dem Bereich der Breitenkultur und insbesondere der Jugendkultur hervorragende Projekte, die

überregional noch über Thüringen hinaus ausstrahlen. Eines davon ist genannt worden - die Schotte. Ich erinnere an 3 K in Mühlhausen, dort werden alle diese Punkte erfüllt, über die wir heute gesprochen haben. Wir haben im Haushalt Verpflichtungsermächtigungen eingestellt, dass wir zusätzliche Projektmanagerstellen einrichten werden. Dazu steht die Landesregierung und wir werden im nächsten Haushalt diese zusätzlichen Projektmanagerstellen einrichten, insbesondere eben für Jugendkulturprojekte, die überregionale Bedeutung haben. In diesem Sinne finde ich, dass der Antrag bearbeitet wird im Ausschuss, dass überhaupt erst mal dieses Verfahren abgeschlossen werden muss, dass die Landesregierung die Aufgaben im Moment wahrnimmt. Wir haben berichtet, wir sollen erst zum Jahresende wieder berichten, wir werden das auch tun. Deshalb bin ich der Meinung, dass dieser Antrag gar nicht weiter im Ausschuss behandelt werden muss, man kann ihn ablehnen, weil er schon bearbeitet wird.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Gibt es weitere Redewünsche? Das ist nicht der Fall. Es ist also die Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst beantragt worden. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen? Ist ja interessant, das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Wir könnten eigentlich mal zählen. Würden Sie bitte zählen, die Gegenstimmen bitte - 33, Danke schön. Die Jastimmen jetzt - 24. Die Enthaltungen - keine Enthaltung. Damit ist mit 33 Neinstimmen die Ausschussüberweisung abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der PDS. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön, das dürfte die gleiche Zahl sein. Die Gegenstimmen bitte. Diese Zahl hat sich jetzt etwas vermehrt und damit ist der Antrag abgelehnt. Gibt es hier Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 12.

Ich komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 13**

Folgerungen aus dem "Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland - Elfte Kinder- und Jugendbericht -" für die Jugendhilfe in Thüringen

Beratung des Berichts der Landesregierung - Drucksache 3/3198 - auf Verlangen der Fraktion der CDU dazu: Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 3/3239 -

Der Abgeordnete Panse möchte die Begründung des Antrags vornehmen.

Abgeordneter Panse, CDU:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, die Grundlage des Berichts der Landesregierung, den wir heute hier beraten können, ist der § 10 des Thüringer Kinder- und Jugendhilfeausführungsgesetzes. Darin wird die Landesregierung verpflichtet, nach Vorlage des Berichts der Bundesregierung über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe den Landtag zu unterrichten, welche Folgerungen die Landesregierung für die Jugendhilfe in Thüringen für erforderlich hält. In den vergangenen Jahren haben wir erfreulicherweise oft über Kinder- und Jugendpolitik und insbesondere auch über Familienpolitik diskutiert. Regierungserklärung zum Thema Familie und Jugend, die Große Anfrage der CDU-Fraktion zur Familienpolitik, die Shell-Jugendstudie, der Landesjugendförderplan und zuletzt der Dritte Sozialbericht der Landesregierung boten u.a. Gelegenheit, sich umfänglich über die Situation in Thüringen auszutauschen. Der Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, kurz der Elfte Kinder- und Jugendbericht, der Bundesregierung hat auf über 300 Seiten Zahlen und Fakten zusammengetragen und diese bewertet. Aus den Schlussfolgerungen der Sachverständigenkommission wurden zehn Empfehlungen für die Kinder- und Jugendhilfe im 21. Jahrhundert abgeleitet. Von diesen Empfehlungen sind einige durchaus richtig und aufgreifenswert, bei anderen, wie der Forderung nach qualifizierten Betreuungsmöglichkeiten für Kinder in Kindertageseinrichtungen merkt man der Sachverständigenkommission an, dass die besondere Situation in den neuen Bundesländern nur ungenügend berücksichtigt wurde. Der Elfte Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung stellt das Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung in den Mittelpunkt. Der sich daraus ergebende Perspektivwechsel wurde von der rotgrünen Bundesregierung und der Bundestagsmehrheit begrüßt. Individuelle Transferleistungen für Familien werden damit in den Hintergrund gerückt und stattdessen der Vorrang einer bedarfsgerechten Infrastruktur als Leitvorgabe der rotgrünen Politik betont. Die CDU-Fraktion sieht darin aber ganz klar einen Paradigmenwechsel, der die verfassungsmäßige Erziehungsverantwortung der Eltern schwächt und deshalb von uns abzulehnen ist. Die Landesregierung stellt in ihrem Bericht die unterschiedlichen Grundpositionen zum Elften Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung dar, beschreibt die Situation der Kinder- und Jugendhilfe im Freistaat und leitet ihre Folgerungen daraus ab. Ich bitte dazu um eine sachgerechte Debatte. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich rufe als ersten Redner für die PDS-Fraktion den Abgeordneten Nothnagel auf.

Abgeordneter Nothnagel, PDS:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Elfte Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung stellt das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in privater und öffentlicher Verantwortung in den Mittelpunkt seiner Analyse, wie es auch Herr Panse hier schon erwähnt hat. Er setzt hierzu bei den Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen an. Der Bericht zeigt das Verständnis, Jugendpolitik als Lebenslagenpolitik zu sehen. Der Bericht geht sehr ausführlich auf die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen ein und analysiert deren Lebenslagen. Die Kommission zieht zum Teil sehr weit reichende und unbequeme, aber notwendige Konsequenzen für die Arbeit der Jugendhilfe sowie auch der Politik in Deutschland. Dieser Ansatz gewährleistet, die Leistungen und Angebote für Kinder und Jugendliche zielgruppen-gerecht zu organisieren und die Bedingungen eines Lebensraumes auch zu verändern. Die Konsequenzen, die die Landesregierung aus diesem Bericht für sich entnimmt, sind aber schon sehr beachtlich.

Meine Damen und Herren, es ist richtig, dass das System der Kinder- und Jugendhilfe in Thüringen über eine qualitativ und quantitativ gut ausgebaute Struktur verfügt, sie als Bestandteil der allgemeinen Infrastruktur behandelt und gehört demnach zur sozialpolitischen Grundversorgung in unserem Lande. Die Kinder- und Jugendhilfe richtet sich dann nicht mehr nur an die Schwierigen und an die Auffälligen. Damit wird die Stellung der Kinder- und Jugendpolitik als Querschnittspolitik nochmals unterstrichen. Der Sinn der Jugendberichte der Bundesregierung besteht darin, Bestehendes zu evaluieren, fachlich zu hinterfragen und neue Entwicklungen innerhalb der Zielgruppe Kinder und Jugend zu betreuen, zu begleiten und unterstützend Einfluss darauf zu nehmen.

Meine Damen und Herren der Landesregierung, es gibt aber nichts, was ideal, fachperfekt und noch nicht verbesserungswürdig ist. Oft entsteht beim Lesen von Ihren Berichten, aber auch von Ihren Stellungnahmen zu verschiedenen Themen der Eindruck der absoluten Vollkommenheit. Ob in dem letzten Sozialbericht oder auch bei den Folgerungen der Landesregierung aus dem Elften Kinder- und Jugendbericht, alles scheint sich in der einzigsten Top-Thüringen-Phantasie wiederzufinden. Ein Aspekt in Ihrer Stellungnahme ist, das alles zu erwähnen, was Sie glauben erreicht zu haben. Ein anderer Teil impliziert, dass die Fachideen der Kommission zwar schon in Ordnung sind, aber nicht unbedingt geteilt werden. Es mutet an, als sei der Stein des Weisen schon ausgegraben und läge verschlossen im Safe der Landesregierung.

Meine Damen und Herren, eine Politik, die ausschließlich die individuelle Verantwortung stärkt, öffentliche Verantwortung nicht oder nur zum Teil anerkennen bzw. wahrnehmen will, läuft Gefahr, die Rahmenbedingungen nur grob auszusagen und zu vergessen, dass nachgefeilt werden muss. Im Zusammenhang mit der Empfehlung der Kom-

mission zu Tageseinrichtungen für Kinder wird zum Beispiel erklärt, ich zitiere: "Die Landesregierung stellt in Übereinstimmung mit der Empfehlung der Kommission fest, dass alle angesprochenen Punkte bereits erfüllt sind." Es ist schon eine gewisse Neigung zur Selbstgefälligkeit festzustellen. Gerade im Bereich Kindertagesstätten kritisieren wir den ausschließlichen Blick auf die Männer, denen in der Realität die nötige Flexibilität fehlt auf tatsächliche Bedürfnisse von vornehmlich Frauen zu reagieren. Die zahlenmäßige Auflistung der Nutzung von Kindertagesstätteneinrichtungen - für Kitas 94 Prozent, Hort 65 Prozent und 40 Prozent Kinderkrippe - lässt Sie folgern, dass das Angebot quantitativ und qualitativ ausreichend und für Eltern bezahlbar ist.

(Zwischenruf Abg. Panse, CDU: Das ist auch so, ja.)

Diese Folgerung sieht aber die Einseitigkeit Ihrer Betrachtungsweise,

(Beifall Abg. Nitzpon, PDS)

wenn nicht gleichzeitig soziale Rahmenbedingungen als Nutzungskriterien gesehen werden, wie zum Beispiel Zwang Geld zu verdienen, Zwang möglichst in vollem Umfang zu arbeiten, die so genannte Verfügbarkeit für das Arbeitsamt, die so genannten Kürzungen bei sozialen Leistungen. Öffentliche Verantwortung, die die Landesregierung ablehnt, geht aber tatsächlich über die teilweise Unterstützung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf hinaus, weil nämlich gleichzeitig auch die Notwendigkeit bestehen muss, individuelle Bedürfnisse von Eltern zu berücksichtigen. Ich denke da zum Beispiel an Öffnungszeiten, Einbeziehung in Planung, Erziehungsauftrag der Kindertagesstätten usw. Kindertagesstätten sollen die tatsächliche Ergänzung des Zuhauses für Kinder sein.

Meine Damen und Herren, Thüringen braucht tatsächlich Verbesserungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch die Entschärfung materieller und sozialer Notlagen muss vorangetrieben werden.

Meine Damen und Herren, in Zusammenhang Ihrer Stellungnahme zum Bereich Teilhabe, Partizipation und Rechtsstellung möchte ich Folgendes sagen: Teilhabe und Partizipation beziehen sich als Grundmaxime in ihrer jugendpolitischen und sozialpolitischen Zielsetzung. Die Tatsache allein, dass alle Angebote und Maßnahmen allen zur Verfügung stehen, umfasst nicht den Beteiligungsbegriff. Die theoretische Zugangsmöglichkeit ist nicht gleich Teilhabe und nicht gleich Mitbestimmung. Sie ist an dieser Stelle wirklich nur ein Aspekt, zumal diese von Ihnen beschriebene Grundmaxime nicht wirklich alle Kinder und Jugendlichen betrifft. Ein Hauptkritikpunkt liegt an dieser Stelle in der Verfahrensweise im Umgang mit Kindern von Asylbewerbern und Asylbewerberinnen und Emigrantinnen,

(Beifall Abg. Nitzpon, Abg. Sedlacik, PDS)

die eben nicht über die gleichen Anspruchsmöglichkeiten an Leistungen der Jugendhilfe verfügen. In diesem Bereich werden für Entscheidungen immer rechtliche Aspekte aus dem Asylrecht vorrangig zur Grundlage genommen. Hier bestimmt nicht das so genannte Kindeswohl die Zugangsmöglichkeiten für Leistungen. Ich denke da zum Beispiel an strukturelle bzw. gesetzliche Barrieren für Bildung und das zwar bestehende Schulrecht für diese Kinder und Jugendlichen, das dann aber in der Umsetzung so unterschiedlich gehandhabt wird, dass weitere Bildungswege von vornherein blockiert werden.

(Beifall bei der PDS)

Ich denke da zum Beispiel an den Besuch von Kindertageseinrichtungen für Kinder von Asylbewerberinnen und Emigrantinnen oder Fragen mangelnder Integration bzw. Integrationshilfen. Teilhabe und Mitbestimmung, meine Damen und Herren, das ist für uns auch das Mitreden bei Entscheidungsprozessen und die Möglichkeit des Mittreffens von Entscheidungen für Kinder und Jugendliche. Solche Grundmaximen sichern nämlich dann auch das breite Mittragen der Ergebnisse. Gängige Maßnahmen zur Stärkung der Beteiligung von Betroffenen dürfen sich deshalb nicht nur auf symbolischer Ebene beschränken. Beteiligungsformen entfalten nur dann eine Wirkung, wenn sie bereit wären, Verantwortungsbereitschaft und Verantwortungsfähigkeit zuzulassen und auch diese anzuerkennen. Beteiligung fängt unserer Meinung nach an der Basis an und muss aber von der Landesregierung auch gewollt sein. Ein Großteil der Beteiligungsmodelle, die im Bereich Kinder- und Jugendhilfegesetz in Thüringen umgesetzt und ausgeführt werden, entwickeln sich dann zu tatsächlichen Beteiligungsformen, wenn in konsequenter Umsetzung durch Erwachsene die Ideen, die Belange und Interessen der Jugendlichen diskutiert und auch berücksichtigt werden. Für Erwachsene und an dieser Stelle auch für uns Politiker ungewohnt erscheint, dass wir nicht die Bestimmer sein sollen, sondern Sie werden zu Lernenden. Sie müssen teilhaben und partizipieren von den Gedanken, Diskussionen und Ideen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch kurz ein Letztes sagen, etwas zur Situation Ausbildung, Arbeit, insbesondere Jugendberufshilfe. Ich halte es schon für erstaunlich, dass es Ihnen gelingt, eine 14-seitige Lobeshymne zu singen. Dies ist keine Frage im Hinblick darauf, dass das Thema "Ausbildung" wohl eines der brennendsten in Thüringen ist. Die berufliche Integration ist eine der wichtigsten für junge Menschen und gerade hier an diesem Punkt kommt der Blick in die Zukunft, den wir von einer Landesregierung erwarten, etwas zu kurz. Die Diskussion zur Aktuellen Stunde während der 74. Plenarsitzung im November dürfte Ihnen noch im Ohr liegen. Dort versuchten Sie, die Auswirkungen der Kürzung von 75 Prozent zu verkaufen als zwar schmerzlich, aber unschädlich. Diesen Abschnitt Ihrer Stellungnahme, der in

ausführlicher Weise die bisherige Förderpolitik der Landesregierung beschreibt, halte ich schlichtweg für eine Augenwischerei, wenn perspektivische Alternativen zu Ihren Kürzungen nicht benannt werden können.

Meine Damen und Herren, angesichts des Berichts der Kommission hätten wir von der Landesregierung eine Stellungnahme erwartet, die

1. objektiv von den sozialen Unterschieden in den Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in Thüringen ausgeht und sich in der Analyse und Konsequenz auf diese richtet, nämlich insbesondere auf die Unterschiede nach Geschlecht, Bildung, Schicht bzw. Klasse, Region, Migration und Alter,

2. nach den Einstellungen und Handlungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen selber fragt und ihre Selbstständigkeit stärkt,

3. den Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe nach § 1 Kinder- und Jugendhilfegesetz ernst nimmt und die Schaffung positiver Lebensbedingungen stärkt, indem

4. Überlegungen zu Perspektiven in den Bereichen getroffen werden, die in Thüringen bisher nur teilweise und nicht umfassend umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, wir möchten über Ihre Stellungnahme eine breite öffentliche Diskussion mit Vereinen und Verbänden einfordern, denn gerade diese perspektivische Sichtweise der Praxis schienen in der weiten Entwicklung der Jugendhilfe in Thüringen eine wesentliche Rolle zu spielen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Pelke zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, lassen Sie mich zunächst zu den hier vorliegenden Folgerungen der Landesregierung - und ich sage das bewusst ein bisschen in Anführungsstrichen - eine grundlegende Anmerkung machen. Ein von einer unabhängigen Kommission erarbeiteter Bericht sollte nicht zum Anlass genommen werden, um völlig aus der Luft gegriffene Unterstellungen von sich zu geben. Es ist nämlich schon eine Unterstellung, den Verfassern des Elften Kinder- und Jugendberichts samt der dazugehörigen Stellungnahme der Bundesregierung in irgendeiner Weise vorzuhalten, in die ureigensten Kompetenzen, in das Erziehungsrecht der Eltern, eingreifen zu wollen. Dies gipfelt in der Behauptung, dass der Bundesjugendbericht die Erziehung in den Familien nachrangig behandeln würde. Sie können dies in Ihren Folgerungen

auf Seite 11 nachlesen. Und es gehört schon eine gewisse Böswilligkeit dazu, eine derartige Unterstellung zu einer wesentlichen Grundlage der Folgerungen der Landesregierung zu machen.

Der Bundesjugendbericht sagt ausdrücklich etwas völlig anderes. Das können Sie nachlesen auf Seite 260 in den abschließenden zehn Empfehlungen, und nicht nur dort. Ich zitiere: "Öffentliche Verantwortung heißt nicht Verstaatlichung von Erziehung und Bildung, sondern im Gegenteil die Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern und der Bildungskompetenzen der Kinder und Jugendlichen." Und dann weiter: "Die Übernahme öffentlicher Verantwortung ist insbesondere da erforderlich, wo sich abzeichnet, dass Bedingungen des Aufwachsens sich verschlechtern." Ich glaube, diesem Aspekt kann doch keiner widersprechen. Wenn also im vollen Bewusstsein eines anderen Tenors des Elften Jugendberichts, nämlich der Forderung nach einer öffentlichen Mitverantwortung ohne jede Schmälerung von Elternrechten, ganz im Gegenteil, für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen, wenn also trotzdem die Gefahr der Verstaatlichung von Erziehung heraufbeschworen wird als ein drohendes Gespenst, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss das doch einen anderen Hintergrund haben - und Ihre Absicht scheint mir an dem Punkt leicht durchschaubar.

Die Jugendhilfe mit all ihren Leistungen ist aufgrund ihres gesetzlichen Auftrags mehr als nur ein Notnagel im wahrsten Sinne des Wortes und mehr als Eingriffsverwaltung, wenn Missstände allzu offensichtlich sind. Die von der Kommission eingeforderte Besinnung auf öffentliche Mitverantwortung ist nicht nur grundlegender Auftrag des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist Sozialstaatsgebot.

Nun zurück zur Rolle der Eltern: Wir wollen, dass Eltern nicht von ihrer Verantwortung entbunden werden, denn das wäre widerrechtlich und würde in keiner Weise den Aussagen des Elften Bundesjugendberichts und der Bundesregierung entsprechen, aber wir wollen, dass Eltern, Kinder und Jugendliche gemeinsam positive Lebensbedingungen vorfinden und für die haben sehr wohl Staat und Politik Verantwortung. Weil wir natürlich genauso wie Sie wissen, dass zumindest finanzielle Fördermöglichkeiten der öffentlichen Haushalte begrenzt sind, gilt es eben dann Entscheidungen zu treffen, welche Aufgaben wir denn vorrangig bewältigt wissen wollen. Dazu dienen z.B. die Folgerungen entsprechend des § 10 des Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetzes. Wenn wir uns offenkundig darin einig sind, dass es die besondere Aufgabe der Jugendhilfe ist, soziale Benachteiligungen von Familien und deren Kindern und der Jugendlichen auszugleichen, dann werden wir uns bei der Begrenztheit öffentlicher Haushalte entscheiden müssen, nämlich entscheiden müssen, ob wir notwendige infrastrukturelle Angebote von Kindertageseinrichtungen über Beratungsstellen, die Jugendarbeit bis hin zur Jugendbildung, Familienbildung und Familienerholung, ob wir all dem Priorität ein-

räumen oder ob der von Ihnen immer wieder propagierte und geforderte Familienleistungsausgleich in Form des geforderten Familiengelds das Gelbe vom Ei ist. Von diesem Familiengeld, liebe Kolleginnen und Kollegen in der Mitte des Hauses, hat sich mittlerweile wegen Nichtfinanzierbarkeit Ihr Parteifreund Koch in Hessen schon öffentlichkeitswirksam verabschiedet. Vielleicht sollten Sie an diesem Punkt auch noch mal über sich nachdenken.

Folgerungen dienen dazu, nicht nur Geleistetes, sondern auch Fehlbedarfe aufzuzeigen. Wenn sich dann wie ein roter Faden durch den Bericht die übliche Bejubelung all der geleisteten Taten der Landesregierung zieht und damit die Situation beschönigt wird, dann, denke ich, verkennt die Landesregierung mindestens drei Schwerpunkte der Entwicklung:

Erstens, den spätestens mit der PISA-Studie gegebenen Hinweis, dass wir hier in der Bundesrepublik Spitzenreiter bei der dauerhaften Ausgrenzung von jungen Menschen aus so genannten bildungsfernen und sozial schwachen Milieus sind. Das muss man einfach so deutlich sagen.

Zweitens, dass Thüringen die Spitzenposition in der Bundesrepublik bei denjenigen Jugendlichen einnimmt, die am Ende ihrer Schulzeit keinen Abschluss haben und das ist

drittens die rapide steigende Jugendarbeitslosigkeit und der Anstieg derjenigen jungen Menschen ohne jede berufliche Ausbildung.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind nicht nur bildungs- und wirtschaftspolitische Probleme, sondern in erster Linie sozialpolitische.

(Zwischenruf Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Bundespolitische!)

Wissen Sie, Herr Pietzsch, ich kritisiere die Bundesregierung da, wo es nötig ist. Das haben Sie früher nicht gemacht, das hätten Sie damals öfter machen sollen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Diese Probleme können wesentlich nur durch gute Kindertageseinrichtungen, durch umfassende Elternunterstützung, durch ein gutes Beratungsangebot, durch Angebote in der Jugendarbeit, in der Jugendberufshilfe, in der Schulsozialarbeit und vieles mehr gemindert werden. Genau dafür hat der Staat ergänzende und die Eltern unterstützende Verantwortung. Wer aber behauptet, hier wäre kein Handlungsbedarf und wer sich nur selber auf die Schulter klopft und damit herauszieht aus jugendpolitischer Verantwortung, der will schönreden und schönreden kann schlimme Konsequenzen haben.

Der Elfte Kinder- und Jugendbericht verweist in seinen Empfehlungen auf die Notwendigkeit, dass junge Menschen und ihre Familien eine soziale Infrastruktur finden, die den Bedürfnissen, den Interessen und dem Förderbedarf entspricht. Eine dieser möglichen Leistungen, eine sehr wichtige Leistung, ein präventives Angebot und ein ausdrücklich familienunterstützendes Angebot, ist die Förderung der Erziehung in der Familie, und zwar entsprechend § 16 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Dort, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es um Angebote der Familienbildung, der Vorbereitung auf Ehe und Partnerschaft und des Zusammenlebens mit Kindern. Es geht um Familienfreizeiten und es geht um Familienerholung. In § 16 Abs. 3 heißt es dann ausdrücklich: "Das Nähere über Inhalt und Umfang der Aufgaben regelt das Landesrecht." Sie wissen ganz genau, dass wir einen entsprechenden Antrag zur Verankerung dieser Aufgabenstellung im Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetz gestellt haben. Sie hatten seinerzeit nichts Besseres zu tun, als diesen Antrag abzulehnen. Genau in diesem Antrag ging es nicht um Kosten, sondern es ging darum, etwas zu entwickeln, wo ein Handlungsdefizit deutlich ist. Es wäre kein Eingriff gewesen, sondern es wäre eine Unterstützung der Eltern, der Familien und der Kinder gewesen und es hätte zumindest dem "F" im Namen des Sozialministeriums, sprich für Familie, auch einen Sinn gegeben. Im Moment steht dieses "F" allerdings nur für das Wort "fehlt". Obwohl hier ein Ihnen bekanntes Handlungsdefizit bei der Umsetzung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes vorliegt, findet sich auch keine entsprechende Folgerung in dem heute zur Debatte stehenden Bericht. Es sei denn, dass Sie damit den Passus unter Ziffer 2 meinen, in dem zur Frage der Umsetzung des Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetzes von Ihnen berichtet wird, dass das noch vorhandene Handlungsdefizit abgebaut und die Weiterentwicklung gezielt gefördert werden. Und da wäre es schon interessant gewesen und vor allen Dingen auch erforderlich, wenn Sie uns dann mal beschrieben hätten, was die vorhandenen Umsetzungsdefizite aus Ihrer Sicht sind.

Ausstehende Folgerungen sind ein weiteres Kennzeichen dieses Berichts. Wenn z.B. unter Ziffer 2.4 das schwache Mitbeteiligungsrecht des Landesjugendamts bei der Aushandlung von Leistungsentgelten beklagt wird, dann stellt sich doch die Frage: Was für Folgerungen zieht denn die Landesregierung daraus und was unternimmt sie? Und wenn unter Ziffer 2.6 die Grundsätze für einen fachlich regulierten Qualitätswettbewerb aufgezeigt werden, dann stellt sich die Frage: In welchen Bereichen und wann denn die Landesregierung die Umsetzung vorhat? Wenn unter 2.7 die bürgerfreundliche Gestaltung der Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe betont werden und theoretisch der Prozess der Verwaltungsmodernisierung innerhalb der Jugendhilfe - also auch der oberen und obersten Landesjugendbehörden - dargestellt wird, dann frage ich mich: Was macht denn die Landesregierung, um diese Verwaltungsmodernisierung in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich auch beratend gegenüber den örtlichen Jugend-

ämtern voranzutreiben? Und das ist eben das Problem: Folgerungen, meine Damen und Herren, sind nicht nur theoretische Erörterungen, sondern es geht darum, was man denn in der Praxis auch umsetzt und woran man sich dann auch messen lassen muss.

Wenn unter Punkt 2.8 die Landesregierung gemeinsam mit der Kommission die Auffassung vertritt, dass eine stärkere Konzentration der Kinder- und Jugendhilfe auf Ressourcen entfaltende Ansätze ein aktuelles Forschungsthema wäre, dem sich die Hochschulen annehmen sollten - was hat denn dann die Landesregierung dafür bislang in eigener Zuständigkeit getan oder was will sie tun? All das ist hier nicht beschrieben und Sie wissen doch ganz genau, dass die Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen und Hochschulen ein Auftrag des Kinder- und Jugendhilfegesetzes ist. Ich wüsste gern, was da bislang an Zusammenarbeit vereinbart worden ist, denn bislang sind mir so richtige Folgerungen noch nicht bekannt.

Ein weiteres Thema ist die Frage verstärkte Teilhabe und Beteiligung von jungen Menschen an dem, was sie betrifft, an allen sie betreffenden Entscheidungsprozessen. Das stand allerdings bereits auch in den Folgerungen von 1999. Was ist denn dann geschehen außer einigen wenigen Fördermitteln, die tatsächlich noch vorhanden sind? Gibt es mittlerweile eine Kultur der Beteiligung, die der vergangene Bericht schon eingefordert hat, wenigstens in Ansätzen? Gibt es im Haushaltsjahr 2003 und folgende überhaupt noch Partizipationsprojekte, die finanziert werden oder sind die nicht auch oder sollen sie den Einsparungen zum Opfer fallen? Was also hat sich in der Alltagspraxis verändert? Bedarf es vielleicht sogar gesetzlicher Änderungen in der Kommunalordnung beispielsweise, was die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen angeht? Alles das bleibt völlig unklar und ich habe das Gefühl, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bleibt bei Ihnen eine rhetorische Übung, die mit dem Alltag nichts zu tun hat.

(Beifall bei der PDS)

Evaluieren Sie doch mal die Förderung im Rahmen z.B. der Jugendpauschale auch unter dem Aspekt der Beteiligung. Fragen Sie doch mal nach, welche Kultur der ehrenamtlichen Mitverantwortung von Kindern und Jugendlichen innerhalb der Jugendarbeit tatsächlich wahrgenommen wird und wie diese Aufgabe auch durch pädagogische Fachkräfte gestärkt oder möglicherweise auch ignoriert wird.

Lassen Sie mich noch zwei Anmerkungen zu dem Bericht machen: Im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder haben wir in Thüringen, und das habe ich an dieser Stelle schon sehr oft gesagt, tatsächlich etwas vorzuweisen. Wir brauchen uns in der gesamten Bundesrepublik nicht zu verstecken, und es ist auch von der Bevölkerung ein sehr deutlich artikulierter Beweis dafür, dass derartige Angebote in öffentlicher Verantwortung nicht nur erwünscht,

sondern gewollt sind. Das sollte uns aber nicht dazu veranlassen zu schlussfolgern, dass die Empfehlungen der Kommission nach verstärkter Bildung - und ich sage noch einmal sehr deutlich, es redet niemand von Verschulung, sondern von verstärkter Bildung in Tageseinrichtungen - bislang noch nicht flächendeckend umgesetzt ist. Das beschreiben Sie dann auch selbst auf Seite 40, dass es notwendig ist, Leitlinien zu frühkindlicher Bildung und Erziehung im Kindergarten zu erarbeiten, die als Orientierung dienen sollen. Das ist ein Punkt, auch das möchte ich hier unter positivem Aspekt sagen, das ist ehrlich und das wird der Sache auch gerecht. Gerade im Bereich der Kindertageseinrichtungen werden wir uns um eine wesentlich stärkere Verzahnung mit der Familienbildung und auch mit der Elternarbeit bemühen müssen. Aber ganz konkret sind Ihre Schlussfolgerungen an diesem Punkt auch nicht. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch an die katastrophalen Ergebnisse bei den Einschulungsuntersuchungen erinnern.

(Zwischenruf Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: So ein Bericht ist kein Kochbuch.)

Kochbücher lese ich gar nicht so gern, da lese ich lieber Ihre Berichte. In Kapitel 6 Ihrer Folgerungen gehen Sie u.a. ein auf die von der Kommission vorgeschlagene notwendige verbindliche Kooperation der Zusammenarbeit von Schule und Einrichtungen der Kinder und Jugendlichen. Zum wiederholten Male kündigen Sie eine Abstimmung an, was die Vereinbarung über die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule im Freistaat angeht. Wenn ich mich recht erinnere, Herr Minister, hat der Jugendhilfeausschuss bereits vor zwei Jahren schon eine Zuarbeit geleistet und Sie sind immer noch im Abstimmungsprozess. Vielleicht können Sie uns einmal erläutern, wie lange dieser Abstimmungsprozess noch hinausgezögert werden soll.

Lassen Sie mich noch einige Sätze zur Jugendpauschale sagen als dem wesentlichen Förderinstrument zur Stabilisierung der Jugendarbeit. Die Kommission fordert einen angemessenen Anteil in Höhe von mindestens 15 Prozent der Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe für den Bereich der Jugendarbeit. Sie treffen die tatsächlich wirklich aus meiner Sicht problematische Aussage, dass der Anteil, der bei den Landkreisen und kreisfreien Städten eingesetzten Mittel in den letzten Jahren, ich zitiere Sie: "... erfreulich relativ stabil geblieben sei."

(Zwischenruf Abg. Panse, CDU: Ja.)

Bereits in Ihrer zahlenmäßigen Dokumentation unmittelbar unter der schriftlichen Aussage führen Sie den Beweis, dass der Mitteleinsatz der Jugendpauschale vom Jahr 2000 auf das Jahr 2002 um 12 Prozent zurückgegangen ist. Wenn ich nun davon ausgehe, dass im Haushaltsjahr 2003 mit Sicherheit eine weitere Kürzung ansteht, und wir ja hoffen, dass innerhalb dieser Zeit auch die sozialpäda-

gogischen Fachkräfte in den Jugendeinrichtungen Gehaltssteigerungen bekommen haben, dann wird deutlich, dass innerhalb dieser drei Jahre eine erhebliche Angebotsreduzierung zu verzeichnen ist. Es würde dann der Wahrheitsfindung dienen, wenn man nicht nur von einer Kürzung von 12 Prozent, sondern eigentlich von 20 Prozent ausgeht. Zu sagen, dass hier alles relativ stabil geblieben ist, ist, denke ich mal, nicht ganz ehrlich.

Abschließend zum Themenbereich Ausbildung und Arbeit - einiges ist auch schon vom Kollegen Nothnagel angesprochen worden: Innerhalb des Bundesjugendberichts wird u.a. auf die fristgerechte Umsetzung der Beschlüsse des Europäischen Beschäftigungsgipfels vom November 1997 hingewiesen und beklagt, dass das Recht junger Menschen auf eine berufsqualifizierende Ausbildung und auf eine anschließende Beschäftigung offenbar noch nicht umgesetzt ist. Obwohl die Landesregierung in ihren Folgerungen dies zunächst bejaht, erfolgt dann lediglich eine Darstellung der Fördermöglichkeiten seitens des Wirtschaftsministeriums und der eingesetzten ESF-Mittel verbunden mit der Behauptung, dass in Thüringen den Beschlüssen des Europäischen Beschäftigungsgipfels Rechnung getragen wird, und verbunden mit der Behauptung, dass 99 Prozent der Bewerber im Jahr 2001 Ausbildungsstellen gefunden hätten. Sie wissen sehr genau, die seit Jahren im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit zu beobachtende Entwicklung und der stetige Anstieg junger Sozialhilfeempfänger ohne jeden Abschluss beweisen, dass eben nicht alles in Ordnung ist. Ich empfehle sehr, dass das Wirtschaftsministerium neben der Aufzählung der vielen Förderrichtlinien, die immer wieder erwähnt werden, dann auch so ehrlich ist und darauf verweist, dass der Kahlschlag der Landesarbeitsmarktförderung in Größenordnungen von Ihnen durchgezogen worden ist. Dann werden zumindest die Zusammenhänge klarer.

(Zwischenruf Abg. Panse, CDU: Nicht ablenken, der Bund ist mit 240 Millionen dabei.)

Ach schauen Sie doch nicht immer auf den Bund. Machen Sie doch erst einmal selbst Ihre Hausaufgaben.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben in Größenordnungen hier in der Arbeitsförderung gestrichen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Wenn Sie das erwähnen und dann den Bund kritisieren, dann wird es in Ordnung.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Es gilt im Hinblick darauf natürlich auch Schlussfolgerungen zu treffen und dafür ist dieser Bericht da. Die Aussage, dass im Jahr 2001 99 Prozent der Bewerber Ausbildungsstellen erhalten haben, das ist einfach schlicht

falsch. Das wissen Sie doch, dass dabei Berufsvorbereitungsmaßnahmen, alle anderen Warteschleifen, alles mit eingezählt werden muss. Sie wissen genau, dass hier in dem Bereich in Thüringen junge Menschen zunehmend in die Sozialhilfe abgedrängt werden. Wir waren uns in dem Hause einig über die Situation, was die Ausbildungsebene angeht und wir haben gemeinsam einen Ausbildungsappell verabschiedet. Wenn man so weit ist, dann braucht man sich an dieser Stelle nicht ständig selbst auf die Schultern klopfen, sondern dann muss man sagen, was man auch in Zukunft tun will. Mit Ihrer Entscheidung, liebe Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung, die Mittel für das Landesprogramm Jugendberufshilfe im Haushaltsjahr 2003 um 75 Prozent zu kürzen, haben Sie eben genau das krasse Gegenteil gesagt und getan. Das muss man dann auch hier noch einmal deutlich machen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Sie teilen das also alles schön mit, Sie sagen am Ende stolz, dass die Jugendberufshilfe in Thüringen zu einem festen Bestandteil des Übergangssystems von Schule in Arbeitslosigkeit geworden ist und entziehen gleichzeitig für die Arbeit den Boden. Das finde ich an dieser Stelle nicht besonders ehrlich und das muss hier dann auch deutlich erwähnt werden.

Meine Damen und Herren, das waren nur einige wenige kritische Anmerkungen. Ich finde, der Elfte Kinder- und Jugendbericht und die Entwicklung in der Jugendhilfe in Thüringen sind ein wichtiger Aspekt, um weiter diskutiert zu werden. Wir sollten es nicht bei wenigen Anmerkungen lassen. Ich denke, wir sollten den vorgelegten Bericht der Landesregierung nutzen, im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit deutlich darüber diskutieren und dann auch vernünftige Schlussfolgerungen im Interesse der Familien, der Kinder und Jugendlichen festzulegen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Panse zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Panse, CDU:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Kollegin Pelke und sehr geehrter Herr Kollege Nothnagel, schönreden tut nicht gut, aber schlechtreden erst recht nicht, denn das ist gefährlich.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Auf Probleme aufmerksam machen darf man doch.)

Auf Probleme darf man aufmerksam machen, das machen auch die Folgerungen der Landesregierung. Ich werde auch in meinem Beitrag darauf eingehen. Sie haben die Jugendpauschale angesprochen, Sie haben die Verwendung der Mittel der Jugendpauschale angesprochen. Da hätte ich mir natürlich schon mehr gewünscht, dass Sie hier sagen, dass die Jugendpauschale reduziert worden ist. Aber wenn Sie dazugesagt hätten, dass die Jugendpauschale eines der Instrumente ist, die hervorragend funktionieren, dass Thüringen mit der Jugendpauschale ein ganz hervorragendes Instrument hat, mit der wir Jugendarbeit fördern,

(Beifall bei der CDU)

und dass es das in keinem anderen Bundesland so gibt, dass bis zum Jahr 2000 kontinuierlich in jedem Jahr die Ausgaben in der Jugendpauschale deutlich angestiegen sind, die Kommunen dankbar dafür sind, dass sie dieses Instrument haben, das hätte zur Ehrlichkeit dann auch dazugehört. Ich räume ein, seit 2000 wird in diesem Bereich gekürzt, aber beides gehört dazu, dass man das hier hört.

Eine weitere Anmerkung noch, und das korrespondiert mit dem Punkt, den wir vorher diskutiert haben, Jugendkulturarbeit: Im Elften Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung wird die Jugendkulturarbeit mit einem einzigen Absatz erwähnt und das auch nur mit der Bemerkung, dass die Jugendkulturarbeit nicht kommunales Sparopfer werden darf. Im Bericht der Landesregierung, der Ihnen heute vorliegt, werden immerhin zur Jugendkulturarbeit über zwei Seiten geschrieben. Auch da wird auf dieses Problem der kommunalen Finanzierung aufmerksam gemacht, aber auch da wird beschrieben, was das Land in diesem Bereich tut. Und, Frau Klaubert, entschuldigen Sie bitte, ich hätte mir schon gewünscht, wenn wir hier zur Jugendkulturarbeit diskutieren, dass man sich die Dokumente wie den Elften Kinder- und Jugendbericht oder jetzt diesen Bericht der Landesregierung zur Hand nimmt und auch mal nachliest, was dort zur Jugendkulturarbeit drinsteht, dann hätte man sich einiges von dem, was vorhin hier diskutiert wurde, vielleicht auch sparen können.

Wir haben, um jetzt tatsächlich zu dem Antrag zu kommen, nach meinem Dafürhalten im Elften Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung ein falsches Grundverständnis, was Rotgrün uns aufzeigt. Ich habe es eingangs schon gesagt und ich möchte es auch an einigen Zitaten und Beispielen deutlich machen. Aber vielleicht salopp vorher eine Erklärung, wie ich das meine. Auf Baustellenschildern, auch hier im Thüringer Landtag, wenn Sie reinkommen, werden Sie das sehen, steht drauf: Betreten der Baustelle verboten! Eltern haften für ihre Kinder. Wenn man dem Elften Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung folgt, wird irgendwann auf diesen Schildern stehen: Achtung Baustelle! Betreten eigentlich verboten, aber wenn doch, dann haftet vielleicht die Gesellschaft,

der Staat oder wer auch immer oder der Bauunternehmer. Sicherlich, das ist deutlich überspitzt, aber es zeigt, wo das hinführt, und es zeigt ein Stückchen das Grundproblem des Elften Kinder- und Jugendberichts. Die rot-grüne Bundesregierung setzt nämlich auf stärkere - ich sage auf stärkere - staatliche Verantwortung für Kinder und Jugendliche. Sie will längst nicht nur die Lufthoheit über den Kinderbetten, sondern sie will zunehmend Einfluss auf die Erziehung und Entwicklung von Kindern nehmen. Dies schwächt die Rolle von Eltern und die Funktion der Familien und wird deshalb von der CDU-Fraktion ganz strikt abgelehnt.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen keine Einmischung des Staates in die Familien, wir wollen die Verantwortung der Eltern stärken und wir wollen sie bei ihrer Umsetzung des Erziehungsauftrags unterstützen. Und jetzt komme ich zu den Belegen. Frau Pelke, im Elften Kinder- und Jugendbericht steht, und das hat Rotgrün im Bundestag dann unterstützt, "Obwohl die Familie" - ich zitiere -: "Obwohl die Familie für die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen nach wie vor der zentrale Ort des Aufwachsens ist, hat sie doch ihre beherrschende Stellung als Sozialisationsinstanz verloren." Daher sei das Ineinandergreifen von privater und öffentlicher Verantwortung für die Bedingungen des Aufwachsens notwendig. Erschreckt hat mich die Aussage im Elften Kinder- und Jugendbericht - und da zitiere ich auch wieder: "Die klassische Kleinfamilie, bei der biologische und soziale Elternschaft zusammenfallen, kann nicht mehr ohne weiteres als Norm gesetzt werden." Da frage ich Sie doch ernsthaft, was ist denn dann die Norm in unserer Gesellschaft?

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Ist es die dritte oder vierte Ehe, wie bei den Spitzen von Rotgrün, dem Kanzler und dem Außenminister, sind es vielleicht die leistungsorientierten kinderlosen Singlehaushalte?

(Unruhe bei der SPD)

Ich denke, wohl kaum sind sie es.

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Unverheiratete mit Kindern vielleicht.)

Jugendliche, die in Thüringen befragt wurden, halten beides nämlich nicht für erstrebenswert, sondern sie wollen in ihrer übergroßen Mehrheit schon die klassische Kleinfamilie. Sie wollen heiraten und sie wollen Kinder. Wir sollten sie bestärken und ihnen nicht einreden, dass sie damit schon aus der Norm fallen.

(Beifall bei der CDU)

In der Presse von gestern konnten Sie nachlesen, dass laut Feststellung des Landesamts für Statistik Thüringer Ehen erfreulicherweise immer länger halten. Professor Hildebrandt erklärte dazu gestern in der TA: Treue und Dauerhaftigkeit der Beziehungen werden als hohes Gut betrachtet.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Demgegenüber kommt aber die Sachverständigenkommission im Ergebnis ihres Elften Kinder- und Jugendberichts am Ende zu der Feststellung, dass verantwortliches Handeln von Kindern und Jugendlichen sowie ihrer Eltern heute nur noch - nur noch, sage ich - vor dem Hintergrund einer öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen denkbar ist. Insgesamt wird damit die öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen für uns deutlich überbetont und wir, die CDU-Fraktion, ich habe es gesagt, halten dies für einen schlichtweg falschen Grundansatz. Für uns ist klar, im Zentrum muss immer die Elternverantwortung stehen, die Elternverantwortung ist das Wesentliche. Das Aufwachsen von Kindern ist nicht in erster Linie Bestandteil öffentlicher Verantwortung, sondern liegt natürlich stets in Verantwortung der Eltern. Ich bin auch froh darüber, dass bei den Folgerungen der Landesregierung aus dem Elften Kinder- und Jugendbericht dies gleich zu Beginn ganz unmissverständlich herausgestellt wird. Und daraus zitiere ich: "Die Familie und ihre Erziehung kann durch keine staatliche oder sonstige gesellschaftliche Einrichtung, und sei sie noch so gut, ersetzt werden. Der Staat kann und muss Familien bei der Erziehung von Kindern und Jugendlichen unterstützen, aber er kann nicht ihre Aufgabe übernehmen. In diesem Sinne kann es eine von der Familie losgelöste Kinder- und Jugendpolitik nicht geben."

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Die Sachverständigenkommission kommt hingegen - und das setzt sie an die Überschrift des Elften Kinder- und Jugendberichts - zu dem Leitmotiv "Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung", wie ich bereits eingangs gesagt habe. In öffentlicher Verantwortung, eben nicht, Frau Pelke, wie Sie es gesagt haben, mit öffentlicher Mitverantwortung, sondern in öffentlicher Verantwortung. Und so steht es in diesem Elften Kinder- und Jugendbericht. Die Sachverständigenkommission betont dabei die Rahmenbedingungen und die soziale Infrastruktur. Es werden Verbesserungen gefordert, ohne dass diese Verbesserungen klar bezeichnet oder gar verbindlich festgelegt werden. Rotgrün im Bundestag hat im Sommer des letzten Jahres bei der Debatte dazu in diesem Zusammenhang einen Perspektivwechsel gefordert und es damit begründet, dass

1. eine materielle Besserstellung der Familien erreicht werden konnte und

2. nun der Schwerpunkt auf den Ausbau der sozialen Infrastruktur gelegt werden sollte.

Fakt ist aber das Erstere, was ich gesagt habe. Was dort im Bundestag behauptet wurde, ist schlichtweg geschwindelt. Denn die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen für Kinder von allein Erziehenden und Familien mit mehreren Kindern haben sich erheblich verschlechtert.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Auch die von der SPD im letzten Bundestagswahlkampf versprochene Kindergelderhöhung ist in deutlich unbestimmte Ferne gerückt.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Das Zweite, nämlich den Auf- und Ausbau sozialer Infrastruktur, das ist bis jetzt schlichtweg eine inhaltsleere Versprechung, die durch nichts untermauert wurde.

Ich habe es eben schon deutlich gemacht, der Vorrang der Förderung infrastruktureller Angebote ist nach unserem Dafürhalten falsch. Ich sage Vorrang, nicht insgesamt die Förderung. Rotgrün macht mit seinem Perspektivwechsel hin zur Vorrangigkeit infrastruktureller Angebote vor verbesserten finanziellen Transferleistungen deutlich, dass den Eltern eigenverantwortliche Entscheidungen für das Wohl ihrer Kinder ein Stück weit aus der Hand genommen werden sollen. Wir wollen ganz genau das Gegenteil. Wir wollen mit finanziellen Transferleistungen Eltern in ihren Entscheidungen unabhängiger machen. Wir wollen das Armutsrisiko von allein Erziehenden und Familien mit mehreren Kindern reduzieren. Wir haben in Thüringen ein Landeserziehungsgeld in Ergänzung des Bundeserziehungsgeldes. Und wir wollen immer noch ein Familiengeld, Frau Pelke.

(Beifall bei der CDU)

Am Dienstag dieser Woche waren beim Erfurter Dialog in der Staatskanzlei leider nur wenige Kollegen der Oppositionsfractionen anwesend, aber deswegen gehe ich noch auf ein paar Punkte ein. Professor Wingen hat dort in seinem Vortrag zur Familie als Stabilitätsfaktor im demographischen Wandel auf einige wichtige Punkte hingewiesen, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Er betonte, dass die relative Armut bei mehreren Kindern die Freiheit nach Kinderwünschen einschränkt. Gegen diese relative Armut müssen wir Entscheidungen setzen, die dafür sorgen, dass Familien mehr als heute und mindestens genauso viel Geld zur Verfügung haben wie Kinderlose. Er räumt darüber hinaus mit dem Vorurteil auf, dass die außerhäusliche Kinderbetreuung, wie z.B. in Schweden, zur stärkeren Realisierung des Kinderwunsches führt. Dies ist keineswegs mehr so. Im Gegensatz dazu werden in Norwegen zwar außerhäusliche Betreuungsangebote vorgehalten, aber Familien, die die Selbstbetreuung ihrer Kinder vorziehen, erhalten die Kosten vom Staat und

dies funktioniert und das halten wir für einen vernünftigen Ansatz.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Herr Nothnagel ging vorhin auf die Betreuungsangebote in Kindertagesstätten ein. Ja, ich räume ein, es gibt nichts, was man nicht ein Stück weit besser machen könnte. Qualität in Kindertagesstätten ist ein Thema, womit wir uns nicht nur hier im Thüringer Landtag, sondern auch in den Gremien, in der Enquetekommission auseinander setzen. Aber, und das knüpft dann an den Elften Kinder- und Jugendbericht an, ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot an Kindertagesstätten, wie wir sie im Übrigen hier in Thüringen schon haben, wird im Elften Kinder- und Jugendbericht für alle Regionen in Deutschland gefordert. Das ist richtig, das können wir bekräftigen. Aber da können auch die anderen Regionen in Deutschland ein Stück weit von dem Thüringer Modell der Kinderbetreuung lernen.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Falsch ist allerdings, dass diese Verantwortung dafür allein den Ländern und Kommunen auferlegt wird. Der Bundestag fordert gar u.a. - und da zitiere ich aus den Bundestagsdokumenten dazu: "Die durch den demographischen Wandel im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe frei werdenden Finanzmittel sollen gezielt für die Qualifizierung des Betreuungsangebots und seinen Ausbau, z.B. für 0- bis 3-Jährige und für Ganztagsbetreuung eingesetzt werden." Sehr geehrte Damen und Herren, das ist völlig realitätsfern. In den Kommunen gibt es derzeit keine frei werdenden Mittel in der Kinder- und Jugendhilfe. Derzeit werden in diesem Bereich auch in Thüringen Kürzungen vorgenommen, aber dies vor allem aufgrund der dramatischen Finanzlage der Kommunen. Da bleibt kein Euro übrig, den man vielleicht irgendwo zusätzlich noch investieren könnte oder sollte. Und wer in diesem Zusammenhang dann eine Verlagerung von Finanzmitteln hin zur Ganztagsbetreuung fordert, gefährdet - das sage ich ganz offen - die offenen Angebote der Jugendhilfe und er gefährdet damit auch die Arbeit der freien Träger, die in der Kinder- und Jugendhilfe tätig sind. Aber neben der geschilderten Finanzfrage ist es auch schlichtweg fachlich falsch, denn eine deutliche Ausweitung des staatlichen Betreuungsangebots für Kleinkinder in Kinderkrippen kann doch überhaupt gar nicht das Ziel sein. Das Ziel muss doch eigentlich sein, dass man Familien in ihrer Erziehungsverantwortung stärkt. Wir wollen in Thüringen gemäß dem Subsidiaritätsprinzip Familien dort unterstützen, wo Hilfen notwendig sind, deshalb werden Krippenplätze beispielsweise vorrangig für allein Erziehende oder für junge Mütter in Ausbildung oder im Studium vorgehalten. Ich habe es gesagt, wir wollen die Erziehungskompetenz der Eltern stärken und das ist doch ein Stückchen ein Gegensatz zu dem, was im Elften Kinder- und Jugendbericht steht. Da steht nämlich - und das ist im Bericht der Sachverständigenkommission nachzulesen -, dass die Politik erst die

Voraussetzung für die familiäre Erziehung durch Förderung und Unterstützung schaffen muss. Ich weiß nicht, welche Erfahrungen und welches Familienbild der Sachverständigenkommission dem zugrunde lag, denn in der überwiegenden Mehrheit der Familien sind natürlich die Voraussetzungen für die familiäre Erziehung gegeben. Diese Familien kennen nämlich die Binsenweisheit, dass für die frühkindliche Entwicklung die persönliche Nähe und das Erfahren einer liebevollen Zuneigung durch die engsten Bezugspersonen, das sind nun mal die Eltern, das Elementare sind. Kleinkinder zu erziehen, also in ihrer Entwicklung nicht nur zu begleiten, sondern sie auch zu fördern, ihnen Grenzen aufzuzeigen, dies gelingt im Normalfall am besten in der Familie und kann nicht - auch das ist schon gesagt worden - auch durch noch so gut ausgebildete Erzieherinnen oder Erzieher umfänglich ersetzt werden. Da komme ich Ihnen schon noch mit einem Zitat, das vielleicht alle kennen. Der kleine Prinz sagt: "Die Zeit, die du für deine Rose verloren hast, die macht deine Rose so wichtig." Ich knüpfe dem an: Die Zeit, die Eltern mit ihren Kindern verbringen, dies macht die Beziehung so wichtig.

(Beifall bei der CDU)

Die Elternerziehung und Zuwendung für ihre Kinder ist es, die diese Kinder zeitlebens prägen. Allerdings - und das sage ich auch ehrlich - müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass es in unserer Gesellschaft Eltern gibt, die die geschilderte Art der familiären Erziehung selbst nicht oder nur unzureichend erlebt haben. Damit fällt es ihnen dann ungleich schwerer aus eigener Erfahrung Werte weiterzuvermitteln. Aber auch diesen Eltern wollen wir die Erziehungsverantwortung nicht nehmen, denn der Staat kann die intakte Familie niemals ersetzen. Wir müssen ihnen aber helfen und wir müssen sie stärken. Deshalb legen wir auch so großen Wert auf die Hilfen zur Erziehung und die Vermittlung von Erziehungskompetenz. Wir haben gestern hier im Landtag zur Elternbildung beim Erwachsenenbildungsgesetz diskutiert. Ich halte es für wichtig, ich halte es für genauso wichtig die Elternbildung wie die Stärkung der Medienkompetenz von den Eltern. Dafür wollen wir uns im Landtag einsetzen und ich denke, darüber besteht auch parteiübergreifend Einigkeit.

Lassen Sie mich zu einem nächsten wichtigen Punkt kommen. Das ist die Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe. Ich bedaure es, dass im Elften Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung sich dazu nicht allzuviel findet. Die Sachverständigenkommission spricht sich in einem Forderungspunkt zwar dafür aus, dass die Ausgaben den Aufgaben folgen müssten und nicht umgekehrt. Hinlänglich bekannt ist auch die sich daraus ergebende Forderung: wer bestellt, bezahlt. Aber interessanterweise geht die Bundesregierung auf diese Empfehlung der Sachverständigenkommission gar nicht ein. Die Folge wäre dann nämlich auch, dass das Finanzierungssystem zwischen den einzelnen Ebenen verändert werden müsste, insbesondere vom Bund auf die Länder und punktuell natürlich auch zwischen Land und Kommunen. Auch wir müssen uns des-

halb in Thüringen dieser Forderung stellen. Ich weise deshalb aber so eindringlich auf diesen Punkt hin, weil wir derzeit eine ganze Zahl von Bundesgesetzen haben, z.B. das Gesetz zu den Kindertagesstätten und zu den Hilfen zur Erziehung, wo wir gänzlich unter finanzieller Mitfinanzierung des Bundes an den Aufgaben, diese Aufgaben dann gemeinsam mit den Kommunen zu realisieren haben. Erwähnt werden muss, deswegen sage ich es auch hier an dieser Stelle noch, auch der Rückzug des Bundes aus dem Unterhaltsvorschussgesetzesbereich, welcher ebenfalls eine deutliche Mehrbelastung letztendlich für die Länder und für die Kommunen bedeutet. Auch da hat der Bund Gesetze gemacht und hat die Kosten letztendlich auf andere Partner verlagert.

Ich habe es gesagt, wenngleich auch bei uns im Land noch nicht alle Ausgaben den Aufgaben folgen, gibt es aber doch eine ganze Menge an Beispielen, wo dies geschieht, wo wir dies auch tun. Das ist insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe das Landeserziehungsgeld, der Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz ab 2,5 Jahren und die Jugendpauschale, das sind die drei Beispiele, die ich zuallererst nennen möchte. Bei der bundesweiten Finanzierungsstruktur - Frau Pelke, Sie haben das angesprochen - sagt die Sachverständigenkommission aber auch noch mehr als diese Forderung nach 15 Prozent. Die Sachverständigenkommission weist nämlich darauf hin, dass im Bund die Jugendhilfe nur mit ganzen 7 Prozent am Sozialbudget des Bundes dabei ist. Die Länder tragen von den Gesamtausgaben der Jugendhilfe 30 Prozent und die Kommunen tragen über 60 Prozent der öffentlichen Kosten der Kinder- und Jugendhilfe. Ich halte dies für eine bemerkenswerte und für eine zu kritisierende Schieflage, angesichts dessen, dass es sich beim SGB VIII, dem Kinder- und Jugendhilfegesetz, um ein Bundesgesetz mit überwiegender Leistungsverpflichtung für die örtliche und für die Landesebene handelt. Bei der gegenwärtigen Finanzlage im Freistaat Thüringen und den Kommunen muss sich auch zukünftig der Bund stärker seiner Verantwortung für die Umsetzung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes stellen. Alle zweckgebundene durch die Länder und Kommunen selbst verantwortete Förderung in die Infrastruktur für die Kinder- und Jugendhilfe in den neuen Bundesländern würde wesentlich mehr bringen als Modellprojekte, auf denen die Bundesländer und Kommunen dann nach einer Anschubfinanzierung sitzen gelassen werden. Ich habe auch ein Beispiel dazu. Das jüngste Beispiel, worüber wir diskutieren, wo der Bund populistisch sehr viel Geld ausgegeben hat - es ist wenig dabei herausgekommen und trotzdem werden nun die Länder gedrängt, dies weiter zu finanzieren - sind viele der Programme gegen Rechtsextremismus und Gewalt. Die Stellungnahme der Bundesregierung lobt unverdrossen diese Aktivitäten, aber die Fakten sehen ganz anders aus. Denn selbst im Elften Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung ist der Satz zu finden - und den zitiere ich: "Außerdem sollte die Kinder- und Jugendhilfe erst gar nicht den Eindruck entstehen lassen, als sei sie in der Lage das Problem des Rechtsextremismus zu lösen". Ver-

schiedene Studien, u.a. eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, stellen die Wirksamkeit solcher Programme gegen Rechtsextremismus und Gewalt in Frage. Und trotzdem sollen nun die ursprünglichen Bundesprogramme und Projekte, wie z.B. in Thüringen das MOBITH-Projekt von den Ländern übernommen und fortgeführt werden. Ich sage Ihnen ganz offen, wir werden das so nicht mitmachen und ich habe Ihnen erklärt, warum wir das nicht mitmachen werden.

Ein nächster wichtiger Punkt, der sich in den Folgerungen der Landesregierung und auch im Elften Kinder- und Jugendbericht findet, das ist die Fachlichkeit und das Fachkräfteangebot in der Jugendhilfe. Die Sachverständigenkommission fordert im Elften Kinder- und Jugendbericht unter dem Anstrich - Fachlichkeit und Fachkräfteangebot als Voraussetzung zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe - ein Fachkräfteangebot auf allen Ebenen und in allen Leistungsbereichen der Kinder- und Jugendhilfe. In diesem Sinne hält der Elfte Kinder- und Jugendbericht an anderer Stelle den vorwiegend in den neuen Bundesländern verbreiteten Einsatz von ABM und SAM in der Jugendhilfe für ungeeignet. Die Landesregierung unterstützt in ihren Folgerungen diese Aussage ganz klar. Wie Sie alle wissen, haben wir genau deswegen 1997 die Jugendpauschale eingeführt. Berechtigt verweist die Landesregierung auf die erheblichen Anstrengungen zur Aus-, Fort- und Weiterbildung von Fachpersonal in Thüringen. Für Mitarbeiterinnen in Kindertageseinrichtungen mit dem Landesprogramm für Fortbildung und Toleranz für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter der Jugendhilfe und verschiedene andere Projekte leistet das Land seit Jahren auch seine Beiträge zur Unterstützung des Fachkräftebedarfs und des Fachpersonals auf der örtlichen Ebene. Da uns die Qualität in der Kinder- und Jugendhilfe wichtig ist, muss die Auseinandersetzung mit dieser Problematik fortlaufend und fortführend erfolgen. Das Land sollte nach meiner Auffassung gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege Vorschläge erarbeiten, wie dem Fachkräftegebot zukünftig Rechnung getragen werden kann. Ich weiß - das sage ich ehrlich - auch, dass viele Träger derzeit nur noch nach dem SGB entlohnen, weit unter einem Tarif, der notwendig wäre, um Fachkräfte zu halten oder neu zu gewinnen.

Wenn wir mehr Qualität als Quantität wollen, müssen wir uns auch dieser Diskussion stellen. Es bringt beispielsweise nichts, in der örtlichen Kinder- und Jugendhilfe ganze Bereiche im Rahmen der begrenzt zur Verfügung stehenden Finanzmittel auszudünnen. Effektiver wäre es nach meinem Dafürhalten dann einzelne Angebote ganz einzustellen, um an anderer Stelle auch wirklich stärkere Qualität finanzieren zu können. Die Sachverständigenkommission misst insgesamt der Jugendverbandsarbeit eine wichtige Bedeutung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen gerade bei den Mitwirkungsmöglichkeiten von ihnen in Politik und Gesellschaft bei.

Erlauben Sie mir, da ich selbst aus der Jugendverbandsarbeit komme, dies kann ich nur bekräftigen und unterstützen. Auch die Landesregierung hat dies immer wieder betont und nicht zuletzt der Landesjugendförderplan, über den wir hier vor geraumer Zeit auch im Landtag ausführlich diskutiert haben, ist ein Beleg dafür.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, wo ich vorhin gesagt habe, wie das Kritisieren und das Schönreden im Verhältnis zueinander steht. Wissen Sie, Herr Nothnagel, man muss dann auch zur Kenntnis nehmen, dass Thüringen nach einer Studie der Vereinigung der Regionen als jugendfreundlichste Region Europas gilt.

(Beifall bei der CDU)

Im November 2002 - das ist noch nicht so lange her - hat Thüringen dafür einen zweiten Preis hinter einer Region in Norwegen erhalten und wir können berechtigt darauf stolz sein.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, das gehört dazu, dass wir das hier an dieser Stelle auch formulieren. Denn das ist natürlich der Punkt, Herr Nothnagel, wenn Sie ein Umsteuern in der Jugendhilfe und der Jugendpolitik fordern, gleichzeitig aber dies ein Ausdruck und ein Beleg dafür ist, dass unsere Jugendhilfe und unsere Jugendarbeit so schlecht nicht sein kann, wenn wir unter 33 Regionen, die ausgewertet wurden, den zweiten Platz belegt haben. Ich denke, dann muss man das sagen und dann kann man hier berechtigt auch stolz darauf sein.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch einige Punkte ansprechen, die aufgrund der begrenzten Zeit, die wir hier zur Diskussion haben, nicht umfänglich diskutiert werden können. Im Elften Kinder- und Jugendbericht und auch in den Folgerungen zum Bericht der Landesregierung wird darauf eingegangen, was die Aufgaben und Funktionen der Jugendämter und der Jugendhilfeausschüsse angeht, auch was die Fortentwicklung des SGB VIII angeht. Da müssen wir diskutieren, da müssen wir Vorschläge auf den Tisch legen, wie wir das fortentwickeln wollen. Da sind wir in einem Prozess, der läuft, da sind wir nicht fertig, aber wir werden auch hier von Seiten des Landes Vorschläge erwarten dürfen. Ich denke, dann werden wir uns hier im Landtag auch damit auseinander setzen und diese unterstützen. Ich weise darauf hin, wir haben im vergangenen Jahr, als es um den Kinder- und Jugendschutz ging, konkrete Vorschläge erlebt. Nicht alles war durchsetzbar im Bund, aber auch wir haben hier im Landtag konkrete Vorschläge dazu unterbreitet. Das knüpft an das an, Frau Pelke, was Sie eingefordert haben, das ist nämlich die Teilhabe und Partizipation von Jugendlichen. Ich sage es, wir haben eine ganze Menge Teilhabe und Partizipation. Der Beleg dafür ist, dass wir funktionierende und gut arbeitende Ju-

gendhilfeausschüsse haben, wo junge Leute über Verbände, über Träger beteiligt werden, dass wir jeden Jugendförderplan, den wir in einer Kommune diskutieren, nicht nur öffentlich auslegen, sondern, Sie wissen das vielleicht auch aus Ihrer kommunalen Tätigkeit, mit einer Vielzahl von Kindern und Jugendlichen diskutieren, sie an der Fortschreibung von Jugendförderplänen beteiligen.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Das ist für mich ein Beitrag zur Beteiligung. Vielleicht nicht alles das, was Sie sich unter Kinder- und Jugendparlamenten vorstellen, aber das ist für mich ein Beitrag von Beteiligung. Wir erleben das in anderen Bereichen auch, wenn wir nämlich einen Kindertagesstättenbedarfsplan fortschreiben, wird er nicht nur öffentlich ausgelegt, sondern es wird die Stellungnahme auf kommunaler Ebene auch eingearbeitet und es wird sich damit auseinander gesetzt. Bitte erwecken Sie hier nicht den Eindruck, als ob es Mitbeteiligungs- und Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in Thüringen nicht gäbe.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Ich möchte auf einen weiteren Punkt eingehen - auch darüber müssen wir ehrlich sprechen -, das ist nämlich die Entwicklung der Finanzen der Jugendhilfe, wie es im Elften Kinder- und Jugendbericht anklingt, der Finanzen in Bezug zur demoskopischen Entwicklung. Wir müssen in Thüringen zur Kenntnis nehmen, dass wir im Jahr 2007 - das ist nicht mehr so weit hin, da handelt es sich um die demographische Entwicklung, richtig, Frau Kollegin Arenhövel - in Thüringen nur noch ein Drittel der Kinder und Jugendlichen im Alter des Kinder- und Jugendhilfegesetzes im Vergleich zum Jahr 1997 haben, ein Drittel nur noch von dem, was vorher vorhanden war. Darüber müssen wir diskutieren, wie dann natürlich eine bedarfsgerechte Kinder- und Jugendhilfe aussieht. Da müssen wir vorbehaltlos diskutieren. Ich bin sehr dafür, dass wir trotzdem so viel wie möglich Finanzmittel in der Kinder- und Jugendhilfe einsetzen. Aber wir erleben wie oftmals vor diesem Hintergrund der demographischen Entwicklung dann auch die Diskussion vor Ort abläuft.

Ich möchte noch auf einen letzten offenen Punkt eingehen, das ist die Frage der Ausbildung und der Jugendberufshilfe. Frau Pelke, Sie sind auf eine ganze Menge umfänglich eingegangen, Herr Nothnagel, Sie auch. Dazu gehört, dass wir über die begrenzte Wirkung von Mobilitätshilfen diskutieren, dazu gehört auch, dass wir darüber reden, welche begrenzte Wirksamkeit das Jump-Programm entfaltet hat. Da wissen wir natürlich um die Probleme auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Wir diskutieren natürlich auch über die Jugendberufshilfe.

Frau Kollegin Pelke und Herr Kollege Nothnagel, es ist eben nicht so, dass 75 Prozent der Mittel in diesem Bereich weggefallen sind. Wir haben regelmäßig Beratungen mit den Vertretern der Jugendberufshilfe. Ich würde mir

wünschen, Frau Kollegin Pelke, Herr Kollege Nothnagel, dass Sie regelmäßig auch bei den Beratungen dabei wären, dann wüssten Sie nämlich, dass es weit mehr ist, was für den Bereich der Jugendhilfe zur Verfügung steht als die 400.000 €, die Sie immer wieder ins Feld führen. Wir haben es bei der Aktuellen Stunde Ende vergangenen Jahres hier im Landtag deutlich gemacht, die ESF-Mittel, die dafür benutzt werden sollten, werden in der Tat zu einem ganz weiten Feld genutzt, nicht zu 100 Prozent, wie wir es uns damals vielleicht gewünscht hätten, aber sie werden in einem großen Umfang genutzt, deswegen ist es schlichtweg falsch, wenn Sie behaupten, die Jugendberufshilfe wäre um 75 Prozent reduziert worden. Dem ist nicht so.

(Zwischenruf Abg. Gerstenberger, PDS: Sie stellen die ESF-Ziele auf den Kopf.)

(Beifall bei der CDU)

Ich habe es gesagt, diese letzten vier Punkte, die ich angeschnitten habe, würden allein dazu ausreichen, um noch einmal eine eigenständige Diskussion zu führen. Ich bin mir sicher, dass wir das hier im Thüringer Landtag auch noch tun werden, aber das habe ich eingangs bei der Begründung des Antrags deutlich gemacht. Wir, die CDU-Fraktion, wollen die heute geführte Diskussion als Grundlage einer Diskussion in den Gremien, die dafür zuständig sind, nämlich dem Landesjugendhilfeausschuss und anderen, vor allem aber auch mit den Trägern in Thüringen verstanden wissen. Neben vielen Übereinstimmungen zwischen dem Bericht der Landesregierung und dem Elften Kinder- und Jugendbericht in der Bewertung der Kinder- und Jugendhilfe bleibt aber der die ganze Zeit geschilderte gravierende Unterschied. Der Kinder- und Jugendbericht des Bundes ist überschrieben "Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung". Die nach Meinung der CDU-Fraktion richtige Überschrift hätte aber lauten müssen "Aufwachsen in Elternverantwortung mit öffentlicher Unterstützung". Wenn der Bericht der Bundesregierung dieser Überschrift gefolgt wäre, wären vermutlich ganz andere Schlussfolgerungen herausgekommen.

Sehr geehrte Damen und Herren, erlauben Sie mir zum Abschluss noch ein Zitat. Ich habe in der vergangenen Woche einen wichtigen Satz von Herrn Weinrich in der TLZ gelesen. Herr Weinrich hat gesagt, ich zitiere: "Kinder- und Jugendhilfe und auch Angebote der Schuljugendarbeit müssen stets familienergänzend und nicht familienersetzend sein."

(Beifall bei der CDU)

Er hat ganz uneingeschränkt Recht. Besser kann man es mit wenigen Worten auch nicht ausdrücken. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat sich Minister Pietzsch zu Wort gemeldet, ich habe aber eine Frage. Es gibt noch zwei Redeanmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten. Möchten Sie zum Schluss, ja? Dann Frau Abgeordnete Nitzpon, PDS-Fraktion.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen, bevor ich zur Familienpolitik komme. Ich möchte eine Bemerkung zur Jugendberufshilfe machen. Herr Panse, die Richtlinien zur ESF-Förderung, dazu muss ich sagen, werden derzeit in Bezug auf die Jugendberufshilfe auf den Kopf gestellt, denn diese sind nicht dazu da, die Jugendberufshilfe zu fördern. Sie wissen, dass damit Feststellen geschaffen werden müssen.

(Zwischenruf Abg. Panse, CDU: Aber die Förderung von Projekten ist möglich.)

Das Zweite: Sie haben auf unseren Antrag zur Jugendkultur, zum letzten Tagesordnungspunkt davor Bezug genommen. Ich muss Ihnen sagen, gerade weil wir den Elften Kinder- und Jugendbericht und weil wir diese Schlussfolgerungen gelesen haben, mussten wir unseren Antrag einreichen,

(Beifall bei der PDS, SPD)

weil die Schlussfolgerungen eben nicht ausreichend sind. Sie wissen ganz genau, dass im Vorwort zu diesem Teil "Jugendkultur" in diesem Bericht oder in den Schlussfolgerungen der Landesregierung steht, dass natürlich die Landesregierung weiß, dass in diesem Bereich mehr gekürzt wird als in allen anderen Bereichen der Jugendhilfe. Dann wird einfach aufgezählt, welche Förderrichtlinien es für Jugendkultur gibt. Aber das, was wir in dem Antrag gefordert haben, wird in keiner Weise überhaupt angesprochen. Deswegen war es notwendig, es musste eigentlich sein, diesen Antrag hier einzureichen. Sie hätten eigentlich zustimmen müssen, wenn Sie die richtigen Schlussfolgerungen aus dem Elften Kinder- und Jugendbericht in Bezug auf die Jugendkultur ziehen wollten.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Nun lassen Sie mich einige Bemerkungen zur Familienpolitik machen. Sie rückt immer häufiger ins Blickfeld der Politik und bemerkenswert ist dabei, dass dies gerade in Zeiten ist, wo eine verfehlte Arbeitsmarktpolitik, eine verfehlte Steuerpolitik und auch eine verfehlte Wirtschaftspolitik zunehmen. Ich verweise in dem Zusammenhang auf den Thüringen-Monitor, der das eindrucksvoll belegt hat. Während der Elfte Kinder- und Jugendbericht die Probleme auflistet, mit denen heute Familien konfrontiert sind und dazu auch eine Reihe von Lösungsansätzen bietet, lehnt die Landesregierung in Thüringen den Vorrang infra-

struktureller Angebote vor der Erweiterung der individuellen, finanziellen Transferleistungen und damit auch den geforderten Perspektivenwechsel ab.

(Zwischenruf Abg. Panse, CDU: Das ist auch richtig so.)

Nein, das sehe ich eben nicht so. Dabei, Herr Panse, und deswegen sehe ich das nicht so, vollzieht sich in der Gesellschaft der Bundesrepublik eben gerade ein tief greifender soziokultureller Wandel, der für das Aufwachsen, die Entwicklung und Bildung von Kindern und Jugendlichen von größter Bedeutung ist. Diesen Wandel übersehen Sie, Sie lassen ihn außen vor.

(Beifall bei der SPD)

Es verändern sich die Formen des Zusammenlebens, so dass eine zunehmende Zahl von Kindern nicht mehr in Konstellationen aufwächst, die wir als Familie gewohnt sind zu bezeichnen. Auch das kommt im Elften Kinder- und Jugendbericht klar zum Ausdruck. Sie haben selbst dieses Zitat aus diesem Bericht dazu gebracht.

(Zwischenruf Abg. Panse, CDU: Aber das macht das Zitat nicht richtig.)

Nein, diese Entwicklung, Herr Panse, blendet die Landesregierung in ihrem Ansatz zur Familienpolitik aus. Wenn Sie sagen, das wäre falsch oder das, was die Landesregierung macht ist richtig, dann blenden Sie aus Ihrem Kopf die Ergebnisse des Thüringen-Monitors aus, die da eindrucksvoll gezeigt haben, dass auch in Thüringen dieser Wandel derzeit vollzogen wird. Das sehen Sie überhaupt nicht. Das kann ich nicht verstehen,

(Beifall bei der PDS; Abg. Pelke, SPD)

denn der Monitor ist ja eigentlich von der Landesregierung in Auftrag gegeben worden, aber jetzt zieht sie ganz andere Schlussfolgerungen, als im Monitor eigentlich steht und Sie damals auch dazu gesprochen haben.

Nach wie vor ist eben das Leitbild der Landesregierung allein von Ehe und Familie als werthaltige Orientierungsvorstellung geprägt.

(Zwischenruf aus der CDU-Fraktion: Das ist laut Grundgesetz so.)

Das trägt aber der gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr Rechnung. Ich möchte dazu die evangelische Kirche in Deutschland ganz einfach zitieren aus ihrer familienpolitischen Stellungnahme des Rates der EKD. "Zur Rechtsform der Ehe wird betont, dass es in allen Kulturen Formen der öffentlichen Anerkennung gibt, dass aber die jeweilige Rechtsform sich den gesellschaftlichen Veränderungen anpassen will." Kirche will den Familien angesichts der Vielfalt von Lebensentwürfen und Lebens-

stilen Werte vermitteln, eine Orientierung ermöglichen und ihnen in kritischen Lebenssituationen helfen, ihre Konflikte zu lösen." Also diesen gesellschaftlichen Wandel sieht die evangelische Kirche, die Landesregierung allerdings nicht.

Angesichts der Tatsache, dass sich die alltäglichen sprachlichen und kulturellen Praktiken verändern, an denen Kinder und Jugendliche Anteil haben, dass die Heranwachsenden mit einer rasanten Entwicklung der Technik und Medienwelt konfrontiert sind, das hat hier jeder auch gesagt, dass sie aber auch die Auswirkungen der Mobilität erleben, üben diese und weitere Faktoren Einfluss auf ihre Entwicklung aus, auf ihre Sozialisation, auf die Bildung und Erziehung.

Schon deshalb kann die Aussage der Sachverständigenkommission zum Bericht nur unterstützt werden, wenn eben ein neues Verständnis von öffentlicher Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen gefordert wird.

Es heißt dort: "Staat und Gesellschaft müssen die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen so gestalten, dass die jungen Menschen für sich selbst und füreinander Verantwortung tragen können." Es geht also nicht nur um eine Verantwortung generell und vielleicht keine individuelle Verantwortung, sondern es geht um ein neues Verständnis von öffentlicher Verantwortung, und dem entzieht sich diese Landesregierung.

(Zwischenruf Abg. Panse, CDU: Eltern müssen das machen.)

(Beifall bei der PDS)

Familien brauchen also eine gute Infrastruktur. Neben der Förderung von Partnerschaft und Eheberatung, der Erziehungs- und Familienberatung gehören auch die Entwicklung von Alltags- bzw. Haushaltsführungskomponenten dazu. Letzteres ist deshalb wichtig, weil eben Haushalte, das wissen wir selbst aus der Tätigkeit im Landtag, wichtige Schalt- und Verteilungsstellen in der Gesellschaft bilden. Das Haushaltsbudget zu managen und den Stellenwert der verschiedenen Bedarfsbereiche auch in der kleinsten Familie abzuklären, sind wichtige Aufgaben, die sich wiederum auf Märkte und natürlich auf die Gesellschaft selbst auswirken.

Die Konsumententscheidungen der Haushalte finden heute in einem Umfeld des ständig wachsenden Produkt- und Dienstleistungsangebots statt und die Überschuldung von Haushalten nimmt zu. Marketingstrategien werden immer intensiver auf Kinder ausgerichtet und führen in einer Reihe von Familien zu erheblichem Konsumdruck auf die Eltern. Die elterlichen Aufgaben zur Konsum- und Medienerziehung sind damit auch gewachsen. Kinder müssen zwischen Umgangswirklichkeit und virtuellen Wirklichkeiten unterscheiden lernen. Immer weniger Frauen und Männer können nach eigener Aussage nicht mehr kochen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich denke, das ist eigentlich nicht zum Lachen, weil das zur Familie dazugehört.

Handwerkliche Fähigkeiten im Bereich eigener Versorgung werden nicht mehr in dem Maße zu Hause weitergegeben, wie es früher der Fall war. Heute holt man sich vielleicht einen Handwerker.

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Schön wär's aber!)

Das gemeinsame Einnehmen von Mahlzeiten, und deswegen gehört auch die Fähigkeit zum Kochen dazu, das eine große Bedeutung für die Kommunikation und eine große Bedeutung auch für das Zusammenleben in einer Familie hat, wird immer seltener.

Tatsache ist auch, dass immer weniger junge Menschen nach Schule und Ausbildung, wenn sie denn überhaupt einen Ausbildungsplatz erhalten, Aussicht auf einen sicheren und langfristigen Arbeitsplatz haben. Den Erziehenden scheint es aber unter diesen gesamten Bedingungen zunehmend schwieriger zu sein, Werte zu vermitteln. Daher müssen sie die Gelegenheit erhalten, sich entsprechende Kompetenzen anzueignen oder dass entsprechende Kompetenzen, die sie haben, gestärkt werden.

Herr Minister Pietzsch, Sie haben in der 4. Sitzung der Enquetekommission "Erziehung und Bildung in Thüringen" ausführlich die Position der Landesregierung zur Familie dargelegt. Ich sage hier, das haben wir nie anders gesehen, auch wenn wir zum Familienbegriff ein anderes Verständnis haben als Sie, auch wenn wir zum Familiengeld konträre Auffassungen haben, auch wenn wir die Änderungen in den letzten Jahren zum Landeserziehungsgeld nicht mittragen, so wissen wir, dass das Land trotz knapper Kassen bemüht ist, durchaus etwas für Familienförderung zu tun.

Aber besondere Unterstützung brauchen neben den Familienzentren eben auch die Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen, weil deren Beratungstätigkeit quantitativ und qualitativ gestiegen ist. Der Beratungsgegenstand wird komplexer, deshalb ist eine Kürzung der Mittel wie im laufenden Haushalt eben ein Schritt in die falsche Richtung.

Dazu muss ich auch noch sagen, dass eine Aufzählung in verschiedenen Bereichen in Ihren Schlussfolgerungen, aber auch im Sozialbericht, der hier vor einigen Wochen vorgelegt wurde, von ausgereichten Mitteln in den letzten Jahren eben nicht ausreichend für eine qualitative oder quantitative Aussage ist. Man muss zu diesen Mitteln dazu die Inhalte der Beratungsgegenstände, die Qualität der Beratungsgegenstände und die Quantität hinzuziehen und erst dann wäre die Statistik vollkommen. Aber dort fehlen mir eben zu den ausgereichten Mitteln, die wir ja in den

Haushalten der letzten Jahre selbst nachlesen können, diese Aussagen.

Einige Ursachen, die zur Erhöhung der Beratungstätigkeit führen, habe ich Ihnen ja schon genannt. Auf die Probleme von Arbeitslosigkeit im Familienalltag, die diese mit sich bringt, bin ich heute aber noch nicht eingegangen, in den letzten Monaten sehr wohl. Ich denke aber, dass gerade Probleme von Arbeitslosigkeit ursächlich sind und deshalb eigentlich zuerst mit zu nennen sind.

Sie selbst nannten unter anderem in der Enquetekommission den Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir haben auch schon viel darüber diskutiert. Auch heute ist schon von meinen Vorrednern dazu gesprochen worden. Sie haben gesagt, dass dies alles etwas zu tun hat mit der Akzeptanz von Familie und Grundeinstellungen der Gesellschaft. Dem können wir nur beipflichten. Nur, ich sehe nicht, dass die gesamte Landesregierung dafür etwas tut.

Ich denke, Minister Schuster gehört hier mit ins Boot, doch Familienpolitik wird in diesem Land wohl ausschließlich immer dem Sozialressort zugeschoben. Familie wird in Wirklichkeit aber von Erwerbstätigkeit geprägt. Wir brauchen deshalb Arbeit und Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt und Ressortdenken hemmt dabei

(Beifall bei der PDS)

und diesen Schuh muss ich dem Herrn Ministerpräsidenten hinschieben,

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Der ist Essen gegangen.)

weil er dafür zuständig ist, dass es in der Landesregierung eben kein Ressortdenken gibt, das ist aber hier in Thüringen noch nicht aufgehoben.

Darüber hinaus, meine Damen und Herren, braucht Familie materielle Sicherstellung und soziale Absicherung, mehr Steuergerechtigkeit für Familien mit Kindern ist herzustellen sowie eine eigenständige Absicherung für jeden Mann und für jede Frau. Wir brauchen ein existenzsicherndes Kindergeld und für junge Menschen müssen - das wird oft vergessen - die Startchancen bei der Familiengründung verbessert werden.

Zu all dem haben wir in dieser Wahlperiode schon Anträge im Landtag eingereicht. Die Landesregierung hätte zum Handeln verpflichtet werden können, allerdings hat der Landtag unsere Anträge abgelehnt. Deshalb hoffe ich aber, dass im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit darüber weiter diskutiert wird und ich hoffe, dass die aufgeschriebenen Schlussfolgerungen der Landesregierung zum Elften Kinder- und Jugendbericht noch einmal durch die Landesregierung selbst ergänzt wird. Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Bechthum zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Bechthum, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Panse, Sie haben mich einfach herausgefordert, doch noch mal etwas zu sagen.

(Zwischenruf Abg. Panse, CDU: Na, na, na.)

Kritische Bemerkungen oder Aussagen, wie sie auch von Frau Pelke zu diesem Kinder- und Jugendbericht gemacht wurden, sehen Sie in der CDU ja immer als Angriffe an, anstatt Sie es als eine Chance sehen, schöpferisch damit umzugehen. Es kommt immer sofort: Die wollen uns Böses. Das ist auch meine Auffassung. Ich muss Ihnen sagen, wenn Sie hier kritisieren, dass die Erziehung in der Familie in öffentliche Verantwortung zu nehmen und zu übertragen ist, und Sie sagen, das wäre staatliches Einmischen, frage ich mich, woher Sie diese Auffassung nehmen.

Sie haben auch vorhin das gestern von uns beratene Zweite Gesetz zur Änderung des Thüringer Erwachsenenbildungsgesetzes genannt. Haben Sie sich das auch mal angeschaut, was da eigentlich gesagt wird? Ich möchte daraus zitieren: "Der Elternbildung wird als wesentlicher Teil der allgemeinen Erwachsenenbildung eine hervorgehobene Stellung zugewiesen." Und hier wird gesagt: "Durch die Einführung im Rahmen der gesetzlichen Angebotsbeschreibung wird die erforderliche Attraktivität der Angebote der Erwachsenenbildung herausgestellt. Denn die Bildungsbeteiligung der Erwachsenen, insbesondere bildungsferner und benachteiligter Personen, gilt es zu erhöhen und die Befähigung zu selbst gesteuertem lebensbegleitendem Lernen zu fördern." Und dann nehmen Sie auch neu auf: "Mit dem Ausbau der Elternbildung als Schwerpunkt der Erwachsenenbildung wird auch die Berufung eines Vertreters des Arbeitskreises Thüringer Familienorganisation in das Landeskuratorium für Erwachsenenbildung aufgenommen."

Was glauben Sie denn, wie das hier zu realisieren ist, frage ich mich. Ich habe auch den Herrn Professor Wingen gehört und er hat mir aus dem Herzen gesprochen. Ich muss sagen, er hat genau die Ergebnisse der Studien, die im vorigen Jahr vorgelegt worden sind, hier genannt, und zwar woran es hapert, warum die Familien nicht funktionieren. Herr Panse, Sie können sich dann hier auch noch mal melden. Er hat ganz besonders kritisch auch bemerkt, dass Partnerschaft und Elternschaft ganz, ganz wichtig sind und einfach vernachlässigt wird. Dass Menschen gar nicht wissen, wie sie eine Partnerschaft aufbauen, damit sie auch hält, das ist einer der ganz großen Knackpunkte und das wissen Sie auch.

Er sagte auch, Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist wichtig für beide. Dass junge Frauen, die einen guten Beruf erlernt haben, den auch weiter ausüben möchten und auch Angst haben, Kinder zu bekommen. Wir wissen, 40 Prozent der Akademikerinnen haben keine Kinder und werden keine haben. Eigentlich möchten wir gerade von denen die Kinder! Ich habe selbst eine Tochter von 36, die keine Kinder hat und auch nicht haben wird, ebenso mein Sohn mit 28 und seine Lebensgefährtin. Das ist genau die Altersgruppe, die sich scheut, Kinder zu haben. Und die Gründe, die sie nennen, es sind Verunsicherungen, sie haben Angst vor der Verantwortung. Es fehlt also etwas in der Vorbereitung. Wir haben ja oft genug dazu gesprochen.

(Unruhe bei der CDU)

Natürlich, eine Partnerschaft und Elternschaft, die ist hier mit aufzubauen.

(Zwischenruf Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Das ist natürlich seltsam.)

Natürlich möchten wir gerade Kinder auch von denen, die akademisch gebildet sind. Das sind die, die am wenigsten Kinder bekommen, dass wissen Sie doch. Jetzt möchte ich Sie noch einmal fragen, wie soll denn das geschehen? Es wird immer kritisiert, wir haben die ganzen Untersuchungen. Auch in der Enquetekommission beschäftigen wir uns erst einmal mit Familienpolitik, aber wie soll das umgesetzt werden? Das ist aber der Punkt, wo es dann immer aufhört. Nun möchte ich Ihnen doch einmal, für mich doch eine positive Aussage und Ankündigung von der Volkshochschule Sonneberg nennen. Denn in dem Familien- und Erwachsenenbildungsgesetz geht es ja auch darum, dass die Volkshochschulen diese Anerkennung auch weiter bekommen. Es hat mich schon gefreut, dass ich hier zum 23. Mai 2003 zu einem Pressegespräch eingeladen worden bin. Dort wird man der Presse vorstellen, eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel "Elternschule" möchte man organisieren.

Man möchte erst einmal auch fragen: Brauchen wir eine "Elternschule"? Wer Professor Pfeifer gehört hat, er hat jetzt schon zweimal in Erfurt gesprochen, der so genannte berühmte Professor Pfeifer - als Töpfchen-Pfeifer auch bekannt - er hat sich da auch schon umgestellt, der gerade auch hervorgehoben hat, eine Elternschule ist ungeheuer wichtig, dass wir die auch brauchen, die aber in Deutschland noch irgendwie so etwas Verschwommenes ist. Man hat da noch keine richtigen Vorstellungen. In Australien gibt es da schon viel mehr Erfahrungen. Ich denke, solche Ansätze sollten wir auch unterstützen, das kann ich Ihnen auch nur - und auch von der Landesseite her - empfehlen, dass man solche Veranstaltungsreihen auch in ganz Thüringen mit unterstützt, das würde ich sehr gut finden. Sie haben alle sicherlich schon die Broschüre bekommen "Der Amoklauf von Erfurt", aber schauen Sie sich wirklich auch einige Kapitel an.

(Zwischenruf Abg. Panse, CDU: Habe ich wörtlich gesagt Frau Kollegin, genau das habe ich gesagt.)

Ich denke, wenn wir das auswerten, hier ist sehr viel gesagt, warum es dazu gekommen ist. Was passiert in den Familien oder was passiert nicht in den Familien? Hier hat man sich sehr feinsinnig ausgedrückt. Man ist auf den Spuren von nicht erwachsen gewordenen Erwachsenen und da bringt man auch die Beispiele dazu, wie so etwas läuft. Warum Erwachsene, man sagt ja ungefähr 1/4 der Eltern, die einfach erziehungsunfähig sind. Aber sie wissen es auch nicht anders, sie haben es nicht gelernt, sie kommen aus diesem Kreislauf nicht heraus. Deshalb müssen wir ihnen helfen.

(Zwischenruf Abg. Panse, CDU: Lufthoheit, sage ich da nur.)

Ja, Herr Panse, wie wollen wir das denn machen? Wir müssen das mit staatlicher Unterstützung machen und so ist das auch gemeint. Anbieten vor Abschaffen, wer macht denn das, ein privater Mensch, der sagt, ich lade sie ein und will sie dazu bilden, dass doch bestimmt nicht. Damit ist das auch gemeint, dass die Öffentlichkeit, die Schulen, die staatlichen Einrichtungen das anbieten. So sehe ich das auch, und da vermuten Sie doch nicht oder unterstellen Sie, hier will sich der Staat nun unbedingt einmischen. Das wird keiner tun. Ich würde mir auch nicht anmaßen, hier so etwas zu sagen. Aber es gibt sehr vieles, ich kann Sie nur bitten, sich das anzuschauen, daraus Schlussfolgerungen zu ziehen und zu sagen, so etwas müssen wir in unseren Schulen - und vielleicht ist es die Chance über die Volkshochschulen - anbieten. Da ist vielleicht auch diese Hemmschwelle nicht ganz so groß, dass man dort hinget und auch sagt, das könnte ich mir vorstellen.

Ich werde das hier mit verfolgen und denke, das ist ein Anfang, dass man dort ansetzen und auch manches verändern könnte in der Beziehung Elternhaus-Schule und auch allein in Erziehung. Danke schön.

(Beifall Abg. Pelke, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat sich Minister Dr. Pietzsch zu Wort gemeldet.

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, von Seiten der Landesregierung kann ich Ihnen nur sagen, wir reden nicht schön, aber wir reden auch nicht schlecht, so wie es in vielen Beiträgen hier passiert ist.

(Beifall bei der CDU)

Bevor ich zu dem komme, was ich sagen will, erstmal zu Ihnen, Frau Bechthum. Wenn Ihre Kinder, Verzeihung, keine Kinder kriegen, dann kann ich das nachvollziehen, wenn Ihnen so viel Angst gemacht wird, wie Sie hier vor dem Plenum gemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es Menschen und Generationen gegeben hat, die Sorgen hatten, ob sie in dieser Zeit noch Kinder in die Welt setzen können, dann ist es die Generation gewesen, die jetzt vor mir sitzt. Im geteilten Deutschland - und ich sage Ihnen ganz ehrlich - ich habe in den 60er- und auch in den 70er-Jahren so manchmal nachts einen Traum gehabt, dass ich eingezogen worden bin im Krieg, und ich habe drei Kinder gehabt. Ich bin nass geschwitzt aufgewacht. Gott sei Dank, in den letzten 10 und 15 Jahren habe ich diese Träume nicht mehr haben müssen.

(Beifall bei der CDU)

Der Jugend geht es heute finanziell besser als es uns gegangen ist.

(Beifall bei der CDU)

Und was die Lebensangst angeht, sie brauchen keine Lebensangst zu haben, sondern haben Chancen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich spreche überhaupt nicht ab, dass viele der Jugendlichen Sorgen haben, wie sich ihre Entwicklung weiter vollzieht. Ich sage ganz bewusst und ausdrücklich, wir müssen unseren Jugendlichen und wir müssen unseren Kindern helfen, aber solche Panikmache, die lehne ich ausdrücklich ab.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Thüringer Landesregierung behauptet nicht, dass bei uns etwa alles vollkommen wäre. Wenn Sie den Bericht lesen, dann lesen Sie auch eine Vielzahl von Anmerkungen, wo wir entweder weitergehen müssen, oder wo wir etwas neu überlegen müssen. Frau Pelke, deswegen habe ich es gesagt, so ein Bericht ist kein Kochbuch. Wir werden Ihnen sagen, wo wir etwas anders und wie wir etwas anders machen müssen. Sie hatten nun gestern schon Geburtstag, sonst hätte ich Ihnen ein Kochbuch geschenkt.

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Das wäre aber nett gewesen.)

Vielleicht kommen wir noch einmal darauf zurück. Aber, Frau Pelke, eins muss ich Ihnen sagen, eine Sachverständigenkommission ist nicht ein Allerweltsheilmittel. Die Landesregierung nimmt es für sich durchaus in Anspruch, Ergebnisse einer Sachverständigenkommission sich anzu-

sehen, zu werten, diese Ergebnisse zu ihrer eigenen Meinung zu machen oder zu sagen, an den und den Punkten haben wir eine ausdrücklich andere Meinung.

(Beifall bei der CDU)

Die Thüringer Landesregierung gehört nicht zu denen, die eine Kommission nach der anderen einsetzen und sich dann hinter Meinungen von Kommissionen verstecken. Am Ende kann es ja dabei rauskommen, wie bei der Rürup-Kommission, dass man ein Ypsilonprogramm hat, dass man zwei Sachverständige in der Kommission hat - der eine sagt so und der andere sagt so. Ich bin gespannt, auf welche Meinung man sich denn einigen wird.

Selbst dann, meine Damen und Herren, wenn wir feststellen sollten, Frau Bechthum, auch dieses, dass eine Entwicklung oder eine gewisse Entwicklung und eine allgemeine Situation da ist, die nehmen wir zur Kenntnis. Wenn wir meinen, dass diese Situation nicht gut ist und nicht richtig ist, dann sind wir als Landesregierung verpflichtet gegenzusteuern

(Beifall Abg. Vopel, CDU)

und dieses nicht einfach als gegeben hinzunehmen und zu sagen, so ist es nun mal und so müssen wir weitermachen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, hier in diesem demokratischen Thüringer Landtag darf ich auch einmal darauf hinweisen, das ist eine politische Aussage: Es war die SPD und es waren die SPD-geführten Bundesregierungen und der Bundesvorstand der SPD, die die Gegebenheit hingenommen haben, es gibt zwei deutsche Staaten, und wir machen eine Vereinbarung mit der SED. Und die Lebenslüge, die deutsche Lebenslüge, ist das Wort von der deutschen Einheit. Die CDU hat eben diese Gegebenheit nicht als eine Dauersituation hingenommen, sondern hat gesagt, wir halten bei all dem dennoch an der deutschen Einheit fest. Man muss doch in der Lage sein, wenn man etwas für richtig und für gut erkannt hat, diesen Weg auch konsequent weiterzugehen.

Meine Damen und Herren, die heutige Debatte über den Elften Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung und die Konsequenzen für Thüringen haben schon eine Bedeutung für uns hier im Thüringer Landtag. Ich habe am Anfang gesagt, dass wir dieses sehr kritisch bewertet haben, dass wir die positiven und die negativen Seiten und das, was wir teilen und das, was wir nicht teilen in diesem Bericht aufgeschrieben haben. Es sei an dieser Stelle auch einmal meinen Mitarbeitern herzlich gedankt für diesen, auch nach meinem Dafürhalten, sehr konstruktiven, sehr kritischen, aber auch nach vorn weisenden Bericht.

Meine Damen und Herren, einig sind wir uns aber wohl alle darüber, es ist ein Kinder- und Jugendbericht, dass

es eigentlich ein Familien-, Kinder- und Jugendbericht ist und dass Familien- und Jugendpolitik ein Schlüsselthema für die Zukunft unseres Landes darstellt. Deswegen eben auch meine Vorbemerkungen, dass wir uns überlegen müssen, ob wir etwas als gegeben hinnehmen und sagen, so ist es nun mal, wir können ja auch die demographische Entwicklung als gegeben hinnehmen und sagen, na gut, so ist es nun mal, dass immer weniger Kinder geboren werden, und wir müssen uns darauf einstellen und müssen so weitergehen. Wir machen ja gerade Politik, damit wieder mehr Kinder geboren werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wer am Dienstag den Vortrag des Altmeisters der deutschen Familienwissenschaft Prof. Wingen im Rahmen des Erfurter Dialogs gehört hat, dem ist, glaube ich, eindrücklich klar geworden, dass wir durch den Geburtenrückgang vor einer demographischen Krise stehen; ich sage nicht Katastrophe, Katastrophe wäre schon das Endergebnis. Ich sage Krise, denn das Wort Krise beinhaltet eine Gefahr, bedeutet aber genauso gut eine Chance.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen diese Chance nutzen, die wir haben. Prof. Wingen hat vor diesem Hintergrund an die demokratischen Politiker appelliert, weniger den Demoskopen und mehr den Demographen Gehör zu schenken und deswegen hat Frau Abgeordnete Arenhövel vorhin auch gleich eingehakt. Die Politik für Familien und damit für die Menschen aller Generationen könne letztlich nicht als Tagespolitik angelegt sein. Und das sollten wir uns alle merken. Was er damit sagen wollte, liegt auf der Hand: Demokratische Politik darf nicht zugunsten kurzfristiger Notwendigkeiten und Wünsche die langfristigen Bedürfnisse der Bevölkerung außer Acht lassen.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Und wenn beispielsweise das Thüringer Landesamt für Statistik einen massiven Bevölkerungsrückgang bei immer stärkerer Alterung dieser Bevölkerung prognostiziert, dann ist nach den Gründen und eben nach den politischen Handlungsmöglichkeiten zu fragen.

Der Thüringen-Monitor ist mehrfach hier schon erwähnt worden. Der Thüringen-Monitor 2002 sagt, dass 94 Prozent der Befragten unseres Freistaats gern Kinder hätten oder haben. Aber nur etwa die Hälfte der Befragten hat sich diesen Wunsch erfüllt. Und, meine Damen und Herren, absurd wird es für mich dann etwas, wenn nach den Gründen des nicht erfüllten Kinderwunsches gefragt wird, und da steht dann eine mangelnde Kinderbetreuung ganz oben auf der Begründungsskala. Das kann ich dann beim besten Willen nicht mehr nachvollziehen.

(Beifall bei der CDU)

Offensichtlich besteht das Problem eben nicht in der Ablehnung der Elternschaft, sondern in der Umsetzung in Rahmenbedingungen. Hier spielen sicherlich finanzielle Aspekte eine Rolle, aber auch ein familienfreundliches oder ein familienunfreundliches Klima, das heißt Bedingungen, die nicht rein finanzieller Art sind. Der Elfte Kinder- und Jugendbericht stellt eine wichtige Grundlage für die Beurteilung der Situation und Entscheidungsfindung dar und ist für uns Handlungsanregung.

Meine Damen und Herren, aber da es sich um einen Bericht der Bundesregierung handelt, erst einmal der Kinder- und Jugendbericht, sehe ich auch die Notwendigkeit, vor der weiteren Diskussion einige Bemerkungen zu machen. Es ist hier schon angesprochen worden: Unter den Rahmenbedingungen, die für eine Familiengründung förderlich sind, lassen sich etliche auf Landesebene nicht ohne weiteres beeinflussen. Ich denke an - und das ist auch ein Thema - Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen zur Erzielung eines ausreichenden Einkommens. Die katastrophale Lage auf dem Arbeitsmarkt, sowohl was die Schwierigkeit der Stellensuche als auch was die Unsicherheit vieler befristeter oder stark konjunkturabhängiger Arbeitsplätze angeht, stellt sicherlich ein erhebliches Risiko für junge Familien dar. Die neuen Bundesländer sind hiervon besonders stark betroffen und hier auch unterdessen stark die jungen Menschen. Die neuesten Zahlen sind nicht erfreulich. Mit knapp 25.000 Arbeitslosen unter 25 Jahre hat sich deren Zahl gegenüber dem Vorjahr um 6 Prozent erhöht. Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsstellen ist gegenüber dem Vorjahr um 11,8 Prozent auf das niedrigste Niveau seit der Wende gesunken. Meine Damen und Herren, das kann die Landesregierung nicht ausbügeln.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Das hängt mit der Konjunktur, das hängt mit der Wirtschaftspolitik auf Bundesebene und das hängt mit der Steuerpolitik zusammen. Wir haben im Land eine Reihe von Maßnahmen, wie "Zukunftsinitiative Lehrstellen" oder das Programm "Jobeinstieg in Thüringen", um eine Verbesserung der Situation zu erreichen. Die Landesregierung wird erneut in diesem Jahr ein Lehrstellenprogramm auflegen und es wird eine gemeinsame Aktion der Tarifpartner und der Landesregierung geben. Dennoch, meine Damen und Herren, wenn sich nicht auf Bundesebene hier etwas ändert, kann dieses auf Landesebene nicht kompensiert werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, diese Anmerkungen zu den Rahmenbedingungen, die von der Bundespolitik gesetzt werden, schienen mir unbedingt notwendig zu sein, um Klarheit über die Grenzen dessen zu schaffen, was die Landesregierung leisten kann. Im Rahmen des ihr Möglichen hat die Landesregierung einiges und ich sage Beachtliches geleistet. Wir unternehmen große Anstrengungen, um nicht nur eine zeitgemäße Jugendpolitik zu betreiben, sondern

überhaupt auch eine zukunftsorientierte Politik, und vielleicht müssen wir noch mehr als bisher in langfristigen Dimensionen denken.

Meine Damen und Herren, neben bedenkenswerten Analysen postuliert der Bericht - und da habe ich eben meine Bedenken, und das ist deutlich gesagt worden, und das ist auch in unserem Bericht deutlich gesagt worden - einen umfassenden Erziehungsauftrag der Kinder- und Jugendhilfe, der mit einem weit gehenden Ausfall elterlicher Kompetenzen begründet wird. Meine Damen und Herren, es kann doch nicht sein, dass wir die Aufgaben der Eltern übernehmen, das heißt eine staatliche Erziehung betreiben. Wenn dieses so ist, wie es formuliert wird,

(Zwischenruf Abg. Bechthum, SPD: Ist doch gar nicht so!)

dann ist unsere Aufgabe, die Erziehungskompetenz der Eltern zu stärken

(Beifall bei der CDU)

und nicht die Erziehung als staatliche Aufgabe zu übernehmen. Die einseitig akzentuierte Leitvorstellung, Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung, lehnt deshalb die Landesregierung ausdrücklich ab.

(Beifall bei der CDU)

In einer freiheitlichen Gesellschaft ist der Vorrang des Staates bei der Erziehung der Kinder als Regelfall undenkbar und sollte es auch als undenkbar in der Zukunft bleiben. Meine Damen und Herren, einmal Margot Honecker sollte uns gereicht haben.

(Beifall bei der CDU)

Die Thüringer Landesregierung bekennt sich zur familienpolitischen Leitidee des Vorrangs der Elternverantwortung, der Wahlfreiheit der Eltern und der Solidarität mit den Familien und ihren Kindern. Sie hat deshalb den vom Elften Kinder- und Jugendbericht vorgeschlagenen Weg des Aufwachsens in öffentlicher Verantwortung eben nicht beschritten, sondern gestaltet Familienpolitik in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz Artikel 6 und das sollten wir nicht außer Acht lassen.

Soweit sich der Bericht auf das verfassungsrechtlich Vertretbare beschränkt, können wir ihm ausdrücklich folgen. Ein darüber hinausgehender Anspruch ist aber weder praktikabel noch wünschenswert. Aus diesem Grund lehnt die Landesregierung auch den im Elften Kinder- und Jugendbericht geforderten grundsätzlichen Vorrang infrastruktureller Angebote vor der Erweiterung der individuellen finanziellen Transferleistungen ab. Dies gilt ebenso für die Empfehlung zum neuen Generationenvertrag, die der Förderung der infrastrukturellen Angebote Vorrang einräumt vor familienbezogenen Transferleistungen.

Meine Damen und Herren, das Prinzip Dienst vor Geld soll zum Ausgangspunkt eines neuen Generationenvertrags gemacht werden. Damit wird die Erziehung in der Familie im Vergleich zu öffentlichen Angeboten als nachrangig und weniger förderungswürdig abgewertet. Der Bericht verfehlt mit seiner Forderung nach einem so gestalteten neuen Generationenvertrag die grundlegende Einsicht, dass Transferleistungen und soziale Infrastruktur gleichermaßen für Familie notwendig ist. Er trägt deshalb zur Bildung falscher Alternativen und der Gefahr staatlicher Vernachlässigung eines elementaren Bereichs der Familienförderung, nämlich des Familienleistungsausgleichs, bei. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf nicht ausschließlich durch Fremdbetreuung der Kinder, sondern muss auch durch entsprechende zeitliche, organisatorische und räumliche Gestaltung von Arbeitsverhältnissen ermöglicht werden. Hier ist einiges zu tun und hier haben wir einiges nachzuholen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Es ist vorrangige Aufgabe der Thüringer Familienpolitik, Eltern darin zu unterstützen, dass sie ihren ureigensten Aufgaben, nämlich der Kindererziehung, auch nachkommen können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Eigenverantwortung und Solidarität, Familie und Jugend in Thüringen, das ist das Leitbild der Thüringer Landesregierung. Meine Damen und Herren, nur in der Stärkung der Elternkompetenz liegt der Ansatz für eine erfolgreiche Familien-, Kinder- und Jugendpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, sehr verehrte Frau Pelke, ich darf auch noch einmal darauf zurückkommen. Ich denke schon, dass hier die Jugendpauschale richtig eingesetzt werden muss u.a. Allerdings weise ich darauf hin, wenn Sie sagen, dass wir mehr danach fragen, wie sie eingesetzt wird. Wir greifen damit natürlich in die kommunale Selbstverwaltung ein. Nicht umsonst haben wir den Kreisen und kreisfreien Städten diese Familienpauschale zur eigenen Entscheidung übertragen. Und wir greifen auch, oder wir würden auch in eine gesetzliche Regelung, nämlich die Verantwortung der Jugendhilfeausschüsse, eingreifen. Das ist ein heißes Eisen. Dennoch will ich mich gerade in diesem Bereich dafür einsetzen mit den kommunalen Spitzenverbänden, hier muss es gelingen, eine bessere Evaluierung des Einsatzes dieser Jugendpauschale durchzusetzen. Hier sehe ich einen Bedarf. Aber ich weise auch darauf hin, was die Förderrichtlinien angeht, und da kommt wieder unser Grundsatz zur Geltung - nämlich Stärkung der Elternkompetenz - nicht nur im Bereich Jugendpauschale, sondern auch im Bereich der Beratungen. Meine Damen und Herren, gerade im Bereich der Beratungen habe ich nach Möglichkeit versucht, im Haushalt Kürzungen zu vermeiden. Frau Pelke, wenn Sie be-

klagen, dass die Jugendpauschale seit 2000 um 12 Prozent abgesenkt worden ist, dann kann ich Ihnen nur sagen, mancher Titel, mancher Fördermittelempfänger aus meinem Ressort wäre dankbar, wenn er nur um 12 Prozent abgesenkt worden wäre. Das hat nämlich etwas mit dem Vorrang der Jugend- und Familienpolitik zu tun, dass wir in diesem Bereich nach Möglichkeit nicht gekürzt haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, eine solide Finanzpolitik bedeutet ja auch einen Beitrag zur Zukunftssicherheit, und zwar zur Zukunftssicherheit unserer jungen Generation. Wir können nicht auf Teufel komm raus das verfrühstücken, was die zukünftigen Generationen dringend brauchen. Deshalb sind die Forderungen nach mehr Geld im Augenblick Forderungen, die wir auf dem Rücken der zukünftigen Generation machen würden. Ein verantwortungsvoller Umgang mit den Finanzen in dieser Situation ist auch eine gute Jugend- und Zukunftspolitik.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie können ganz sicher sein, dieser Bericht und die Auswertung dieses Berichts ist nicht gemacht worden, um es einmal den Abgeordneten vorzulegen, sondern die Thüringer Landesregierung ...

(Deckel des Wahlbehälters für namentliche Abstimmungen ist heruntergefallen)

Danke sehr, meine Damen und Herren, wenn hier gesammelt werden soll für die Zukunft, dann gehen Sie bitte durch die Reihen.

(Beifall bei der CDU)

(Heiterkeit im Hause)

Meine Damen und Herren, die Thüringer Landesregierung wird mit diesem Bericht weiter arbeiten, aber unter den Prämissen, die ich hier genannt habe. Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Möchte sich noch jemand zu Wort melden? Das ist nicht der Fall. Die Ausschussüberweisung ist an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit beantragt worden. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Gibt es hier Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit wird nicht fortberaten im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit. Herr Abgeordneter Panse.

Abgeordneter Panse, CDU:

Ich würde nur gern eine Erklärung zu meinem Abstimmungsverhalten abgeben. Ich hatte vorhin gesagt, ich halte es für sinnvoll, dass dieser Bericht in den zuständigen Gremien weiterberaten wird. Das ist nach meinem Dafürhalten in erster Linie der Landesjugendhilfeausschuss, wo alle Fraktionen des Thüringer Landtags ja auch vertreten sind. Es wäre hilfreich, wenn alle Fraktionen des Thüringer Landtags diese Möglichkeit der Beratung im Landesjugendhilfeausschuss und in den Unterausschüssen entsprechend umfänglich nutzen. Deswegen habe ich der Überweisung an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit nicht zugestimmt.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Wir nehmen das so zur Kenntnis.

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 14** auf.

Veröffentlichung einer Dokumentation zur Entstehungsgeschichte der Verfassung des Freistaats Thüringen

Antrag der Fraktionen der CDU, PDS und SPD

- Drucksache 3/3281 -

Der Ältestenrat kam überein, dass das als Antrag aller drei Fraktionen ohne Aussprache zur Abstimmung gestellt wird. Gemäß § 120 der Geschäftsordnung möchte ich darauf hinweisen, erstens, dass Sie dableiben sollten, weil wir zwei Drittel der anwesenden Stimmen für diesen Antrag brauchen und das muss mindestens die gesetzliche Mitgliederzahl in der Mehrheit der Mitglieder des hohen Hauses, also 45, sein. Ich weiß jetzt nicht, warum einige den Saal verlassen haben. Wir brauchen jetzt mindestens 45 Mitglieder des hohen Hauses im Saale, um diesen Antrag überhaupt abstimmen zu können. Das dürfte sich auch inzwischen in den Fraktionen herumgesprochen haben.

(Unruhe im Hause)

Ich stimme jetzt über diesen Antrag der drei Fraktionen ab. Machen Sie mit, ja? Gut! Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön, das sieht sogar einstimmig aus. Gibt es Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? Das ist in beiden Fällen nicht der Fall und es sind die entsprechenden Stimmenzahlen erreicht worden, um den Antrag zur Veröffentlichung der Dokumentation zur Entstehungsgeschichte der Verfassung des Freistaats Thüringen abzustimmen. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 14.

Ich komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 15**

Arbeitsmarktpauschale

Antrag der Fraktion der PDS

- Drucksache 3/3277 -

dazu: Alternativantrag der

Fraktion der SPD

- Drucksache 3/3297 -

Mir ist nicht signalisiert worden, dass die einreichende Fraktion zur Arbeitsmarktpauschale eine Begründung vornimmt und auch nicht, dass zum Alternativantrag eine Begründung vorgenommen wird. Das ist so. Die Landesregierung hat mitgeteilt, dass sie von der Möglichkeit des Sofortberichts zu Nr. 2 des Antrags keinen Gebrauch machen wird. Ich rufe als ersten Redner in dieser Debatte Frau Abgeordnete Vopel, CDU-Fraktion, auf.

Abgeordnete Vopel, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, vor uns liegt wieder einmal ein Antrag der PDS zum Arbeitsmarkt, in dem die Landesregierung aufgefordert werden soll, im Bundesrat aktiv zu werden. Nun möchte ich mal sagen: Die Landesregierung ist immer im Bundesrat aktiv geworden, wenn sie es für nötig gehalten hat. Sie ist speziell in Arbeitsmarktfragen aktiv geworden, ich erinnere an das Job-Aktiv-Gesetz, leider ohne Erfolg, weil Rotgrün damals alle Aktivitäten abgeblockt hat. Dann wird weiterhin gefordert, dass die ostdeutschen Bundesländer ein gemeinsames Vorgehen in der Arbeitsmarktpolitik gegenüber der Bundesregierung angehen sollen. Dazu kann ich nur sagen, meine Damen und Herren, zunächst von der PDS: Wissen Sie es nicht besser oder ist das wieder so ein Schaufensterantrag? Es gibt gemeinsames Vorgehen aller Arbeitsminister aller neuen Länder. Es ist durch die Presse gegangen und Sie sind ja nun an zwei Regierungen beteiligt, nämlich in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern, und da bin ich schon verwundert, dass Sie dann hier so einen Antrag stellen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte dazu sagen, das ist auch nicht das erste Mal, dass gemeinsam vorgegangen wird und ich würde da gern mal so ein Beispiel dafür liefern: In dem Brief an den Arbeitsminister Clement, in dieser gemeinsamen Stellungnahme von allen sechs Arbeitsministern unterschrieben, steht unter anderem: "Wir haben bereits im vergangenen Jahr darauf aufmerksam gemacht, dass wir das Volumen des Haushalts der Bundesanstalt für Arbeit für 2003 und die Ost-West-Aufteilung der Mittel für aktive Arbeitsförderung für nicht problemadäquat halten." Ich denke, das ist richtig und wir haben auch in diesem Haus mehrfach darüber gesprochen. Des Weiteren wird angeprangert, dass die einseitige Reduzierung der Mittelansätze der Arbeitsämter für aktive Maßnahmen empfindlich die bislang gut funktionierende partnerschaftliche Umsetzung der Arbeitsförderung mit Finanzierungsbeteiligung der Länder stört.

Das ist genau das, was hier immer gesagt wird von diesen beiden Seiten, "das Land möge", zunächst muss der Bund und dann kann das Land mitfinanzieren. Wir kennen alle die Reduzierung bei ABM, wir kennen vor allem die Reduzierung bei Weiterbildungsmaßnahmen, die uns besonders schmerzlich treffen, auch das wird genannt. Was auch schlimm ist vor allen für die neuen Bundesländer - und wir haben das hier auch wiederholt gesagt -, dass bei der beruflichen Weiterbildung eine Verbleibquote von 70 Prozent zukünftig maßgebend sein soll. Wir wissen alle, dass das in den neuen Ländern überhaupt nicht sein kann, also wird da wieder auf Kosten der neuen Länder gespart. Ich denke, die Kofinanzierung kann doch nicht darin bestehen, dass nur noch Menschen gefördert werden, die Arbeitslosengeld bekommen. Einige Kollegen haben mich heute gerade daraufhin angesprochen, dass die Arbeitsämter bereits jetzt so verfahren und die Länderminister haben auch das bemängelt und sagen gemeinsam über Parteigrenzen hinweg, dass die Länder nur kofinanzieren, wenn auch weiterhin Langzeitarbeitslose gefördert werden.

Was nun diese Pauschale angeht - nun haben wir ja das Wort heute des Öfteren oder fast bei jedem Antrag im Mund gehabt -, da komme ich zum Entschließungsantrag der SPD. Da muss ich zunächst einmal den Kollegen eine Frage stellen: Ist Ihr Gewicht in Berlin wirklich so gering - ich meine das Gewicht der SPD aller neuen Länder gemeinsam -, dass Sie einen Entschließungsantrag zum SPD-Antrag machen müssen, dass Sie eine CDU-Landesregierung beauftragen müssen, um Ihrem Anliegen Gehör zu verschaffen? Vor drei Monaten habe ich gelesen, dass Sie diese Forderung an die Bundesregierung gestellt haben, was ich bisher noch nicht gehört habe, ist eine Antwort der Bundesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich da auf diesen Entschließungsantrag eingehen will, dann muss ich das auch noch mal sagen: Sie wissen es doch alle, Sie wollen einfach von den Aufgaben, die der Bund hat, ablenken, Sie wollen von dem Dilemma ablenken, was im Moment in Berlin vorherrscht und Sie wissen auch ganz genau, dass Arbeitsmarktpolitik in erster Linie Bundespolitik ist. Das Land wird sich natürlich seinen Verpflichtungen nicht entziehen und wird mitfinanzieren. Das haben wir immer getan und das werden wir auch zukünftig tun, sofern uns überhaupt noch 1 € zur Verfügung steht.

Meine Damen und Herren, und dann ein Punkt in der Begründung, der ist mir aufgefallen. Den Antrag hat Herr Gentzel unterschrieben. Nun ist Herr Gentzel - wie er sich selbst bezeichnet - "Halbtagspolitiker", vielleicht ist ihm dadurch manches entgangen. Aber in diesem Antrag ist das Wort - ich darf mal vorlesen: Es soll aufgehört werden mit der Verunglimpfung in Thüringen, was den zweiten Arbeitsmarkt anbelangt. Es ist noch niemals hier irgendwas verunglimpft worden, aber es hat vor wenigen Tagen, kann man sagen, eine Veranstaltung stattgefunden, da war

der Herr Schmachtenberg, seines Zeichens Referatsleiter im Bundesministerium für Arbeit - ich weiß nicht, Herr Müller, Sie waren sicherlich auch da, ich weiß, dass Frau Pelke da war -, und der Herr Schmachtenberg ist es gewesen, der gesagt hat, sowohl ABM als auch SAM führen in die politische Sackgasse. Das hat die Thüringer Landesregierung noch nie von sich gegeben und auch wir als CDU-Fraktion haben das noch nicht gesagt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben immer gesagt, es ist noch nötig, dass Mittel für den zweiten Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt werden müssen. Aber was passiert in Berlin? Herr Clement lässt im Moment prüfen - das muss man sich mal vorstellen bei den Arbeitslosenzahlen, die gestern veröffentlicht worden sind -, ob es eventuell ein Programm für Langzeitarbeitslose geben müsste. Er lässt prüfen! Herr Gerster hofft auf das II. Halbjahr, er hofft auf eine Wirtschaftsbelebung, dass die Entspannung am Arbeitsmarkt sichtbar wird. Ich kann nur sagen: Wir erwarten, dass die Bundesregierung ihre Hausaufgaben macht und dass die Bundesregierung endlich handelt und nicht nur schöne Worte macht.

(Beifall bei der CDU)

Ich erwarte von der SPD in Thüringen, die immerhin einen Landesvorsitzenden hat, der dieser Bundesregierung angehört, dass der endlich mal in Berlin auf den Tisch klopft. Ob er das laut oder leise macht, wie das in manchen Zeitungen zu vernehmen ist, das ist mir schlicht und einfach Wurst. Er soll auf den Tisch klopfen und soll mal daran erinnern, dass die Situation in den neuen Bundesländern eben anders ist als in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann für meine Fraktion nur sagen: Wir lehnen beide Anträge ab. Die Landesregierung handelt. Wir werden auch weiterhin alles tun, was in unserer Macht steht, aber am Zuge ist im Moment Berlin und niemand sonst.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Gerstenberger, bitte schön.

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir wollten eine solche Arbeitsmarktdebatte auch zum jetzigen Zeitpunkt, weil wir sie für notwendig halten. Ich bin auch der Auffassung, dass es hier nicht um parteipolitisches Kalkül geht und vor allen Dingen, Frau Vopel, hier geht es nicht nach dem Motto: "Wer sich bewegt, verliert." Hier sollte es darum gehen Aktivität dann zu zeigen, wenn es nötig ist.

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Die ist gezeigt. Ja.)

Wenn es eine Initiative gibt und wenn die von einer anderen Partei kommt und sie Gedankengänge aufgreift, die ganz sinnvoll sind, dann sollten wir aufhören hier parteipolitisches Kleinklein, wie Sie es betrieben haben, zu betreiben, denn das hilft den Leuten auf der Straße nicht, sondern sollten uns dem Problemen zuwenden und sollten gemeinschaftlich nach Lösungen suchen, und das wollen beide Anträge. Insofern sage ich gleich von vornherein, wir stimmen beiden Anträgen - unserem selbstverständlich, aber auch dem der SPD - zu.

(Beifall bei der PDS)

Frau Vopel, was wir auch nicht gebrauchen können ist Häme, denn auch die hilft keinem, der draußen steht und in diesem Prozess benachteiligt und mittlerweile auch zunehmend diffamiert wird. Die registrierte Arbeitslosigkeit in Thüringen hat wieder einen traurigen Höhepunkt erreicht, mit über 217.000 registrierten Betroffenen waren im April 14.000 Menschen mehr arbeitslos als noch vor einem Jahr. Schon im Januar hat die Arbeitslosigkeit auch nach Ansicht der Partei, die die Landesregierung trägt, ein erschreckendes Ausmaß erreicht, so jedenfalls der CDU-Fraktions- und Landesvorsitzende Dieter Althaus in einem Zeitungsinterview, und Ähnliches war heute vom Sozialminister zu hören. Doch die Landes- wie die Bundesregierung haben keine brauchbaren Konzepte, diesen Zustand zu verändern und die Arbeitslosigkeit abzubauen. Beide verantwortlichen Regierungen haben aus meiner Sicht bei dieser Aufgabe bisher komplett versagt.

(Beifall bei der PDS)

Obwohl seit langem Ansätze der PDS zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen sowie im Non-Profit-Bereich vorliegen - ich nenne da nur als ein Beispiel, Frau Vopel, für Sie zur Erinnerung, die Sozialpauschale -, werden sie aus ideologischen Gründen, wie heute und von Ihnen zu hören war, blockiert. Das haben wir nicht das erste Mal, sondern schon mehrfach erlebt. Damit möchte ich natürlich nicht sagen, dass es überhaupt keine Konzepte bei den anderen Parteien gibt; natürlich gab und gibt es die. Ich nenne das Job-Aktiv-Gesetz, die Hartz-Gesetze und die Agenda 2010 für die SPD; den Sozialstaat 21, die Offensive 2002 und den "Aufruf für Wachstum" der CDU. Nahezu jeden Tag wird - ich sage es einmal etwas drastischer - eine neue Sau durchs Dorf getrieben, allerdings die Lösung für die Arbeitsmarktprobleme ist davon nicht gekommen und Lösungen sind dort auch nicht brauchbar entstanden.

In der Bundesregierung herrscht in diesem Politikfeld - und das ist für mich eine traurige Erkenntnis - ein nur noch als konfus zu bezeichnender Zustand. Lassen Sie mich das an einem Beispiel zeigen: Zuerst sagt man, ABM müsse reduziert werden und kürzt die Mittel, und das über Jahre, so

dass es zu einem Kahlschlag kommt und in Ostdeutschland völlig kontraproduktiv, wie die PDS von Anfang an kritisiert hat. Noch am 8. April dieses Jahres hat Wirtschaftsminister Clement vor SPD-Bundestagsabgeordneten gegen geförderte Arbeit polemisiert und nun will man plötzlich in einem Sonderprogramm 100.000 neue ABM-Stellen. Um nicht missverstanden zu werden, die PDS hält geförderte Arbeit für sehr wichtig, aber ein Arbeitsloser kann doch überhaupt nicht mehr sagen, woran er bei dieser sprunghaften Meinungsbildung der Regierung eigentlich tatsächlich ist. Mit verantwortungsvoller Politik hat das nichts, aber auch gar nichts zu tun. Stattdessen wird in Berlin und in Erfurt das Märchen verbreitet, eine gestaltende Arbeitsmarktpolitik sei mit immer weniger Geld zu machen. Das Ergebnis sehen wir. Durch die drastischen Mittelkürzungen auf Bundes- und auf Landesebene bricht die aktive Arbeitsmarktpolitik zusammen. Gerade die jüngsten Vorschläge der Bundes-SPD auf der einen sowie Bundes-CDU/CSU auf der anderen Seite ähneln sich in ihrer Strategie. Die einen im Bund wollen gegenüber den vergangenen Jahren Milliardenbeträge im Bereich der Arbeitsmarktpolitik streichen, obwohl fast eine halbe Million registrierter Arbeitsloser mehr existiert als 2002, und die anderen in Thüringen sind schon einen Schritt weiter und haben zwischen 1999 und dem laufenden Haushaltsjahr 110 Mio. €, was etwa zwei Drittel der gesamten Landesmittel der Arbeitsmarktpolitik entspricht, gegenüber 1999 im Haushalt gestrichen.

Die PDS hält aber an ihrer Forderung nach Vollbeschäftigung fest und darin unterscheiden wir uns deutlich von dieser CDU-Landesregierung, denn, meine Damen und Herren, man glaubt es nicht: Minister Gnauck stellte im Zusammenhang mit der Diskussion des Verfassungsentwurfs für Europa am Mittwoch dieser Woche im Ausschuss für Bundes- und Europangelegenheiten fest, dass er sich dafür einsetzen werde, das dort formulierte Ziel der Vollbeschäftigung wieder zu entfernen. Seine Zuhörer, meine Damen und Herren, waren auch Schüler. Im Interesse der Perspektive für diese jungen Menschen ist es unbedingt notwendig und zwingend erforderlich nach Meinung der PDS, dass die Beibehaltung dieses Ziels in einer zukünftigen europäischen Verfassung erhalten bleibt. Dafür werden wir uns ganz massiv einsetzen.

(Beifall bei der PDS)

Es ist bedauerlich, dass die Landesregierung diese Zielstellung schon längst aus den Augen verliert, aber damit wird die Scheinheiligkeit der Argumentation im Bereich der Arbeitsmarktpolitik neuerlich sichtbar.

In dieser Verantwortung, in der wir uns sehen, hat die PDS im vergangenen Jahr ein beschäftigungspolitisches Programm vorgelegt und zu den Vorschlägen, mehr Beschäftigung zu erreichen, gehört ein ganzes Bündel von Strategien, über die wir auch im Parlament bereits debattiert haben. Allerdings sind aus der Mitte des Hauses diese Vorschläge abgelehnt worden. Ich nenne trotzdem noch einmal

einige Elemente: Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitumverteilung, Gleichstellung der Frauen, Alternativen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik mit der Förderung gemeinwohlorientierter Arbeit und einem ökologischen Strukturwandel. Als Gegenfinanzierung empfehlen wir unter anderem die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine an der Wirtschaftskraft orientierte Wertschöpfungsabgabe der Unternehmen und eine Spekulationssteuer, auch bekannt als Tobinsteuer.

Angesichts der dramatischen Situation muss es um kurzfristig umsetzbare Vorschläge gehen. Die PDS fordert deshalb, dass die Landesregierung im Bundesrat mit einer Initiative zur Einführung einer Arbeitsmarktpauschale als Sofortprogramm für die ostdeutschen Bundesländer aktiv wird. Die PDS hat sich schon lange für eine Verstärkung aktiver Arbeitsmarktpolitik durch Pauschalen ausgesprochen. In den Haushaltsberatungen der letzten Jahre und in anderen parlamentarischen Initiativen wurden sie entsprechend beantragt. Nun hat auch die SPD-Fraktion des Landtags im Februar das Konzept einer Arbeitsmarktpauschale vorgelegt, die vor allem aus Bundesmitteln, aber auch verstärkt durch Landesmittel finanziert werden soll. Die SPD will damit unter anderem die weggefallenen Bundesmittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik kompensieren. Im März hat dieses Konzept die Zustimmung der Fachsprecher der ostdeutschen SPD-Landtagsfraktionen gefunden. Seit Februar, meine Damen und Herren, ist schon viel Zeit vergangen, ohne dass sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt verbessert hat, im Gegenteil. Parlamentarische Aktivitäten der Thüringer SPD waren bis zu unserem Antrag auch nicht zu verzeichnen, umso erfreulicher ist es, dass das jetzt geschieht. Wir kommen ja dann dazu, auch in der CDU gab es ja offensichtlich Handlungs- und Diskussionsbedarf.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Vopel?

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Am Ende, Frau Vopel.

Meine Damen und Herren, was ist denn an den Vorschlägen so verkehrt? Die Landesregierung hat behauptet, ohne Geld geht es nicht. Die SPD-Fraktion hat das behauptet und die PDS-Fraktion sagt das schon seit langer Zeit, dass entsprechende zusätzliche finanzielle Mittel nötig sind. Wenn es jetzt eine Initiative und einen Vorschlag gibt, die genau auf diesen Punkt zielt und eine möglichst breite, freie Ausgestaltung der Mittelverwendung für das Land einfordert, was für einen Grund gibt es, aus der Mitte des Hauses einer solchen Initiative nicht zustimmen zu wollen? Ich verstehe Sie nicht, meine Damen und Herren, die Sie hier in der Mitte sitzen, auf der einen Seite von der Massenarbeitslosigkeit predigen und von der Beseitigung des Problems und auf der anderen Seite ohne jede eigene

Initiative in die Totalverweigerungshaltung gehen und in die Abwartehaltung und so weit gehen, wie Frau Vopel das gesagt hat: "Kümmern Sie sich doch mal in anderen Ländern drum, dass etwas vorwärts geht.". Das kann doch nicht das Ziel von Politik sein. Das Geld sind Sie nicht wert, was Sie für solche Aussagen bekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der PDS)

Wer hier behauptet wie unser Ministerpräsident, wir haben unsere Möglichkeiten ausgeschöpft, der hätte mit der Umsetzung dieses Antrags wieder einen Spielraum und würde Möglichkeiten gewinnen, um der ihm übertragenen Verantwortung nachzukommen, es sei denn, man will es nicht. Denn durch Wirtschaftswachstum, meine Damen und Herren, kann die strukturelle Massenarbeitslosigkeit nicht gelöst werden. Ich möchte das anhand einer Beispielrechnung noch mal deutlich machen: In Thüringen arbeiten etwa 1 Mio. Erwerbstätige. Zieht man die 130.000 Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung ab, bleiben etwa 870.000 in der gesamten Wirtschaft. Dort sollen 217.000 offiziell registrierte Arbeitslose bzw. weit mehr als 400.000 real existierende nicht Beschäftigte integriert werden. Mit welchem Wirtschaftswachstum, meine Damen und Herren, soll das gehen? Mit 20, 30, 40 Prozent - oder welche utopischen Zahlen wollen Sie dort nach draußen verkaufen? Sie alle wissen, dass diese Annahmen völlig unrealistisch sind. Aber damit das klar ist, dass die neoliberale Forderung nach mehr Wachstum allein zur Lösung dieses Problems absolut untauglich ist, dafür fehlt Ihnen nach wie vor offensichtlich die Einsicht. Ostdeutschland ist durch die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung allerdings erheblich benachteiligt. Bundeswirtschaftsminister Clement hat am 8. April vor der SPD-Bundestagsfraktion eine lange Rede zur Agenda 2010 gehalten. Speziell Ostdeutschland widmete er ausweislich des Redemanuskripts ganze 5 Sätze mit einer völlig falschen Problemsicht. Wenn er feststellt, dass Arbeitsmarktreformen mit dem Ziel einer schnelleren Eingliederung Arbeitsloser in den so genannten ersten Arbeitsmarkt auf der Tagesordnung sind, dann liegt er schief und outet sich erschreckend ahnungslos bezüglich ostdeutscher Probleme. Wenn in Thüringen, meine Damen und Herren, bei mehr als 217.000 registrierten Arbeitslosen weniger als 12.000 freie Stellen vorhanden sind, ist selbst mit einem Trick und selbst mit Rechentricks und Statistiktricks nur die Vermittlung von 5 Prozent der Betroffenen möglich. Wohin mit den verbleibenden 95 Prozent? Das Ziel dieser Bundesregierung ist falsch gesetzt und um es zu erreichen, geht man Irrwege. Den Menschen in Thüringen und ganz Ostdeutschland nutzt dieses blinde Herumtapsen in der Landschaft allerdings nichts. Auch den Hartz-Gesetzen, meine Damen und Herren, fehlt die wirkliche Ostkomponente. Deshalb, weil für den Osten kein Angebot zur Schaffung von zusätzlicher Beschäftigung existiert, soll diese Landesregierung mit den Arbeitsministern der anderen ostdeutschen Bundesländer ein gemeinsames Vorgehen in der Arbeitsmarktpolitik gegenüber dem Bund abstimmen.

(Beifall bei der PDS)

Dazu soll Thüringen einen Anstoß leisten und den anderen Ländern unabhängig von der Parteizugehörigkeit ihrer Landesregierung ein geeignetes Verfahren vorschlagen. So etwas, Frau Vopel, nennt man Eigeninitiative. Vorstellbar wäre eine Konferenz der Arbeitsminister, die Thüringen ausrichtet. Dadurch wird es möglich, gegenüber der Bundesregierung mit mehr Durchsetzungskraft aufzutreten. Die Landesregierung soll über die gewählten Verfahren und das Ergebnis dem Landtag im Juni berichten. Ich denke, das halte ich für legitim und richtig.

(Beifall bei der PDS)

Jetzt noch kurz zum SPD-Antrag: Ich hatte eingangs bereits gesagt, wir teilen die dort vorgeschlagenen Punkte und würden dem zustimmen. Er untersetzt zum einen unseren Punkt 1 nach Einleitung eigener Initiativen. Er fordert weiter zusätzliche Initiativen und Aktivitäten auf Landesebene, das ist richtig und sinnvoll, und er gibt einen neuen Aspekt, der von Seiten der PDS schon lange gefordert wird, mit als Auftrag in die weitere Bearbeitung darüber nachzudenken, dass Aspekte der Arbeitsmarktpolitik in Zukunft steuerfinanziert realisiert werden müssen, weil die dafür notwendigen Aufwendungen aus der Versicherungsleistung der Arbeitslosenversicherung allein nicht gebracht werden können. Dem gilt unsere ausdrückliche Zustimmung, weil es identische Forderungen sind von PDS-Seite, die schon seit längerer Zeit formuliert wurden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Aber Sie beantworten jetzt noch die Frage der Frau Abgeordneten Vopel?

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Deshalb stehe ich noch hier.

Abgeordnete Vopel, CDU:

Herr Gerstenberger, ist Ihnen diese Intervention aller sechs Arbeitsminister - ich glaube zwei sind von der PDS, einer von der SPD, zwei von der CDU und einer von der FDP - bekannt, dass dieses Papier abgestimmt und von allen sechs unterschrieben ist?

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Das ist mir bekannt, Frau Vopel. Nichtsdestotrotz wäre diese Initiative ein zusätzlicher Aspekt, der Sinn machen würde.

(Beifall bei der PDS)

Abgeordnete Vopel, CDU:

Ich habe noch eine Frage. Haben Sie den Antrag, den Sie hier eingebracht haben, auch in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin eingebracht?

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Wir sind in der gemeinsamen Diskussion aller Sprecher so, wie Sie das sicher auch mit den Sprechern der anderen Landesregierungen sind. Und das halte ich für einen sinnvollen Prozess. Ich hatte ja gesagt, es kommt nicht darauf an, hier parteipolitisches Kalkül und parteipolitischen Vorteil daraus zu ziehen. Nichtsdestotrotz wäre es sinnvoll und wünschenswert, wenn wir uns in allen Ländern aktiv einbringen würden. Bloß, Sie haben sich ja dieser Position mit Ihrer Rede verweigert.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Müller bitte schön, jetzt haben Sie das Wort.

Abgeordneter Dr. Müller, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Sie haben schon erkannt, in welcher Zwickmühle wir uns immer befinden. Um gleich auf das zu antworten, was Frau Vopel vorhin angesprochen hat, hätte ich diesen Antrag eingebracht und die Initiative ergriffen, wären genau diese Argumente gekommen, Sie schaffen es wohl nicht, auf der Bundesebene etwas zu bewegen und brauchen jetzt unsere Hilfe im Bundesrat. Sie wissen, Herr Gerstenberger hat die Termine genannt, dass wir hier seit mehreren Wochen Aktivitäten entwickeln, und Sie wissen in der Landesregierung auf der Seite der CDU, wie die Finanzsituation ist. Sie ist natürlich im Bund nicht viel anders, so dass solche Verhandlungen, die zusätzlicher Gelder bedürfen, natürlich sehr langwierig und sehr kompliziert sind. Ich darf hier zitieren aus einer Meldung von gestern Abend, dpa: "SPD und Grüne sind sich über neue Hilfen für mehrere Zehntausende Langzeitarbeitslose im Osten und in wirtschaftlichen Problemregionen im Westen im Grundsatz einig. Bundesbauminister Stolpe nannte im Westdeutschen Rundfunk erstmals Details des von ihm zusammen mit Wirtschaftsminister Clement geplanten Programms. Stolpe sprach von einem Volumen von etwa 200 bis 400 Mio. €. Dies sei zwar viel Geld, aber die Arbeitslosigkeit dieser Menschen, die seit langem ohne Beschäftigung seien, koste auch ganz erheblich Geld. Deshalb reche sich auf Dauer ein solches Hilfeprogramm." Es heißt weiter unten: "Die Planung der Bundesregierung für ein Beschäftigungsprogramm für Langzeitarbeitslose ab 25 Jahren hatte am Vortag auch eine Sprecherin des Arbeitsministers Wolfgang Clement bestätigt. Medienberichten zufolge sollen in den strukturschwachen Regionen Beschäftigungsgesellschaften eingerichtet werden, die Langzeitarbeitslosen Hilfen bei

der Integration in den normalen Arbeitsmarkt geben sollen. Das Programm gilt auch als Teil der Neuorganisation der Bundesanstalt für Arbeit. Für jugendliche Langzeitarbeitslose hatte die Bundesregierung bereits ein Programm mit 100.000 Stellen gestattet." Das sind die zweiten 400 Mio. €. Sie wissen, es gibt die Forderungen der Bundestagsabgeordneten Ost, die Arbeitsmarktmittel wieder auf das Niveau des Vorjahres zu bringen. Es handelt sich um eine solche Größenordnung von 800 bis 900 Mio. €. Wir haben das am 03.03.2003 in Leipzig in einigen Punkten formuliert. Die Dinge, die ich natürlich innerhalb der Partei zu bewegen habe, kann ich nicht in einem Antrag hier in den Landtag einbringen. Herr Gentzel ist heute im Übrigen in Berlin bei Manfred Stolpe. Es geht genau um dieses Thema heute in der Sprecherrunde.

(Unruhe bei der CDU)

Unser vorliegender Antrag hat drei entscheidende Zielrichtungen, für die die Landesregierung Verantwortung, aber zumindest Mitverantwortung wahrzunehmen hat. Es geht um die Stabilisierung und Wiederbelebung des in Thüringen auf absehbare Zeit unverzichtbaren öffentlich geförderten Arbeitsmarkts. Es geht darum, dass die Landesregierung endlich anerkennen muss, dass die Zerschlagung dieses Bereiches zur Steigerung der Arbeitslosigkeit führt und in den vergangenen Jahren geführt hat. Das sehen Sie an den monatlichen Statistiken ganz genau,

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Das haben wir gesagt, Herr Müller?)

dass die Abschmelzung des öffentlich geförderten Arbeitsmarkts im Wesentlichen auch für die Erhöhung der Arbeitslosigkeit hier verantwortlich ist. Also ist es erforderlich, auch in der Landespolitik hier die Fördermöglichkeiten zu verändern.

Zweitens geht es darum, eine qualitativ erheblich verbesserte Arbeitsmarktpolitik in die Tat umzusetzen. Die hier angesprochene Arbeitsmarktgestaltung muss dort erfolgen, wo die Menschen leben - in den Regionen, in den Städten und in den Landkreisen. Wir sind also, das habe ich hier schon öfters vorgetragen, für mehr Regionalisierung und Kommunalisierung im Bereich des Arbeitsmarkts. Auch das ist eine unserer Forderungen aus dieser Leipziger Erklärung.

Drittens geht es darum, die Finanzierung des insbesondere in den neuen Ländern für absehbare Zeit weiterhin erforderlichen öffentlich geförderten Arbeitsmarkts eben nicht zu Lasten der Arbeitslosenversicherung aufgrund der Wirtschaftslage und damit der Lohnnebenkosten erfolgen zu lassen, stattdessen müssen verlässliche steuerfinanzierte Förderungen her, die alle Gruppen dieser Gesellschaft an der Finanzierung beteiligen.

Meine Damen und Herren, die Arbeitsmarktsituation sollte Anlass genug sein, seitens der Landesregierung sowohl die

Kahlschlagpolitik im eigenen Zuständigkeitsbereich als auch die Blockadehaltung im Hinblick auf die Politik innerhalb des Bundesrates zu diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Sie haben deshalb diesen Alternativantrag zum Antrag der PDS vorliegen, der differenziert eine Lösungsmöglichkeit aufzeigt.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie haben hier die Chance, die Ostausblendung in dem gemeinsamen Beschluss der Präsidien von CDU und CSU zur Arbeitsmarktpolitik zumindest in Ansätzen zu korrigieren. Und Herr Althaus hat die Chance, Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Es kann doch nicht angehen, dass mit Krokodilstränen die Kürzungen der Bundesanstalt beklagt werden und gleichzeitig in der realen Tagespolitik alles dafür getan wird, um den öffentlichen Beschäftigungssektor zu zerschlagen. Es ist an der Zeit, die ideologischen Grabenkämpfe zu beenden und das Mögliche auch möglich zu machen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Müller, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Abgeordneter Dr. Müller, SPD:

Ja, bitte.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Bitte schön, Frau Abgeordnete Vopel.

Abgeordnete Vopel, CDU:

Herr Kollege Müller, wo sind im Moment arbeitsmarktpolitische Gesetze im Bundesrat, die von der CDU blockiert werden?

Abgeordneter Dr. Müller, SPD:

Es geht nicht allein um die arbeitsmarktpolitischen Gesetze, ich habe ja auch von der Steuerfinanzierung gesprochen. Sie wissen, wie Sie sich beim Steuervergünstigungsabbaugesetz verhalten haben. Ich will jetzt nicht eine prinzipielle Diskussion anfangen über Wirkung von Steuern und über Wirkung von Lohnnebenkosten und wo die größeren Belastungen sind bei der Wirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen, wir sind Spitzenreiter in den Lohnnebenkosten und bei den Steuern sieht das anders aus. Dem Bürger gegenüber ist es eine sehr komplizierte Diskussion, weil er wie bei Kalt- und Warmmiete alles auch in einen Topf schmeißt, was seine Belastungen betrifft. Es gibt hier

weiter gehende Vorschläge, die weit über den Arbeitsmarkt hinausgehen, das wissen Sie. Es gibt die Rürup-Kommission im Gesundheitswesen, wo genau dieselben Ideen auch diskutiert werden und die werden sie auch in wenigen Monaten im Bundesrat haben.

Meine Damen und Herren, Sie brauchen nicht Schuldzuweisungen auf die Bundesanstalt für Arbeit und die Bundesregierung zu zeigen. Was dort an Kürzungen im Bereich der öffentlichen Arbeitsmarktförderung vorgenommen wurde und was Herr Althaus auf seiner Homepage ausdrücklich beklagt, das hatte ein Vorspiel. Diese Landesregierung hat alles dafür getan, um den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt schlechztureden.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ein Faktum, was die Maßnahmen für ABM und SAM betrifft, da wurden schlechte Beispiele herausgegriffen, es wurde verallgemeinert, es gibt hier viele Beispiele dazu.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Das müssen Sie belegen. Das müssen Sie beweisen. Zeigen Sie mal die Textstelle, wo das steht.)

Und nicht nur schlechztureden, sondern ihm die Finanzierunggrundlage zu entziehen; Sie wissen doch genau, dass die Landesarbeitsmarktförderung von 1999 bis zum laufenden Jahr von fast 177 Mio. € auf 52,5 Mio. € reduziert wurde. Obwohl Sie diese Zahlen immer wieder bestreiten und mit ESF-Mitteln ihren Kahlschlag beschönigen, wissen Sie doch, dass diese Zahlen stimmen. Dabei will ich gar nicht darüber reden, wie sich die neuen Haushaltssperren auswirken werden. Der Einsatz der EU-Förderung war auch 1999 ergänzend möglich und muss getrennt betrachtet werden.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Das haben wir nur nicht mitgekriegt.)

Nachdem dort aber durch Kürzungen innerhalb der Landesarbeitsmarktförderung und der Verlagerung zur betrieblichen Förderung keine Handbreit Boden gewonnen werden konnte, sondern im Gegenteil sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse weiter reduziert wurden, kam Ihnen die Sparpolitik der Bundesanstalt für Arbeit sehr gelegen; endlich kann der Schwarze Peter weitergegeben werden. Mich würde schon interessieren, welche Position Sie innerhalb der Selbstverwaltungsgremien der Bundesanstalt für Arbeit vertreten haben. Denn es wird immer wieder betont von den Verwaltungsgremien, dass immer die lokalen Ebenen den entsprechenden Entscheidungsspielraum über die Verteilung der Mittel haben und dass das nicht von der Zentrale her erfolgt. Umgekehrt wird aber auch ein Schuh daraus. Wenn die CDU-Landesregierung strukturschwachen Regionen mit einer völlig unzureichenden betrieblichen Struktur selbst die Argumentationsgrundlage dafür liefern den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt schlechztureden, wenn Sie trotz eigener Zu-

ständigkeit nichts tun, um ihn qualitativ zu verbessern, dann wird die Argumentationsgrundlage für diese von uns ausdrücklich nicht begrüßte Geschäftspolitik der Bundesanstalt für Arbeit geradezu auf dem silbernen Tablett serviert.

Meine Damen und Herren, das ist eine Politik zu Lasten der Bevölkerung und es ist eine Politik auch zu Lasten der örtlichen Wirtschaft. Tausende von Menschen haben nun keine Chance mehr, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, sie haben und werden ihr Konsumverhalten derart reduzieren, dass eben weniger in der örtlichen Wirtschaft ankommt. Es ist ein Affront gegenüber denjenigen, die im Konkurrenzkampf innerhalb des unzureichenden Arbeitsmarkts besonders benachteiligt sind. Ich nenne nur beispielhaft junge Menschen ohne beruflichen Abschluss, die mittlerweile in der Sozialhilfe gelandet sind. Ich will nicht in Abrede stellen, wir müssen uns alle generell Gedanken darüber machen, wie wir mit den Arbeitslosen umgehen, die in einer Leistungsgesellschaft unter die Räder kommen, weil sie den Anforderungen einer Leistungsgesellschaft nicht gewachsen sind. Sie kennen die statistischen Zahlen. Wir haben in Deutschland einen Bedarf etwa von 1 Mio. Arbeitsplätzen im hoch entwickelten Bereich, wir haben 4,5 Mio. Arbeitslose und Sie wissen, diese Dinge sind nicht deckungsgleich. Diese Arbeit Suchenden werden ohne öffentliche Beschäftigungsangebote weder hier noch anderswo eine Chance auf einen Arbeitsplatz haben, erst recht nicht bei unserer betrieblichen Struktur. Deshalb brauchen wir einen besonders öffentlich geförderten Arbeitsmarkt in den strukturschwachen Regionen. Wir brauchen so etwas in Thüringen und es spricht nichts dagegen, auch hier das Prinzip fordern und fördern gelten zu lassen. Aber wer fordert, muss auch fördern können. Sie wissen, dass die Möglichkeiten hierfür auf ein nicht mehr zu vertretendes Minimum abgesenkt wurden und das kann so nicht weitergehen.

Thüringer Sozialdemokraten haben sich stets für eine offensive Arbeitsmarktpolitik eingesetzt und haben immer zur Notwendigkeit öffentlicher Beschäftigungsförderung gestanden, nicht nur als Konkurrenz zu den Betrieben, aber sehr wohl als Alternative, so lange einigermaßen betriebliche Strukturen einfach nicht vorhanden sind. Wir waren unbequem und sind unbequem auch gegenüber der Bundesregierung, wenn es um Thüringer Interessen geht. Wenn dagegen die verantwortliche Regierungspartei und der Ministerpräsident weder im Bundesrat noch innerhalb des Außenhandlungsprozesses von CDU und CSU die ostdeutschen Interessen und spezifischen Anforderungen verdeutlicht, sondern uns sozusagen an Bayern verkauft, dann, meine Damen und Herren, ist es unsere Pflicht aufzuzeigen, was wir tatsächlich benötigen.

(Beifall bei der SPD)

Noch ein paar Worte in Richtung PDS: Eines geht eben auch nicht, nämlich einfach nach dem Motto handeln: Weiter so. Tatsächlich sind Anfang der 90er-Jahre Struk-

turen im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor entstanden, die bei weitem nicht alle auch nur annähernd befriedigend waren. Anschließend hat sich offenkundig niemand getraut, die geschaffenen Fakten zu hinterfragen. Es hat vorhin den Bericht im Bereich Jugend gegeben, Sie wissen demographische Probleme z.B., das muss ja natürlich auch dann irgendwann mal Konsequenzen haben. Es geht um einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt, der qualitativ so weit wie möglich an betrieblichen Anforderungen und an den Interessen der Arbeit suchenden Menschen einerseits und andererseits aber auch an den kommunalpolitischen Gegebenheiten und an den betrieblichen Interessen vor Ort orientiert ist. Qualität muss zukünftig vor Quantität stehen. Wir tun den Menschen keinen Gefallen damit, irgendwelche Arbeiten erledigen zu lassen, sondern wir müssen sinnvolle Tätigkeitsfelder anbieten, die dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Deshalb gilt es, die kommunalpolitische Mitverantwortung zu stärken und in vielen Fällen sicherlich erst zu entwickeln. Wir wissen, dass sich das sehr differenziert bis jetzt entwickelt hat. Und selbst wenn es schwer ist, vielleicht sogar unmöglich erscheint, müssen die Anforderungen innerhalb dieses Sektors immer so gestellt werden, dass ein Übergang zum so genannten ersten Arbeitsmarkt zumindest theoretisch möglich ist.

Meine Damen und Herren, noch zwei Anmerkungen: Ich weiß, dass es unpopulär ist, über Steuerfinanzierung zu reden. Aber es ist ungerecht und falsch, wenn die öffentliche Arbeitsmarktförderung in unseren Ländern seit Jahren und sehr bewusst durch die Regierung Kohl zu Lasten der Arbeitslosenversicherung erfolgt. Das hat die Lohnnebenkosten u.a. mit hochgetrieben und das hat wesentliche Teile der Bevölkerung bei der Mitfinanzierung außen vor gelassen. Das muss geändert werden und Sie wissen, dass Lohnnebenkostensenkung nicht nur den Arbeitnehmern bezüglich des Nettoeinkommens zugute kommt, sondern eben auch der Wirtschaft. Es ist die Frage, ob Steuersenkungen bei Unternehmen in Schwierigkeiten überhaupt eine Wirkung haben - Lohnnebenkostensenkungen in jedem Fall.

Eine Anmerkung zu dem von der CDU unter Führung der CSU gemeinsam verabschiedeten Konzept: Ich kann daran nichts erkennen, was aus unseren spezifischen Problemen in Thüringen reflektiert. Aber ich kann Kürzungen zu Lasten der Arbeit Suchenden erkennen, die Ihre Kritik, meine Damen und Herren, an der Agenda 2010 in den Schatten stellen müssten. Es geht um Abbau des Kündigungsschutzes, es geht um Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe und es geht um noch schärfere Regelungen bei den Bezugszeiten von Arbeitslosengeld. Öffentlich geförderte Beschäftigung findet in diesem Konzept offenkundig nicht statt und ist in der Logik der Lebensverhältnisse rund um die Bayerische Staatskanzlei in München dort vermutlich auch nicht notwendig. In Thüringen und in anderen ostdeutschen Ländern werden wir diese Angebote für unsere Menschen, für unsere Kommunen und letztlich auch für unsere Betriebe brauchen. Wir werden sie brauchen, weil wir gegenüber

den wirtschaftlich starken Regionen der alten Bundesländer noch einen großen Nachholbedarf haben, und weil es unser aller Anliegen sein muss, innerhalb der Bundesrepublik, zumindest für annähernd gleiche Lebensbedingungen zu sorgen. Den Kollegen der CDU sollte nicht zuletzt wegen des Mottos ihres Konzepts die Zustimmung eigentlich leicht fallen, "sozial ist, was Arbeit schafft", heißt es da u.a. Also stimmen Sie unserem Antrag zu! Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Es gibt eine weitere Wortmeldung, bitte schön, Frau Abgeordnete Vopel.

Abgeordnete Vopel, CDU:

Auch wenn es Freitagnachmittag ist, es macht keinen Sinn, das nur in einem Frage- und Antwortspiel zu machen. Herr Müller, es wäre schön gewesen, wenn Sie einmal zwei oder drei Beispiele genannt hätten, wo entweder die Landesregierung oder wir diese Maßnahmen im zweiten Arbeitsmarkt schlechtgeredet hätten.

(Beifall bei der CDU)

Das würde ich gern einmal wissen. Ich möchte noch einmal auf diese gemeinsame Position - ich sage es noch einmal - von sechs Arbeitsministern aller neuen Länder, also einschließlich Berlin, verweisen. Da wird gesagt, dass die Situation hier anders ist und da werden Beispiele genannt. Das sind keine Beispiele aus Thüringen, das ist Sangerhausen mit 28 Prozent Arbeitslosigkeit, Neubrandenburg mit 27,8 Prozent. Sind Sie der Meinung, dass dort auch schlechtgeredet wird? Die sind doch von diesen Kürzungen noch schlimmer betroffen als wir. Als Drittes möchte ich sagen, der Staatssekretär sitzt im Verwaltungsrat der Bundesanstalt und hat eine Sondersitzung verlangt, weil nicht klar war, wie die Einsparungen erbracht werden müssen. Aber leider ist das Gewicht der neuen Länder auch da anscheinend nicht sehr groß.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Bitte schön, Herr Abgeordneter Bergemann. Sie haben als Nächster das Wort.

Abgeordneter Bergemann, CDU:

Frau Präsidentin, nur zwei kurze Bemerkungen: Herr Kollege Gerstenberger, Sie waren ja nicht im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Frau Kollegin Sedlacik kann ich hier nicht entdecken, deshalb wundere ich mich schon ein bisschen, ich möchte das nur klarstellen.

(Zwischenruf Abg. Gerstenberger, PDS: Wir kommen nicht drei Tage danach.)

Das, was Sie hier vorgetragen haben, ist schlichtweg falsch.

(Beifall bei der CDU)

Es ist im Wort ausgedrückt falsch. Der Minister hat in diesem Ausschuss nie behauptet, dass er sich dafür einsetzen wird, dass die Vollbeschäftigung aus dem Verfassungsvertrag gestrichen wird, sondern er hat ganz klar und wörtlich - das könnte man vielleicht sogar nachlesen und nachfragen - dort gesagt, wir bleiben ehrlich, wir wollen eine ehrliche Reformdebatte haben, man muss Visionen haben und keine Utopien. Dahinter steht auch die Union. Es nützt nichts, wenn wir den Leuten irgendetwas vormachen, was überhaupt nicht realisierbar ist. Aber Sie haben hier vollkommene Falschaussagen vorgestellt.

(Beifall bei der CDU)

Nebenbei bemerkt, Sie als Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses, ein Stück Scheinheiligkeit in der gesamten Diskussion ist da schon dabei. Sie wissen doch ganz genau, dass man das Geld nur verteilen kann, was man hat, aber jahrzehntelang ist das halt so gelaufen bis man dann irgendwann im Ruin ist. Das wollen wir vermeiden.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Müller, weil Sie die Bundesanstalt für Arbeit so intensiv zitiert haben, vielleicht kann ich auch einmal eine Pressemitteilung von gestern hier zum Besten geben. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik hat die Bundesanstalt für Arbeit in ihrer Statistik die Vermittlungszahlen ausgelassen. Das hat es noch nie gegeben. Hier in dem Haus, da können wir uns noch daran erinnern - es ist noch nicht lange her - wurde der Präsident Jagoda abgesägt, wörtlich abgesägt,

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Ja!)

weil es angeblich Vermittlungsfehler gegeben hätte. Jetzt erdreistet sich Herr Gerster erstmalig in dieser Geschichte keine Zahlen mehr vorzulegen. Man kann ja nur vermuten, dass entweder die Ergebnisse so schlecht sind, dass man sie nicht nach außen präsentieren kann, oder dass irgendwelche anderen Tricks dahinter stecken in Bezug auf Arbeitsmarktpolitik. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gibt es weitere Redewünsche? Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung. Zunächst zum Antrag der PDS-Fraktion in Drucksache 3/3277. Den Antrag auf Ausschussüberweisung

hatte ich nicht vernommen, so stimmen wir unmittelbar über diesen Antrag ab. Herr Stauch, bitte!

Abgeordneter Stauch, CDU:

Ich bitte um namentliche Abstimmung.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Dann bitte ich die Schriftführer die Stimmkarten einzusammeln. Haben denn alle Abgeordneten ihre Stimmkarte abgeben können? Dann bitte ich um Auszählung.

Würden Sie wieder die Plätze einnehmen? Mir liegt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Drucksache 3/3277 vor. Es wurden 68 Stimmen abgegeben, davon 10 Jastimmen, 43 Neinstimmen, 15 Enthaltungen (namentliche Abstimmung siehe Anlage 1). Damit ist der PDS-Antrag Drucksache 3/3277 abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Alternativantrag der SPD-Fraktion in Drucksache 3/3297 ab. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen?

(Unruhe bei der CDU)

Dieser Antrag ist ebenfalls mit Mehrheit abgelehnt. Ich schließe damit den Tagesordnungspunkt 15.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16**

Jahresabschluss 2002 des Landeshaushalts und Auswirkungen auf den laufenden Doppelhaushalt

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/3288 -

Frau Abgeordnete Wildauer, Sie wollen den Antrag begründen, bitte schön.

Abgeordnete Dr. Wildauer, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Anliegen unseres Antrags ist eine Berichterstattung der Landesregierung zum Jahresabschluss des Landeshaushalts 2002. Wir stellten den Antrag, wohl wissend, dass wir uns in der kommenden Plenartagung erneut mit Haushaltsfragen beschäftigen werden, da ja Ende nächster Woche die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung vorliegen werden. Die Prognosen zu dieser Schätzung sind alles andere als gut, doch das diskutieren wir nicht heute.

Frau Ministerin Diezel gab am 29. April eine Pressekonferenz und sprach zum vorläufigen Abschluss des Jahreshaushalts 2002. Was Sie sagten, Frau Ministerin, war von uns so nicht erwartet worden. Sie sprachen von einer vorgenommenen Erhöhung der Neuverschuldung gegenüber dem 3. Nachtrag um 88 Mio. €. Anmerken möchte

ich, dass bei dieser weiteren Erhöhung der Landesschulden das Parlament nicht beteiligt war, auch nicht der Haushalts- und Finanzausschuss. Sie sprachen weiter davon, dass das Haushaltsjahr 2002 trotz dieser erhöhten Schuldenaufnahme mit einem Defizit in Höhe von 82,1 Mio. € abschließt, mit dem der Haushalt 2004 belastet werden wird. Abgesehen von diesem ohnehin schlimmen Fakt hätten wir es für günstig erachtet, wenn über diese Situation zuerst der zuständige Haushalts- und Finanzausschuss informiert worden wäre.

Das eigentliche Problem aber ist die Ehrlichkeit des aktuellen Haushalts. Bereits in diesem Jahr ist der Haushalt durch die Bildung der Bewirtschaftungsreserve stark beschnitten. An welchen Stellen, bei welchen Haushaltstiteln und in welcher Höhe gestrichen wurde, wissen wir als Parlamentarier nicht. Die Abgeordneten, die den Haushalt beschlossen haben, sollen ihn verantworten, obwohl er jetzt schon nicht mehr so ist, wie er beschlossen wurde. Der Haushalt 2004 ist auch bereits Makulatur.

Frau Ministerin, wir hätten von Ihnen heute auch gern die Frage beantwortet, weshalb Sie nicht den Weg eines 4. Nachtragshaushalts gewählt haben, sondern eben den anderen, der zwar nach Haushaltsordnung möglich ist -

(Zwischenruf Diezel, Finanzministerin)

der ist rechtlich möglich -, aber wir meinen, das Geld fehlt so und es fehlt so, weil mittels der Haushaltssperre 170 Mio. € weniger herausgewirtschaftet werden konnten, als ursprünglich angedacht war. Wird es nicht unübersichtlicher und schlimmer, wenn wir 2004 mit einem Verlustvortrag von 82,1 Mio. € beginnen? Bitte, sagen Sie uns, wie Sie und die Landesregierung das Land aus diesem Schlamassel herausführen wollen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Frau Ministerin Diezel, Sie haben das Wort für den Sofortbericht.

Diezel, Finanzministerin:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, das Haushaltsjahr 2002 war aus finanzpolitischer Sicht das schwierigste in der Geschichte des Freistaats Thüringen. Die stetige Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Situation führte zu unvorhergesehenen Einnahmeausfällen. So mussten beispielsweise die Wachstumserwartungen des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland von erst 1,25 Prozent zu Beginn des Jahres 2002 im Verlauf des Jahres auf 0,5 Prozent korrigiert werden. Die daraus folgenden volkswirtschaftlichen und haushaltsmäßigen Auswirkungen stellten den Freistaat Thüringen vor erhebliche Probleme. Die Steuerschätzungen brachten für das Land und den Haushalt 2002 Einnahme-

ausfälle bei Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisung in Höhe von 950 Mio. €. Hinzu kamen überplanmäßige Ausgaben bei gesetzlichen Leistungen in Höhe von 176 Mio. €. Insgesamt waren das Belastungen im Landeshaushalt von mehr als 1,1 Mrd. €. Die Landesregierung reagierte mit zwei Nachträgen, dem 2. und dem 3. Nachtragshaushalt, auf die Einnahmenausfälle bei Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisung. Zuvor hatte die Landesregierung nach den terroristischen Anschlägen des 11. September und auch eingehenden Beratungen hier in diesem Hause den 1. Nachtragshaushalt mit Umschichtung zugunsten der inneren Sicherheit vorgelegt und von Ihnen verabschiedet.

Lassen wir aber noch einmal die Zahlen sprechen. Der vorläufige kassenmäßige Abschluss des Landeshaushalts 2002 weist 8,46 Mrd. € Einnahmen und 9,26 Mrd. € Ausgaben ohne haushaltstechnische Berechnung aus. Die Haushälter wissen, dass es im Laufe der Buchung bis Ende des Jahres zum endgültigen Haushalt noch einige haushaltstechnische Berechnungen gibt. Der Finanzierungssaldo von 803 Mio. € konnte im Rahmen der bestehenden Kreditermächtigung von 721 Mio. € gedeckt werden. Das verbleibende Defizit von 82,1 Mio. € muss, so sieht das die Landeshaushaltsordnung in § 25 vor, spätestens im Jahr 2004 erwirtschaftet werden.

Schauen wir uns noch einige Daten näher an. Als im Dezember 2000 der erste Doppelhaushalt verabschiedet wurde, lagen diesem 5,64 Mrd. € Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisung zugrunde. Das Ergebnis 2002 weist nur noch 83,1 Prozent dieser Summe aus, nämlich nur noch 4,69 Mrd. €. Das sind 17 Prozent Einnahmeausfälle. Das ist das Ergebnis der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland. Noch deutlicher wird die dramatische Situation auf der Einnahmenseite, wenn man sich vor Augen hält, dass die Steuereinnahmen in Thüringen heute rund 200 Mio. € niedriger liegen als im Vergleichsjahr 1995. Man muss sie sich wirklich einmal vor Augen halten. Wir hatten 2002 rund 200 Mio. € weniger zur Verfügung als in dem Jahr, als die neuen Länder zu dem bundesstaatlichen Finanzausgleich hinzutraten. Es waren keine einfachen Steuermindereinnahmen, meine Damen und Herren, es war im letzten Jahr eine steuerpolitische Erosion. Statt eines Einnahmenezuwachses, von dem europäische Länder in der Nachbarschaft reden können und der auch im Vorjahr war, von 2 bis 3 Prozent, der bedeutete ungefähr 600 bis 700 Mio. € Mehreinnahmen, liegen wir heute unter dem Niveau von 1995. Das zeigt, welchen enormen Reformdruck wir in Deutschland haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Belastungen kamen durch die Tarifaabschlüsse und die Besoldungsanpassungen hinzu. Nur durch eine konsequente Umsetzung des Personalentwicklungskonzepts und des Personalmanagements ist es gelungen, die Personalquote bei 26/27 Prozent annähernd konstant zu halten. Wie bereits mehrfach in diesem hohen Haus dargestellt, war die

ganze Dramatik des Einnahmenschwundes des letzten Jahres erst Ende September bei den Einnahmenlisten des Bundes für das 1. Halbjahr zu sehen, ein unübliches Verfahren. Normalerweise liegen die Ende Juli, Anfang August vor. Ich hatte das aber in mehreren Debatten hier schon erwähnt. Mit den bereits genannten Nachträgen zum Landeshaushalt 2002 und den ausgesprochenen Haushaltsperren hat die Landesregierung jedoch massiv Einfluss auf die Ausgabenentwicklung genommen. Dabei mussten wir wegen der dramatischen Steuerausfälle drastische Ausgabenkürzungen vornehmen. Man hat das heute und gestern fast in jedem Redebeitrag gehört. Diese führten zu einer Reduzierung der Ausgaben insgesamt von 3,7 Prozent. Die vom Finanzplanungsrat noch eingeräumte Ausgabensteigerung von 1 Prozent wäre für uns illusorisch gewesen. Wir hätten sie nicht finanzieren können. Das Gesetz gibt keinen anderen Kreditrahmen vor.

Wie Sie wissen, handelt es sich hier um Vorgaben der EU. Wir haben das nicht aus freien Stücken getan. Wir müssen dies leisten und wir wollen auch nicht noch einen viel größeren Schluck aus dem bitteren Kelch der Kreditfinanzierung nehmen, denn umso näher rücken Sanktionen.

Lassen Sie mich noch einmal drei Zahlen nennen: Im Landeshaushalt 2001 betrugen die Ausgaben des Landeshaushalts rund 9,6 Mrd. €. Der vorläufige Abschluss 2002 schließt mit rund 9,3 Mrd. € ab. Konkret entspricht dies einer Reduzierung von 2001 zu 2002 von 353 Mio. €. Die nach der November-Steuerschätzung unmittelbar ausgesprochene Haushaltsperre hatte eine Ausgabenreduzierung von 229 Mio. € zur Folge. Für die Deckung der Globalen Minderausgaben in Höhe von 399 Mio. € verbleibt nun eine Deckungslücke von 170 Mio. €. Die Zeit von der November-Steuerschätzung bis zum Jahresabschluss war offensichtlich zu kurz, um die Deckungslücke zu schließen. Dennoch, und das sage ich, Frau Wildauer, bin ich als Finanzministerin mit dem Ergebnis nicht unzufrieden. Der von uns eingeschlagene Weg war richtig, nicht, wie Bund und manches andere Land, den großen, bitteren Schluck aus der Pulle zu nehmen und zu sagen, wir decken die Einnahmenverluste einfach mit neuen Krediten. Unser Ziel war es, die Kreditaufnahme nicht höher als im Jahr 2001 zu nehmen. Es ist ein Signal in Richtung Sparsamkeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, fast 1 Mrd. Steuerausfälle bei einem Haushalt von 9,2 Mrd., das ist ein finanzpolitisches Desaster, das die rotgrüne Bundesregierung uns gebracht und zu verantworten hat. Wir haben trotzdem versucht, die Investitionsquote um die 20 Prozent zu halten. Wir hatten 23 Prozent im Ansatz und liegen jetzt bei 19,7 Prozent. Das ist immer noch weit höher als viele andere Länder. Nur durch diese hohe Investitionsquote und stabile Personalquote können wir auch gewährleisten, dass unser Haushalt verfassungsgemäß ist und nicht wie der vieler anderer Länder.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Wildauer, noch mal zu Ihrer Frage, warum nicht noch ein 4. Nach-

tragshaushalt: Sie hätten sicherlich auch in der Geschichte sehen müssen, dass Länder, die viele Nachtragshaushalte machen, nicht immer die Länder sind, die die besten Haushalte haben. Bayern und Sachsen arbeiten mit sehr wenig Nachtragshaushalten und haben eine geringere Pro-Kopf-Verschuldung.

Das Haushaltsgesetz gibt mir, dem Finanzminister, die Möglichkeit, 63,3 Mio. Kredite aufzunehmen für unabweisbare und nicht abdeckbare Mehrkosten. Das habe ich getan. Es gibt mir die Möglichkeit, Kreditermächtigungen zu benutzen, die aus Vorjahren noch frei sind. Ich habe nicht wie Kollegen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Kreditermächtigungen, die ich noch bis zum Jahre 1990 habe, anzugreifen. Mir war wichtig, auch in Achtung gegenüber diesem Haus, Kreditermächtigungen nur aus dieser Legislatur von 2000 und 2001, diese 24,7 Mio. €, anzugreifen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Freistaat musste sich somit mit dem Haushaltsabschluss 2002 über 88 Mio. € mehr verschulden und das Defizit beträgt 82,1 Mio. €. Uns war noch mal wichtig: keine höhere Verschuldung als 2001 und das Signal auf Sparsamkeit. Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt leider bei 5.147 €.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun zum Haushaltsjahr 2003: Kann das wie beschlossen umgesetzt werden, ist Ihre Frage. Ich kann das zum heutigen Zeitpunkt nicht genau sagen, denn Sie alle wissen, vor uns liegt die Steuerschätzung des Monats Mai. Es werden ja schon in diversen Zeitungen unterschiedliche Zahlen orakelt. Ich halte das nicht für sehr günstig, wenn die Bundesregierung und Beamte aus dem Bundesfinanzministerium jeden Tag neue Zahlen an die Presse geben. Man kann im Handelsblatt, in der Financial Times lesen, überall werden neue Zahlen genannt. Für mich ist entscheidend, dass wir am Ende der vergangenen Woche, wenn der Bund seine Steuerschätzung gemeinsam mit der Länderkommission - die schließen sich drei Tage ein, sagt man immer - verlässliche Zahlen vorlegt, werden wir im Kabinett beraten und Entscheidungen vorbereiten und Sie dann darüber informieren. Für mich ist das seriöse Finanzpolitik und nicht das Orakeln jeden Tag mit anderen Zahlen in der Presse. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Wird Aussprache gewünscht?

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Die PDS-Fraktion beantragt die Aussprache zum Bericht.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gut, dann machen wir das so und ich bitte als ersten Abgeordneten Herrn Abgeordneten Mohring ans Rednerpult.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zunächst vielen Dank an die Landesregierung für den Sofortbericht und für die Information an das Parlament. Wir teilen uneingeschränkt die Auffassung der Landesregierung zur Bewertung, dass das Haushaltsjahr 2002 das dramatischste und schlechteste Haushaltsjahr seit der Gründung dieses Freistaats war.

10 Prozent aller geplanten Einnahmen sind insgesamt weggefallen und ich will die Zahl noch mal nennen, weil sie die Dramatik unwahrscheinlich verdeutlicht. Über 1 Mrd. €, also knapp 2 Mrd. DM in der alten Währungsrechnung aufgezeigt, sind uns an Einnahmen innerhalb eines Haushaltsjahrs weggebrochen. Alle Debatten, die wir in den letzten Monaten geführt haben, alle Debatten, die wir auch wahrscheinlich noch in diesem Haushaltsjahr führen werden, werden immer wieder verdeutlichen, dass die Nachwirkungen dieser dramatischen Einnahmefälle im letzten Jahr auch im laufenden Haushaltsjahr fortwirken werden und es deshalb in der Bewertung der Ausgabenminderung infolge der dramatischen Einnahmefälle, in der Bewertung der Prioritätensetzung, wo dann tatsächlich noch diese Einnahmefälle abgemindert und aufgefangen werden, wir uns am Ende dort einig sind, dass - mittlerweile egal, wo wir Ausgaben reduzieren, egal wo wir Ausgaben kürzen und egal, in welchem Bereich wir die Prioritäten noch setzen - wir das alles auf minimalstem Niveau tun. Wir sind uns alle einig darüber, dass es nicht mehr ausreichend ist, um Politik mit diesen Einnahmen, die uns noch zur Verfügung stehen, ausreichend gestalten zu können.

Deshalb bedarf es unweigerlich, und da gibt es klare Positionen vor allem unsererseits aus der Fraktion heraus dahin gehend, dass es unweigerlich einer Umkehrung in der Steuerpolitik bedarf. Wir reden jetzt auch hier in diesem Haus in Forderung an den Bund nach Berlin, aber auch in anderen Landesparlamenten und selbst im Bundestag schon ziemlich lange darüber, dass es bestimmter Reformen bedarf, schneller Reformen bedarf, Gemeindefinanzreformen bedarf, Steuerreformen bedarf, Rückgängigmachung von verfehlten Steuerpolitikbeschlüssen bedarf, aber tatsächlich und in der Auswirkung trotz langer Reden keine Ergebnisse vorgelegt wurden. Diese Auswirkungen haben insbesondere die neuen Länder zu tragen. Thüringen als junges Bundesland, hat - genauso wie andere junge Bundesländer - noch erheblichen Nachholbedarf bei Investition, bei der Strukturentwicklung im Land insgesamt. Wir haben das ja auch mal umschrieben mit der Forderung nach einem zusätzlichen Sonderprogramm Ost, weil tatsächlicher Nachholbedarf besteht. Wir sind besonders betroffen von diesen Einnahmefällen

mit dem um 1 Mrd. niedrigeren Einnahmenniveau, was wir zu verzeichnen haben. Das wirkt natürlich fort auch im laufenden und nächsten Haushaltsjahr dahin gehend, dass wir natürlich nicht neue Steuereinnahmen zu verzeichnen haben. Jeder muss wissen: Auch wenn wir nur 1 € mehr Steuereinnahmen zu verzeichnen haben in diesem und auch nächsten Jahr, bessern wir nur die Einnahmenausfälle des vorangegangenen Jahres auf und wir haben dann noch lange nicht die ursprünglichen Ansätze im Haushaltsplan des ursprünglichen Doppelhaushalts gehabt. Alle wissen, dass wir schon bei der Einbringung des Doppelhaushalts 2001/2002 gesagt haben, wir sind noch bei der Steuerdeckungsquote weit hinter den alten Flächenländern zurück mit damals geplanten 48 Prozent im Vergleich zu Bayern mit 75 Prozent eigener Steuerdeckungsquote.

Obwohl wir schon bei der Debatte vor zwei Jahren, vor drei Jahren gesagt haben, wir haben noch eine Menge Nachholbedarf auch in der Steuereinnahmeentwicklung, kommt jetzt der dramatische Steuereinbruch hinzu. Wir brauchen jetzt erst noch eine Zeit, auch wenn sich die konjunkturelle Lage irgendwann verbessern sollte, um die alten Ansätze und die alten Forderungstatbestände erst wieder aufzuholen und zu erreichen. Erst dann - also Jahre, die verloren sind - sind wir wieder an dem Ausgangspunkt angelangt, bei dem wir bei der Haushaltsdebatte 2000 und 2001 gewesen sind. Dort können wir erst wieder ansetzen und aufholen, wo wir schon vor drei Jahren aufholen wollten. Ich will es noch mal ganz deutlich für unsere Fraktion sagen: Mit Bedauern stellen wir fest, wie sich Berlin drückt und wie sich in Berlin die politischen Entscheidungsträger hinziehen, endlich Reformen anzupacken und zu entscheiden. Wir hoffen sehr, meine Damen und Herren, dass in diesem und im nächsten Monat weit reichende Entscheidungen endlich in Berlin getroffen werden. Die Union hat ihre Hilfe im Bundesrat angeboten, dort zu unterstützen, wo es notwendig ist, damit es im Land vorangeht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will aber auch - und das ist wichtig - noch einmal auf die Zahlen zurückkommen und will angesichts des Jahresabschlusses für 2002 eine grundsätzliche Bewertung anhand von zwei Zahlen abgeben. Die Ministerin hat es vorhin schon genannt, die bereinigten Ausgaben nach dem Ist für 2002 betragen 9,263 Mrd. €. Das heißt, dass wir gegenüber dem bereinigten Ist von 2001 mit 9,616 Mrd. € tatsächlich unser Ausgabenvolumen vermindert haben. Wir haben es nicht nur vermindert gegenüber dem Ist von 2001, wir haben es auch vermindert gegenüber dem ursprünglichen Soll von 2002. Angesichts dessen, dass wir so dramatische Einnahmenverluste haben und angesichts dessen, dass wir natürlich Nachholbedarf haben und noch weit reichende zusätzliche Aufgaben verzeichnen müssen aufgrund der Nachholprozesse war es eine immense Leistung im letzten Haushaltsjahr, dass der Staat aus seinen grundsätzlichen Aufgaben heraus seine Ausgaben so abgemindert hat, dass das bereinigte Ausgabenvolumen um über 400 Mio. €

niedriger liegt, als noch in dem Jahresabschluss vom Jahr 2001. Auch die Kreditaufnahme, Sie wissen, dass besonders unsere Fraktion gemeinsam mit der Landesregierung sich die Aufgabe und das Ziel gesetzt hat, in dieser Legislaturperiode weiter die Nettoneuverschuldung zu verringern mit dem Ziel, dass wir irgendwann aufgrund dieser Situation im Haushalt eigene Spielräume entwickeln und mehr gestalten können. Wir haben trotz der Verluste und der notwendigen zusätzlichen Kreditaufnahmen durch den 2. Nachtragshaushalt, aber auch durch den Jahresabschluss, mit einer Gesamtsumme von 721,4 Mio. € immer noch eine niedrigere Kreditaufnahme in Summe als mit dem Ist von 2001 in Höhe von 748,2 Mio. € zu verzeichnen. Das heißt, dass trotz der dramatischen Situation - man kann es immer nur noch einmal wiederholen - wir es geschafft haben, an dem Kurs der Absenkung der Nettoneuverschuldung festzuhalten. Das war eine immens schwierige Aufgabe, die niemandem leicht gefallen ist hier im Haus, vor allem nicht der Verantwortung tragenden Fraktionen in der Mitte dieses Hauses. Aber wir haben es geschafft, den Ansatz und das Ist von 2001 zu unterbieten und es bleibt deshalb unser erklärtes Ziel, weiter an der Nettoneuverschuldungsverringerung festzuhalten und mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Es bleibt aber auch nicht außer Acht, dass wir im laufenden Haushaltsjahr, aber auch im Haushaltsjahr 2004 natürlich mit weiteren Risiken zu kämpfen haben, die auch zum Teil fremdverschuldet sind, aber die Auswirkungen wir hier zu tragen haben. Ich will deshalb auch noch einmal, neben den von der Ministerin genannten 82 Mio. € Defizit, die in 2004 auszugleichen sind, an den Tarifabschluss erinnern, der, wie Sie wissen, auch hier im Haus heftig diskutiert wurde und der allein im Jahr 2004 nochmals zusätzliche 140 Mio. € Mehrausgaben bei den Personalausgaben vorsieht, die im Haushalt natürlich noch nicht geplant und gedeckt sind und die natürlich auch im Haushaltsjahr 2004 zusätzlich erwirtschaftet werden müssen. Deswegen ist natürlich der Appell, den wir im Haus vor gewisser Zeit geäußert haben an die Tarifpartner, Sorge zu tragen angesichts der Finanzlage der öffentlichen Kassen, verhallt. Aber das Ergebnis dessen haben wir im laufenden Jahr, aber auch im nächsten Haushaltsjahr noch zusätzlich zu den bisher noch unbekannten Steuerschätzungsergebnissen zu tragen. Natürlich mit Blick auf die Mai-Steuerschätzung, die ja erst noch ansteht, und darauf folgend die regionalen Steuerschätzung, die noch kommt, bleibt es dabei mit Blick auf die vergangene November-Steuerschätzung, die vorgesehen hat, ein mögliches Defizit an weiteren Einnahmefällen für das Jahr 2004 von 220 Mio. €, dass auch diese noch, wenn sich die Mai-Steuerschätzung oder dann zielsicher die nächste November-Steuerschätzung Ende des Jahres diese Zahlen bestätigen sollte, bleibt es auch Aufgabe für 2004, diese Zahl zusätzlich aus dem laufenden Budget zu erwirtschaften. Alles immer wieder unter dem Gesichtspunkt, dass wir schon die Ansätze aufgrund des niedrigen Niveaus der 1 Mrd. € Steuerausfälle im vorangegangenen Jahr, die wir so fortgeschrieben haben, immer noch nicht ausreichend

sind, dass wir mit den weiter verminderten prognostizierten Einnahmen die notwendigen Ausgaben für dieses Land bestreiten können. Vor allem nicht die Ausgaben bestreiten können, die notwendig sind, damit wir in den jungen Ländern den Aufholprozess weiter fortsetzen können. Und immer wieder den Satz auch bewirken können, den ich immer wieder hier an dieser Stelle sage, dass wir Infrastruktur und Lebensqualität weiter schaffen in diesem Land, dass die Leute Lust haben, hier zu bleiben und hier zu leben und Lust zu haben, Thüringer zu sein. Deshalb bleibt natürlich unser Ruf an alle Verantwortlichen im Land und im Bund nicht unverhüllt, dass in Berlin die Aufgaben wahrgenommen werden, die wahrgenommen werden müssen. Wer heute in die Zeitung geschaut hat, der hat die Prognosen gesehen, die das Handelsblatt veröffentlicht hat, wonach mit weiteren 15 Mrd. € Steuereinnahmefällen für Bundes- und Landeskassen nach der Mai-Steuerschätzung zu rechnen ist, der weiß, welche Welle an Verlusten noch einmal auf uns einschlagen wird. Es ist an dieser Stelle - nach unserer Auffassung - mit Blick auch was die Arbeitslosenzahlen von 4,495 Millionen Menschen mittlerweile sagen, mehr als unverantwortlich, da nicht tief greifende Reformen endlich anzugehen und umzusetzen.

Meine Damen und Herren, wir haben mit 471.000 Menschen zusätzlich an Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vergleichsvorjahresmonat vor einem Jahr zu verzeichnen. 471.000 Menschen mehr sind arbeitslos, als vor einem Jahr. Das zeigt die dramatische Entwicklung und zeigt auch am Ende der Kette, welcher Zuschussbedarf an die Bundesanstalt für Arbeit noch besteht. Mittlerweile werden für Zahlungen ausgegangen von bis zu 10 Mrd. €, die noch haushaltsunterfinanziert sind beim Bund. Damit heißt das natürlich im Umkehrschluss, wenn der Bund auch an dieser Stelle noch nachfassen muss, dass das, was wir erwarten z.B. mit Blick auf Gemeindefinanzreform möglicherweise gar nicht so kommen kann, weil der Bund durch eigene Einnahmeverluste in Größenordnungen und durch falsch geplante Zahlen, z.B. bei den Zuschüssen für die Bundesanstalt für Arbeit von 10 Mrd. €, natürlich dann in seinen anderen Ausgabenvolumina begrenzt ist und dieses Geld dann natürlich, dass das, was notwendig ist zur Durchreichung an Mitteln an Landeskassen und auch an kommunalen Kassen, was wir verbinden mit Gemeindefinanzreform, offen bleibt und dann alle Ankündigungen, die gemacht wurden, dass zum 01.01.2004 mit Ergebnissen einer Gemeindefinanzreform zu rechnen ist und endlich unsere Städte und Gemeinden, auch vor allen Dingen in Thüringen und den jungen Ländern, wieder Luft zum Atmen bekommen könnten in ihren eigenen Haushaltskassen, damit wahrscheinlich nicht zu rechnen ist. Das stimmt nicht optimistisch, es stimmt eher dramatisch.

Ich will zum Schluss, meine Damen und Herren, auch noch einmal darauf aufmerksam machen, dass es nach unserer Auffassung natürlich nicht die Lösung ist, durch neue Steuererhöhungen erstens eigene Wahlversprechen zu brechen und zweitens auch den Menschen im Land nicht Mut zu machen, ihnen auch vorzugaukeln, ich will es an

einem aktuellen Thema auch noch einmal festhalten, mit möglicher - jetzt heißt es plötzlich gesundheitspolitischer Lenkungswirkung - neue Haushaltslöcher stopfen zu wollen und ich will es damit schließen lassen, weil es passt: Erst hieß es, "Tanken für die Rente" und jetzt heißt es "Rauchen für die Gesundheit". Wir meinen - so kann es nicht gehen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Huster, bitte schön.

Abgeordneter Huster, PDS:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Situation ist dramatisch, das, denke ich, ist sowohl von der Finanzministerin als auch von Mike Mohring treffend beschrieben worden. Allein die Debatte, wie wir aus diesem Schlamassel wieder herauskommen, ist an dieser Stelle sehr kurz gekommen. Frau Wildauer hat angedeutet, dass wir uns ja wahrscheinlich im Juni wieder mit Haushaltsfragen beschäftigen werden, es besteht also hier durchaus die Möglichkeit, diesen Teil in den nächsten Tagen zu vertiefen.

Ich stelle nur noch einmal fest, was den Jahresabschluss 2002 betrifft, dass die Ziele, die sich die Landesregierung spätestens mit dem 3. Nachtragshaushalt gestellt hat, nämlich einmal eine Erhöhung der Nettoneuverschuldung auf ein bestimmtes Niveau zu begrenzen, zum anderen Einsparmaßnahmen zu treffen und dadurch die Ausfälle zu egalisieren, dieses Ziel hat die Landesregierung, so wie sie es sich vorgenommen hat, nicht erreicht. Auch haben wir im Verfahren die mangelnde Transparenz der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2002 bemängelt.

Jetzt haben wir gesprochen über die Folgen ins Jahr 2004. Wir werden also auch mit der Steuerschätzung in der nächsten Woche sehen, wie hoch mögliche weitere Einnahmefälle den Freistaat Thüringen treffen werden und welche Konsequenzen das für unseren Haushalt in den nächsten beiden Jahren haben wird. Ich will davor warnen, zu sagen, dass wir mit dem letzten Jahr das Tal der Tränen schon erreicht haben. Wir werden Steuerausfälle zwar nicht mehr in der Höhe wie im letzten Jahr zu verzeichnen haben, aber das Niveau, auf dem wir uns bewegen, ist ja außerordentlich niedrig. Auch das hat die Finanzministerin dargestellt. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich schon an dieser Stelle sagen, wer dann also glaubt, mit einigermaßen vernünftigen Steuerzuwächsen unser Haushaltsproblem langfristig zu lösen, der irrt. Da rede ich noch nicht von der Frage Nettoneuverschuldung null. Wenn man mal den Blick weiter wirft und fragt, wie sollen denn unter diesen Bedingungen, auch unter den Wachstumsrahmenbedingungen, die Herr Gerstenberger genannt hat, überhaupt irgendwann mal diese Schulden zurückgezahlt

werden, da, glaube ich, ist Politik in dieser Frage überhaupt noch nicht zu einem glaubwürdigen Lösungsansatz fähig.

Meine Damen und Herren, für das Jahr 2003 gilt eine Bewirtschaftungsreserve von 15 Prozent im Landeshaushalt, die in der Praxis natürlich außerordentlich schwierig ist für all diejenigen, die aus dem Landeshaushalt Zuweisungen erhalten. Ich will das, ohne das in die Länge zu ziehen, an dieser Stelle exemplarisch an einer Abfrage der Parität im Sozialbereich darstellen. Dort sind nach deren Aussagen 55 Projekte in Thüringen gefährdet. Das betrifft beispielsweise die Jugendbetreuung, das betrifft die offene Altenhilfe, das betrifft Angebote im Bereich Behindertenhilfsdienst, sozialen Möbelhilfsdienst, Seniorenbüros und Seniorenbegegnungsstätten, Kinder- und Jugendberufshilfsprojekte und nicht zuletzt den Aufbau von Arbeits- und Beschäftigungsprojekten. Also auch in Thüringen, meine Damen und Herren, sind die Wirkungen dieser Ausgabenkürzungspolitik verheerend. Sie betreffen hier nicht bloß die Verantwortung der Bundesregierung, sondern auch ureigenste Verantwortung der Landesregierung.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns mittlerweile in einem dramatischen Kreislauf nach unten. Die Folgen dieser Ausgabenkürzungen ohne die Einnahmenseite zu stabilisieren kann man sehr kurz benennen. Es werden vorhandene Strukturen zerstört, die auch hier in Thüringen mit viel Mühe aufgebaut wurden und die nicht zuletzt zu einer Verschlechterung in der sozialen Betreuung von Menschen führen. Investitionen werden verzögert. Frau Ministerin, sehr treffend, die Investitionsquote mittlerweile liegt unter 20 Prozent. Arbeitsplätze werden vernichtet und nicht geschaffen, wie das immer behauptet wird. Herr Gerstenberger hat die Thüringer Zahlen dazu genannt. An dieser Stelle sei noch erwähnt, dass kommunale Spielräume weiter verringert werden und damit auch die kommunale Selbstverwaltung weiter eingeschränkt wird, was nicht zuletzt auch bedeutet, dass Demokratie vor Ort abgebaut wird, nicht politisch gewollt, aber es ist Ergebnis dieses Prozesses.

Letzter Punkt dazu: Wir sind in dieser Spirale auch dabei ein riesiges Abwanderungsförderungsprogramm durchgehen zu lassen, und wir werden uns über die Zahlen, die wir in diesem Jahr auch im Ergebnis von Hartz bekommen, noch wundern. Meine Damen und Herren, jedem müsste eigentlich jetzt klar sein, dass es so nicht weitergehen kann und dass sich in Deutschland grundlegend etwas ändern muss. Gut, das ist allgemeine Polithetorik, werden Sie einwenden. Die PDS behauptet an dieser Stelle zu Recht, dass es ohne eine Verbesserung der Einnahmen nicht gehen wird, zum einen, um unsere Haushalte in den Griff zu bekommen, und zweitens, um Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen zu können. Dazu will ich Ihnen eine Zahl nennen: Die Bundesanstalt für Arbeit will in Thüringen in diesem Jahr ca. 300 Mio. € einsparen. Schon jetzt sind die Ansätze aber so, dass über 70 Mio. € mehr ausgegeben werden. Damit ist eigentlich auch der Nachweis erbracht, dass es teurer ist Arbeitslosigkeit zu

finanzieren als dauerhaft Arbeit zu finanzieren. Dies alles wird politisch immer gerechtfertigt mit der Notwendigkeit zum Schuldenabbau, mit neuen Spielräumen und letztlich auch mit einer wirtschaftlichen Belebung, die damit einhergeht. Das Gegenteil, meine Damen und Herren, ist aber der Fall. Die Schulden steigen nun also am Jahresende. Das gilt sowohl für den Bund als auch für das Land. Das gilt nicht nur für das Land beim 3. Nachtragshaushalt und beim Jahresabschluss, sondern das wird auch beim Bund gelten, wenn es darum geht, die Defizite der Bundesanstalt für Arbeit auszugleichen. Es wird wahrscheinlich eine Dimension sein, die sich jetzt noch gar keiner vorstellen kann. Was dann für eine Diskussion losgeht mit dem blauen Brief aus Brüssel, möchte ich nicht wissen. Ich halte es für falsch, am Jahresanfang den Leuten zu suggerieren, wir kommen ohne neue Schulden aus, und am Jahresende den Offenbarungseid leisten zu müssen. Wir müssen unsere Löcher mit neuen Schulden decken, obwohl dieses Geld nicht mal die Chance hat, über ein Jahr zu arbeiten, sondern wo man rein nur noch Löcher damit stopft. Das ist keine zukunftsweisende Politik.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, wenn man seine Ziele nicht erreicht, sowohl im Land nicht und auch nicht im Bund, dann müsste das eigentlich Grund genug sein, seine Politik zu hinterfragen und gegebenenfalls zu verändern. Frau Diezel, an dieser Stelle bei allem, was Sie gesagt haben zum Jahresabschluss und den Konsequenzen, wir werden allein mit Bewirtschaftungsreserven, Ausgabenkürzungen den Haushalt auf Dauer nicht sanieren können. Mal abgesehen davon, dass wir mit dieser Politik, so wie ich sie beschrieben habe, natürlich eine ewige Schuldenfalle verursachen, an den Schuldenabbau in späteren Jahren überhaupt nicht zu denken. Insofern erweist sich Ihr ständiger Verweis auf die Vorsorge für die nächsten Generationen, an denen natürlich jeder auch wirklich ein Interesse hat, eigentlich als Polithetorik, weil überhaupt kein Weg aufgezeigt werden kann, wie das bei vorausgesetzten Wachstumsquoten nur annähernd erreicht werden kann. Ich will Ihnen noch ein Beispiel sagen, welche Folgen die Kürzungen insgesamt haben, vor allen Dingen sind das auch Kürzungen, die jetzt im Bundesbereich vorgesehen sind und durchgeführt werden sollen. Sie nehmen die Nachfrage insbesondere bei den Menschen, die auf diese Einkommen angewiesen sind, damit wird der Konsum weiter geschwächt und somit auch höhere Arbeitslosigkeit verursacht. Ich weiß nicht, ob Sie die Agenturmeldung gestern verfolgt haben, Herr Höhn. Es gab gestern zur Reform Agenda 2010 der Bundesregierung drei kurze Stellungnahmen, einmal vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, das gesagt hat, ich zitiere, Frau Präsidentin, mit Ihrer Genehmigung: "Kurzfristig könnte die mit der Agenda einhergehende Schwächung der Binnennachfrage bundesweit zum Verlust von bis zu 100.000 Jobs führen." Nebenbei hat er noch gesagt, dass das Bruttoinlandsprodukt bis zu 1 Prozent schwächer wachsen werde. 1 Prozent Bruttoinlandsprodukt schwächer wachsen bedeutet für

die öffentlichen Kassen in Deutschland Milliarden Ausfälle. Dieser Zusammenhang ist, denke ich, hier auch treffend beschrieben. Der Würzburger Wirtschaftsprofessor Peter Bofinger hat darauf verwiesen, dass Lohnersatzleistungen und Kündigungsschutz automatische Stabilisatoren seien, die verhinderten, dass sich konjunkturelle Schocks direkt auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage auswirkten. Dieses zur Disposition zu stellen, halte er für gefährlich. Der Letzte im Bunde, der Chefökonom der Deutschen Bank, Norbert Walter, hat gesagt, dass bestenfalls mittelfristig Einschnitte bei Lohnersatzleistungen zu mehr Beschäftigung führen würden. Positive Auswirkungen des Reformpakets auf die Wirtschaftsentwicklung sind nach Ansicht der Experten nur langfristig zu erwarten. Das kann man natürlich auch hinterfragen, aber wichtig scheint mir zu sein, dass die Agenda 2010 in ihrer Wirkung höchst umstritten ist. Wenn man allein bedenkt, dass die bisherigen Kürzungen von Hartz um 6 Mrd. € vor allen Dingen die Nachfrage bei den kleinen Leuten entziehen - und unser Problem, Frau Finanzministerin, korrigieren Sie mich, liegt vor allem ja nicht nur beim Länderfinanzausgleich, sondern bei der Umsatzsteuer -, heißt das, Probleme, die wir bei der Umsatzsteuer haben, werden auch hier durch die Hartz-Gesetze verstärkt und nicht gemindert.

Klar ist, meine Damen und Herren - und ich habe hier wirklich nicht vor, eine unzulässige Polit rhetorik abzugeben - ich glaube, auch Thüringen ist nicht in der Lage, allein aus diesem Schlamassel herauszukommen. Es ist in dem Tagesordnungspunkt vorher über gemeinsame Initiativen auch der ostdeutschen Arbeitsminister gesprochen worden. Wir müssen uns tatsächlich darüber klar werden, dass wir gemeinsame Initiativen für Ostdeutschland brauchen und natürlich auch für die Bundesrepublik und dass Parteienstreit an dieser Stelle bei allen Unterschieden vielleicht insofern zu minimieren ist, dass es einen Minimalkonsens geben muss. Es muss einen Minimalkonsens geben zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern und den muss es, denke ich, auch zwischen allen demokratischen Parteien geben. Meine Damen und Herren, klar ist auch, dass ein ausgeglichener Haushalt unter diesen Rahmenbedingungen utopisch bleibt. Herr Mohring, Sie haben ja eigentlich das Argument gegeben, der Jahresabschluss 2002 und auch der Bundeshaushalt gibt uns Recht, wenn ich daran denke, wie Sie uns verteuft haben wegen unseren 100 Mio. € neuen Schulden. Ihr Ergebnis ist, dass Sie am Jahresende über 300 Mio. € neue Schulden

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Stellen Sie sich doch mal vor, es wäre andersherum gekommen)

ausmachen mussten. Nein, nein, ich habe es beschrieben

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Das ist eine Logik)

vorhin, ich sage nicht, dass jede Mark oder jeder Euro neue Schulden zu Effekten führen und wir sofort am Jahresende volle Kassen haben. Aber ich sage, es ist besser, am

Jahresanfang etwas zu tun, als am Jahresende das Geld nur zu verbraten um Löcher zu stopfen, und das war mein Vorwurf an Sie. Wie haben Sie sich ereifert und wie ist Ihr Ergebnis am Jahresende.

Jetzt möchte ich etwas zu den Alternativen sagen, die natürlich auch die Bundesdiskussion betreffen. Zum einen geht es um die Schaffung von existenzsichernden Arbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen. Herr Gerstenberger hat unsere Vorstellungen vorhin richtigerweise benannt. Da ist zum einen der Überstundenabbau und Modelle der Arbeitszeitverkürzung. Ich denke weiter an den Bereich einer umlagefinanzierten Berufsausbildung. Ich denke an eine bürgernahe Reform des öffentlichen Dienstes. Man könnte das Solidarprinzip stärken durch eine Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung, durch die Einbeziehung von Beamten, Selbständigen, Freiberuflern und auch Abgeordneten in die allgemeine Versicherungspflicht, alles Maßnahmen, die in anderen Ländern Europas schon funktionieren. Zum Aufbau Ost unterstützen wir die Forderungen nach einem öffentlich finanzierten kommunalen Infrastrukturprogramm über mehrere Jahre. Lassen Sie mich an dieser Stelle sagen, was gestern mit dem Vorschlag des DGB in der Öffentlichkeit gemacht wurde von vielen, vielen Seiten, das halte ich schon schlichtweg für unverantwortlich. Wer sich dieses Programm durchliest, es ist einigermaßen differenziert, es berücksichtigt also Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen und auch Interessen der öffentlichen Hand, auf keinen Fall ist es wert, schon am ersten Tag, wenige Minuten nach Bekanntgabe in der Öffentlichkeit völlig zerrissen zu werden und dann ad acta gelegt zu werden. Wichtig ist, es gibt wirklich Alternativen und es ist auch notwendig in einer demokratischen Gesellschaft, dass über Gegenentwürfe öffentlich diskutiert wird, ansonsten wird das Ganze noch schlimmer als es ist. Und, meine Damen und Herren, zur Einnahmenpolitik gehört natürlich auch eine zukunftsfähige Steuerpolitik, die mehr Gerechtigkeit im Lande bringt. Das heißt zum einen Beseitigung von Steuerschlupflöchern, das heißt natürlich Veränderungen in der Vermögens- und in der Erbschaftsbesteuerung und nicht zuletzt die von Herrn Gerstenberger angesprochene Besteuerung von Börsenumsätzen, die so genannte Tobinsteuer. Als Sofortmaßnahmen seien hier noch benannt dringend notwendige Ergebnisse aus der Gemeindefinanzreform. Vor dem Hintergrund der Steuerschätzung, die uns jetzt erwartet, und der Diskussion danach, bin ich gespannt, zu welchen Maßnahmen Eichel noch in der Lage ist. Es müsste aber darum gehen, die Gewerbesteuer beispielsweise auf zukunftsfähige Beine zu stellen. Als Sofortmaßnahme haben wir als PDS seit langem gefordert die Gewerbesteuerumlage zu senken, um somit den Kommunen wenigstens wieder etwas Spielraum zu geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Freitagnachmittag, ich will das nicht länger ausdehnen, ich komme zum Schluss. Ich glaube, wir müssen ein Bewusstsein entwickeln, dass unsere Haushalte durch diese einseitige Ausgabenreduzierung unter dem Motto, wie auch immer,

Sparen und Gestalten, das ist alles Quatsch. Diese einseitige Ausgabenreduzierung und Streichung, Zerstörung von gewachsenen Strukturen wird unsere Haushalte nicht sanieren, im Gegenteil, sie wird die Situation immer weiter in dem Kreislauf nach unten verschärfen. Wir brauchen auf der Einnahmenseite endlich Verbesserungen und ich glaube auch, dass dafür Konflikte in der Gesellschaft notwendig sind. Die Mehrheiten dafür müssen auch erstritten werden. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Höhn, Sie haben das Wort, bitte.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Frau Ministerin, ich glaube es ist hier müßig, eine Binsenweisheit zu wiederholen, ich tue es dennoch. Aber ich muss an der Stelle auch gleich feststellen, dass ich schon etwas erstaunt bin, auf welche Weise dieser Tagesordnungspunkt heute hier zum Teil ausgeschlachtet wird, möchte ich sagen. Die Binsenweisheit lautet, dass wir uns sicherlich in nie gekannten finanziellen oder finanzpolitischen Zwängen befinden, wie ich glaube, seit Bestehen der Bundesrepublik bzw. seit Bestehen der neuen Bundesländer nicht. Das ist doch ganz klar. Aber, Herr Kollege Mohring - auch Entschuldigung, Herr Kollege Huster - Herr Mohring kommt gleich noch dran, ich weiß nicht, wo sitzt er denn eigentlich? Fort, ist nicht so schlimm. Herr Huster, ich bin schon etwas erstaunt, auf der einen Seite vernehme ich von Ihnen durchaus angemessene Kritik, wenn es darum geht, angehäufte Schulden der Vergangenheit auch irgendwann einmal abzubauen, das ist in der Tat eine Schwäche unseres Systems, das ist unbestritten, aber ich bin gerade deshalb darüber erstaunt, weil Ihre Vorschläge, die Sie präsentieren, letztendlich genau immer wieder auf diese Schuldenerhöhung hinauslaufen, das empfinde ich als einen Widerspruch.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Ich möchte Ihnen auch ganz deutlich sagen, und man muss es immer wieder auch in Erinnerung rufen, gerade auch vor dem Hintergrund der aktuell laufenden Debatte um die Agenda 2010, wir haben in Deutschland und erst recht nicht in Thüringen die Frage der Verschuldung selbst mehr in der Hand. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für unsere gemeinsame europäische Währung und deshalb haben wir die Pflicht, nicht nur die Einnahmenseite zu stärken, da bin ich ja völlig bei Ihnen, nur über die Wege können wir uns streiten, das Hauptcredo liegt hier auf der Durchforstung der Ausgabenseite und hier muss der Hauptansatz sein. Wir können es uns einfach nicht mehr leisten, diesen Weg so fortzuführen. Im Hinblick auf die Ausführungen der Frau Ministerin vom Kollegen Mohring - natürlich, ich nehme das jetzt einfach so mal hin, wir

haben mit diesen Einnahmeausfällen im Jahre 2002 zu kämpfen gehabt. Über die Ursachen hier zu streiten, das haben wir schon oft genug getan, das möchte ich mir heute ersparen, weil wir über die Ursachen ohnehin nicht von dieser Stelle aus zu gleichen Auffassungen kommen, deshalb ist es müßig. Aber es gibt auch eine eigene Verantwortung - ich komme im Verlauf meiner Ausführungen noch dazu -, es gibt auch eine eigene Verantwortung des Landes, wie wir in dieser schwierigen Situation das selbst gestalten. Und da habe ich einige Punkte anzuführen, mit denen ich ganz und gar nicht einverstanden bin.

Wir haben doch die Situation, Frau Ministerin, für das Jahr 2002 im Rückblick, dass drei Nachtragshaushalte und eine Haushaltssperre zum Ende des Jahres uns dennoch 88 Mio. € mehr Kredite als geplant, und dennoch 82 Mio. € sozusagen Defizitverschiebung in das Jahr 2003 gebracht haben, ganz zu schweigen von den etlichen Ausgaben, die als Ausgabenreste in das Jahr 2003 geschoben wurden, die den Haushalt dieses Jahres zusätzlich belasten werden. Die Ministerien bzw. die Behörden, die haben ja jetzt schon auch mit der 15-prozentigen Bewirtschaftungssperre oder quasi Haushaltssperre - wie auch immer man das bezeichnen will - zu kämpfen. Aber ich möchte an der Stelle auf einen ganz bestimmten Punkt hinaus. Ich kann mich noch gut erinnern, dass Sie von dieser Stelle aus hier bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts das Wort "Planungssicherheit" in Bezug auf diesen Doppelhaushalt in den Mund genommen haben. Entschuldigung, Frau Ministerin, Planungssicherheit, im letzten Jahr - ich sagte es - drei Nachtragshaushalte, eine Haushaltssperre zum Ende und trotzdem keine Punktlandung. Jetzt stehen uns wieder die nächsten Nachtragsverhandlungen für dieses Jahr von 2004, für das schon beschlossene Jahr, das Sie ja bei der Doppelhaushaltsberatung ja noch nicht mal korrigiert haben, selbst die Regierung nach der November-Steuerschätzung, als der erste Haushaltsentwurf noch einmal korrigiert worden ist. Was hat denn das noch mit Planungssicherheit zu tun?

(Unruhe bei der CDU)

Das ist ein Prinzip, da können Sie mich nicht davon überzeugen und es gibt viele seriöse Ausführungen dazu. Doppelhaushalte in solch finanzpolitisch unsicheren Zeiten, bei welchen Ursachen auch immer, ist finanzpolitischer Unsinn, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

(Unruhe bei der CDU)

Und an einer Stelle muss ich Ihnen ganz deutlich widersprechen: Sie sprachen davon, dass wir bei der Investitionsquote - und sie liegt ja nunmehr nur noch bei 19,7 Prozent, 23 Prozent waren ursprünglich avisiert - im letzten Jahr, für 2003 hatten wir ja schon - und ich wiederhole da gern meine Ausführungen zur Verabschiedung des Doppelhaushalts - ich habe Ihnen nachgewiesen, dass

diese Investitionsquote mit 20,2 Prozent schon damals geschönt war. Wir sind mittlerweile, und ich kann Ihnen, wenn Sie das gern möchten, die Zahlen dazu liefern, auf dem letzten Platz der neuen Länder angelangt, was die Investitionsquote betrifft, und das hat Ursachen. Das hat nach meiner Auffassung strukturelle Ursachen und ich will Ihnen nur einige wenige davon nennen. Zum einen leisten wir uns zum ersten Mal in der Durchführung des Doppelhaushalts, dass wir GA- und EU-Fördermittel nicht mehr komplett gegenfinanzieren. Sie können jetzt sicher das Argument anbringen, wir haben nicht das Geld dazu. Aber, Frau Ministerin, es ist eine Frage der Prioritätensetzung. Wenn denn der Satz stimmt oder die Theorie, dass die öffentlichen Investitionen zur Konjunkturbelebung beitragen und sie tun es ja offensichtlich auch, dann muss ich die Priorität darauf setzen, dass ich diese Förderprogramme komplett kofinanzieren als Land. Da muss ich möglicherweise eben an anderen Stellen Einschnitte machen, aber das an genau diesen Stellen zu tun, das läuft der gegenwärtigen konjunkturellen Entwicklung völlig zuwider und deshalb ist es ein Fehler und deshalb ist es ein falscher Weg.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt: Hier in diesem Hause wurde gestern die Neustrukturierung der Sozialhilfe beschlossen. Ich will das jetzt gar nicht aus sozialpolitischer Sicht bewerten, da gibt es genügend andere Fachleute dazu. Aus kommunalfinanzpolitischer Sicht betrachtet engt dieses Gesetz, wie es gestern hier in diesem Hause beschlossen worden ist, wiederum die Investitionsmöglichkeiten kommunaler Haushalte noch einmal ein, weil nämlich die Lasten auf diesem Gebiet wieder in Richtung Kommunen verschoben worden sind. Fragen Sie mal die Landräte - Sie müssen ja noch nicht einmal an der Stelle auf das Parteibuch schauen -, fragen Sie die Bürgermeister, Oberbürgermeister, wie Sie über dieses gestrige Gesetz denken - ich habe gestern zufällig gerade eine solche Beratung von Landräten erleben dürfen -, was man darüber denkt. Auch dort werden im kommunalen Bereich durch die permanente Verfahrensweise der Verschiebungen von Lasten des Landes im Kommunalen Finanzausgleich hin zu den Kommunen deren Investitionsmöglichkeiten beschränkt und das ist der zweite Fehler, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Der dritte Fehler, wahrscheinlich der größte - ja, man soll, bevor man, Frau Ministerin, andere kritisiert, durchaus auch mal vor der eigenen Tür kehren.

(Zwischenruf Diezel, Finanzministerin: Ja, ja, ja.)

Der dritte Fehler: Wir leisten uns - Sie haben die Zahl vorhin genannt, etwa 26 Prozent - trotz sinkender - und ich möchte fast behaupten dramatisch sinkender - Einwohnerzahlen in Thüringen nach wie vor die höchste Personal-

quote in den Landesverwaltungen der neuen Länder. Das ist ein Weg, der führt nun völlig ...

(Unruhe im Hause)

Das kann ich Ihnen an den Zahlen - ich habe die Vergleiche alle da. Wenn Sie das bezweifeln, kann ich Ihnen da helfen.

(Unruhe im Hause)

Aber, Frau Ministerin, ich frage Sie jetzt mal ernsthaft: Diese Regierung ist jetzt ohne einen Koalitionspartner fast vier Jahre lang - offensichtlich habe ich den richtigen Nerv ja getroffen, sonst könnte ich mir Ihre Aufregung nicht erklären.

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Sie haben doch die Demo organisiert, da haben Sie doch gesagt, was Sie wollten.)

Sind Sie fertig, darf ich weitermachen? Danke schön.

Also, Personalausgabenquote: Ich bleibe bei meinem Satz, dass wir uns eine der höchsten Personalausgabenquoten der neuen Länder leisten - und das ist angesichts der Finanzlage und der Einwohnerzahlen nicht vertretbar -, weil Sie eines nicht getan haben - ich hatte vorhin den Satz schon begonnen -, Sie regieren seit fast vier Jahren hier in diesem Land ohne Koalitionspartner. Sie hätten alle Instrumente in der Hand, die Landesverwaltung wirklich auf einen solchen Weg zu bringen, wie es unsere Finanzausstattung eigentlich zulässt. Sie haben es nicht getan, aus welchen Gründen auch immer, weil Sie offensichtlich nicht genau wissen, wie wichtig ein parteipolitisch geprägter Unterbau in Ministerien und Landesverwaltungen ist.

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Aber dafür sind wir kritisiert worden.)

Das mag ja sein, aber es hilft uns finanzpolitisch nicht weiter. Es führt uns weiter in die Sackgasse. Deswegen die Personalpolitik ohne - und Sie reden immer vom Personalentwicklungskonzept, Entschuldigung, das haben wir Ihnen, glaube ich, schon nachgewiesen - dass es sich bei Ihrem "Personalentwicklungskonzept" um ein solches handelt. Es wird nicht ausgegangen von einer wirklich sachgerechten Aufgabenkritik. Effizienzevaluierungen wären notwendig, das wird alles nicht getan. Sie wursteln sich, auf Deutsch gesagt, auf diesem Gebiet mehr oder weniger durch. Ein wirklich umfassendes Personalentwicklungskonzept sieht anders aus. Ich kann hier schon mal vorgreifen, dass die Fraktion der SPD, nachdem unsere Große Anfrage zur Verwaltungsreform in Thüringen von der Regierung beantwortet worden ist, ein solches Konzept auf den Tisch legt. Dann können wir ja gern inhaltlich darüber streiten, was dann der richtige Weg ist, meine Damen und Herren.

Nach der durchaus auch hin und wieder berechtigten Kritik an der Finanzpolitik des Bundes - da bin ich ja so frei und sage, da teile ich manches Argument, aber nicht alle - gehört es sich auch für eine seriöse Finanzpolitik eines Landes, dass man eigene Fehler auch mal eingesteht und - noch viel wichtiger - eigene Fehler auch mal korrigiert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir bei der Verbesserung der Einnahmesituation sind, dann ...

(Zwischenruf Diezel, Finanzministerin)

Ja natürlich, Frau Ministerin, es kommt. Sie hatten die Chance als Landesregierung im Bundesrat für dieses Land Thüringen ganz konkret Einnahmeverbesserung, und zwar für das Jahr 2003, herbeizuführen. Diese Chance hätten Sie gehabt.

(Unruhe bei der CDU)

Sie haben sie auf dem Altar parteipolitischer Präferenzen geopfert und das werfe ich Ihnen immer wieder vor, auch wenn Sie das nicht hören wollen.

(Beifall bei der SPD)

Die Folge davon ist, meine Damen und Herren, die erhofften Mehreinnahmen, die im Übrigen - ich habe das an anderer Stelle schon einmal ausgeführt - auch Ihre CDU-geführten Länder Hessen und Saarland schon in ihren Haushalten als Einnahmen fest verbucht hatten und nicht umsonst hat ja der Herr Ministerpräsident Koch auch den Kompromiss im Vermittlungsausschuss mit herbeigeführt. Das spricht schon eine deutliche Sprache und ich denke, das ist auch aus seiner Sicht gesehen sicherlich ein besserer Weg als der, den Sie hier in Thüringen gegangen sind. Denn diese Stabilisierung der Steuereinnahmen bleibt nun aus und ein Gespenst geht um, meine Damen und Herren - es ist schon angesprochen worden -, das Gespenst der Mai-Steuerschätzung. Ich will mich nicht an diesen Spekulationen beteiligen, wie hoch denn nun dieser Ausfall ist. Ich gebe Ihnen Recht, Frau Ministerin, ich bedaure auch, dass dort an dieser Stelle von wem auch immer, ich weiß nicht, ob es Eichel ist, ich weiß nicht, ob es aus der Sachverständigengruppe selber kommt, ich bedaure dies auch, dass man durch voreilige Zahlenveröffentlichungen hier zur Verunsicherung beiträgt. Aber Fakt bleibt doch eins, Frau Ministerin: Wir können doch davon ausgehen, dass die Steuereinnahmen sich nicht wundersam vermehren werden in den nächsten Tagen und Wochen. Deshalb gehört es zu einer seriösen Finanzpolitik eines Landes, Vorsorge. Die Vorsorge kann nach meiner Auffassung nur darin bestehen, dass Sie a) nach der Mai-Steuerschätzung dem Thüringer Landtag einen Nachtragshaushalt für das Jahr 2003 präsentieren und es gehört aber auch dazu, und da wiederhole ich eine Forderung aus

der Debatte zum Doppelhaushalt, dass Sie uns spätestens im September zu den üblichen haushaltszeitlichen Abläufen einen kompletten neuen Haushalt für das Jahr 2004 vorlegen. Das gehört zur Seriosität dazu.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend, meine Damen und Herren, die finanzpolitische Situation bei uns im Land, aber auch in ganz Deutschland zeigt ganz deutlich, dass es zu der von der Bundesregierung, vom Bundeskanzler, vorgelegten Agenda 2010 keine, aber auch wirklich keine Alternative gibt.

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Es gibt immer Alternativen.)

(Beifall bei der SPD)

Das, was Sie wollen, Herr Seela, ist keine Alternative, das ist eine Verschlimmbesserung; das nur nebenbei.

Ich habe sehr viel Sympathie für den Satz und Sie können mir glauben: All das, was hier vorgeschlagen wird, es fällt niemandem schwerer solche Maßnahmen umsetzen zu müssen als einem Sozialdemokraten. Aber gerade deshalb ist es unsere Pflicht und unsere Schuldigkeit gegenüber der Bevölkerung in Deutschland, genau diesen Weg zu gehen und uns da nicht beirren zu lassen. Davon bin ich fest überzeugt, dass es nur so unseren Sozialstaat über die Runden bringt bzw. unsere Sozialsysteme rettet,

(Beifall bei der SPD)

wenn wir diese Sozialsysteme umbauen. Wir haben da, meine Damen und Herren, doch gar nicht so viele Möglichkeiten. Es wurde heute sehr viel Volkswirtschaft und Makro- und Mikroökonomie hier schon dargelegt. Aber wenn denn wirklich die Thesen stimmen, dass wir auf der so genannten Angebotsseite - also auf der Unternehmensseite -, aber auch auf der Nachfrageseite dafür sorgen müssen, dass beide mehr Geld in den Taschen haben, um das mal ganz profan auszudrücken, sowohl bei den Unternehmen mehr Gewinn, um mehr zu investieren, als auch bei den Leuten mehr Geld, um es zu verkonsumieren, dann gibt es nach meiner Auffassung nur eine einzige Stellschraube, die das bewirkt, das sind die Lohnnebenkosten. Und wenn man diese Erkenntnis gewonnen hat, dass es die Lohnnebenkosten sind, da gibt es wiederum unter dieser Stellschraube nur drei Hebel, die ich bewegen kann, das ist die Krankenversicherung, das ist die Arbeitslosenversicherung und das ist die Rentenversicherung.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Ab nach Berlin!)

Um Ihnen das an einem Beispiel klar zu machen, warum wir diesen Weg gehen müssen, das Beispiel Arbeitslosenversicherung. Es gibt dort nur zwei Instrumente, die ich betätigen kann, entweder ich verändere die Höhe oder

ich verändere die Bezugsdauer. Und wenn ich diese Erkenntnis habe, dann bin ich mitten in der Debatte zur Agenda 2010 und es zeigt, dass wir zu diesen Vorschlägen keine Alternative haben.

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Und was war 1997? Da haben Sie die Stellschraube zurückgedreht.)

Damit komme ich zu meinem Ursprungsstatement zurück: Deshalb, meine Damen und Herren, bei allem Verständnis für die Situation noch mal mein Appell an Sie, Frau Ministerin, an die Landesregierung, auch eigene Vorsorge hier bei uns in Thüringen zu treffen. Einen Nachtragshaushalt für 2003 halte ich für erforderlich und ich halte einen neuen Haushalt für 2004 für erforderlich. Danke, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Frau Ministerin Diezel, bitte schön.

Diezel, Finanzministerin:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werde mich nicht allen Werbereden für Agenda 2010 anschließen und hier irgendwelche Debatten noch mal entfachen. Es war eigentlich eine Werberede, die Sie in Richtung der Parteilinken in der SPD halten sollten, Herr Abgeordneter Höhn.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich aber auf einige Punkte eingehen, die Herr Huster angesprochen hat, und auf einige Punkte, die diskussionswürdig sind - wenn auch wenige aus Ihrer Rede, Herr Höhn.

Herr Huster, Sie sagen, das Ziel nicht erreicht. Ja, aber es ist immer die Frage, welche Ziele stelle ich mir, anspruchsvolle oder solche, wo ich ganz schnell über die Hürde springen kann. Ich hatte gesagt in meinen Ausführungen, wir haben uns das Ziel gestellt zu sparen und auch am 21. November oder am 20. November noch Sparsignale in das Land zu geben und in den Landeshaushalt vor dem 31.12. Das haben wir erreicht mit 227 Mio. €. Wenn ich mir das anschau, Sie haben ja auf die Vorschläge der PDS-Fraktion aus den letzten Jahren verwiesen: Vergangenes Jahr 100 Mio. € mehr, die waren aber schon als Ausgabe geplant, und in den vorhergehenden Jahren bis 1998 wären es insgesamt 347 Mio. € mehr Schulden gewesen, die wir, wenn wir den Anträgen der PDS-Fraktion zugestimmt hätten, aufgenommen hätten. Wir wären also jetzt bei einer viel höheren Quote und wir wären in der Nähe der Verfassungswidrigkeit, denn Sie wollten das Geld ja ausgeben. Sie wollten es zwar ganz populistisch für eine Investitionspauschale der Kommunen geben

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Ja, ja.)

- ja, sehr schön, dass Sie mir da zustimmen, Herr Höhn -, aber es war nicht da und wir hätten 347 Mio. € mehr Kreditaufnahme. Wir wären also über 1 Mrd. € mit den Folgen für die kommenden Generationen und für die kommenden Haushalte. Und was Sie außer Acht lassen ist die Zinsquote. Zurzeit haben wir eine relativ günstige Zinsquote. Wissen wir, ob in drei, in zwei Jahren - und die Kredite sind ja immer langfristig angelegt, das wissen wir als Haushalter, kurzfristige, langfristige, dass wir ein ganzes Kreditmanagement haben im Finanzministerium - wissen Sie, wie die Zinsquote ist und Sie auch; kennen Sie die Entwicklung der Zinsquote und die Entwicklung der Zinsen überhaupt hier bei uns im Haushalt? Auf das haben Sie nicht verwiesen, Herr Huster, und auch dafür habe ich Vorsorge zu treffen.

Nun sind wir beim Doppelhaushalt, das hat ja vor allen Dingen Herr Höhn angesprochen. Warum machen sie Doppelhaushalte? Herr Huster hat das immer im vorhergehenden gemacht. Mittlerweile machen alle neuen Länder einschließlich Berlin Doppelhaushalte. Und Doppelhaushalte, und jetzt kommt das Wort Planungssicherheit - Herr Höhn, Sie verdrehen es immer so ein bisschen -, Planungssicherheit für wen? Wir haben eindeutig gesagt, und ich habe es in meiner Rede zum Nachtragshaushalt noch mal bekräftigt, Planungssicherheit für die Haushalte, die von uns abhängig sind oder angeschlossen sind, die Kommunen, die Universitäten, die Theater und für diese Punkte. Und der Kommunale Finanzausgleich Thüringens ist der komfortabelste Finanzausgleich in den neuen Ländern, das hat selbst der Gemeinde- und Städtebund bis jetzt nicht bestritten.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: ... ständig neue Zahlen.)

Nein, nein, 1,86 Mrd. € für drei Jahre, 2002, 2003 und 2004, und dabei wollen wir auch bleiben. Wir hätten die Kommunen mit über 74 Mio. € beteiligen müssen an den Steuerausfällen, die Ihre Bundesregierung zu verantworten hat.

(Beifall bei der CDU)

Das haben wir nicht getan und das ist Planungssicherheit, das höre ich auch von den Landräten und von den Bürgermeistern, auf die sie sehr wohl rechnen können. Welche Schlüsselzuweisung bekommen sie, welche Investitionspauschalen?

(Beifall bei der CDU)

Doppelhaushalte bringen Planungssicherheit, aber auch Bewirtschaftungserlasse, und hier bin ich nicht allein, weil Sie sich auch, Herr Huster, über den Bewirtschaftungs-

lass so ausgelassen haben. Ich habe als Finanzministerin entsprechend dem Haushaltsgesetz, der Landeshaushaltsordnung Vorsorge zu treffen mit dem Bewirtschaftungserlass - § 2, § 5, § 41 - und das tue ich, und da bin ich nicht allein. Das machen andere Finanzminister in anderen Ländern genauso. Meine Kollegin der SPD in Brandenburg hat nicht nur 15 Prozent, sondern 25 Prozent - mutig, sage ich -, mittlerweile hat sie gar nichts mehr an freien Mitteln. Was wäre das für eine Diskussion hier gewesen? Und wenn wir die Zahlen der Steuerschätzung haben, werden wir im Kabinett Maßnahmen beraten und werden sie diesem Haus vorlegen, erst dann, und nicht großes Palaver und Politdebatten, sondern konkrete Zahlen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Mit liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, dann kann ich zum Abschluss die Frage stellen: Ist dem Berichtersuchen im Antrag Genüge getan worden oder erhebt sich Widerspruch? Nein. Dann ist das Berichtersuchen erfüllt. Wir schließen den Tagesordnungspunkt 16.

Ich komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 17**

Die Reform des Arbeitsmarktes und Auswirkungen auf den Thüringer Arbeitsmarkt

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 3/3283 - Neufassung -

Gibt es den Wunsch der antragstellenden Fraktion, diesen Antrag zu begründen? Den gibt es ganz offensichtlich nicht. Dann eröffne ich die Aussprache und bitte Herrn Abgeordneten Gerstenberger ans Rednerpult.

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich glaube, das lässt sich ziemlich kurz machen. Wir hatten einen Antrag der CDU-Fraktion, die Landesregierung möge berichten über das Erste und Zweite Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt und mögliche weitere auf den so genannten Hartz-Vorschlägen beruhenden Änderungen in der Arbeitsmarktpolitik und ihre Auswirkungen auf den Thüringer Arbeitsmarkt. Dann hat man gemerkt, dass die Landesregierung im Mai-Plenum dazu nicht berichten will oder kann und hat eine Neufassung gemacht, am 5. Juni zu berichten. Wir werden am 5. Juni die Diskussion dazu suchen und werden deshalb dem Antrag zustimmen - was soll's, bis zum Juni.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Frau Abgeordnete Vopel, bitte schön.

Abgeordnete Vopel, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Arbeitslosenzahlen in Deutschland waren seit der Wiedervereinigung noch nie so hoch wie derzeit. Auch wenn wir in Thüringen nach wie vor "die niedrigste Quote der neuen Länder" haben, können wir keinesfalls zufrieden sein. Es hat nichts mit Häme zu tun, Herr Gerstenberger, wenn wir den Finger in die Wunde legen. Wir haben es mit einer Bundesregierung zu tun, die ein Job-Aktiv-Gesetz auf den Weg gebracht hat, von dem wir vorher gesagt haben, es bringt nichts für die neuen Länder, wo wir Anträge eingebracht haben, die abgelehnt worden sind, was vielleicht zu einer Veränderung geführt hätte. Die Vorschläge von Herrn Hartz sind im Dom in Berlin inthronisiert worden mit einem Brimborium, so etwas hat es auf dieser Welt noch nicht gegeben. Da wurde propagiert, es bricht ein neues Zeitalter für die Arbeitslosen an. Was ist passiert? Nichts, im Gegenteil, es ist ein neues Zeitalter angebrochen, von Monat zu Monat wurden mehr Menschen arbeitslos. Weil die Schlagzeilen in den letzten Monaten wirklich verheerend waren, was diese ganzen Reformen angeht, "Erste Erfahrungen ernüchtern" und, und, und, "Hartz-Gesetze entwickeln sich zum Flop", deswegen haben wir gesagt, wir wollen das wirklich seriös abhandeln. Wir wollen der Landesregierung Zeit geben, nicht nur jetzt die paar Tage - der Antrag ist relativ spät eingegangen -, gut zu recherchieren, wir wollen uns ins Ruhe dann darüber unterhalten. Wir wollen eben nicht Polemik machen, dazu ist die Situation zu ernst, aber man wird schon sagen dürfen, dass das, was im Moment in Berlin gemacht wird, da werden Nebenkriegsschauplätze eröffnet, da wird darüber diskutiert, wollen denn die Leute überhaupt arbeiten. Da sage ich, das ist ein Schlag ins Gesicht der Leute, hier in den neuen Bundesländern wollen die meisten Leute arbeiten.

(Beifall bei der CDU; Abg. Schemmel, SPD)

Da wird darüber diskutiert, ob in der Bundesanstalt graue oder schwarze Ledersessel stehen. Das interessiert die Leute nicht, die wollen eine Regierung haben, die sich darum kümmert, dass Arbeitsplätze entstehen. Die entstehen normalerweise durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik. All das wollen wir am 5. Juni beraten. Bis dahin danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Müller, bitte schön.

Abgeordneter Dr. Müller, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte es auch ganz kurz machen.

(Beifall Abg. Nitzpon, PDS)

Machen wir uns nichts vor, das wird auch am 5. und 6. Juni eine reine Wahlkampfveranstaltung. Von Sachlichkeit wird da nicht viel übrig bleiben, ganz einfach deshalb, wir müssen uns ja erst einmal verständigen, was Hartz eigentlich für eine Zielstellung hatte. Da ist schon allein das Berichtersuchen in der Richtung ein bisschen daneben. Wir werden sehen, dass auch Gesetze gerade in dieser Art in ihrer Wirkung gar nicht zu beurteilen sind in so kurzen Zeiten, ob das jetzt vier Wochen später ist oder nicht. Lassen wir dann die Schauveranstaltung im nächsten Monat auf uns zukommen. Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gibt es weiteren Redebedarf? Das ist wohl nicht der Fall, dann kann ich die Aussprache schließen. Ausschussüberweisung ist ja nicht beantragt worden, so stimmen wir über den Antrag direkt ab. Wer dem Antrag in Drucksache 3/3283 - Neufassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Bei etlichen Stimmenthaltungen ist dieser Antrag mit Mehrheit angenommen. Damit sind wir am Ende unserer Tagesordnung angelangt.

(Beifall bei der SPD)

Die nächsten Plenarsitzungen finden am 5. und 6. Juni statt. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende. Auf Wiedersehen.

E n d e d e r S i t z u n g: 15.09 Uhr

Anlage**Namentliche Abstimmung in der 85. Sitzung am
09.05.2003 zum Tagesordnungspunkt 15****Arbeitsmarktpauschale**

Antrag der Fraktion der PDS

- Drucksache 3/3277 -

1.	Althaus, Dieter (CDU)	nein	50.	Nothnagel, Maik (PDS)	
2.	Arenhövel, Johanna (CDU)	nein	51.	Panse, Michael (CDU)	nein
3.	Bechthum, Rosemarie (SPD)	Enthaltung	52.	Pelke, Birgit (SPD)	Enthaltung
4.	Becker, Dagmar (SPD)	Enthaltung	53.	Pidde, Dr. Werner (SPD)	Enthaltung
5.	Bergemann, Gustav (CDU)	nein	54.	Pietzsch, Dr. Frank-Michael (CDU)	
6.	Böck, Willibald (CDU)	nein	55.	Pohl, Günter (SPD)	Enthaltung
7.	Bonitz, Peter (CDU)	nein	56.	Pöhler, Volker (CDU)	nein
8.	Botz, Dr. Gerhard (SPD)		57.	Primas, Egon (CDU)	nein
9.	Braasch, Detlev (CDU)	nein	58.	Ramelow, Bodo (PDS)	
10.	Buse, Werner (PDS)	ja	59.	Schemmel, Volker (SPD)	Enthaltung
11.	Carius, Christian (CDU)	nein	60.	Scheringer, Konrad (PDS)	
12.	Dittes, Steffen (PDS)	ja	61.	Schröter, Fritz (CDU)	nein
13.	Doht, Sabine (SPD)	Enthaltung	62.	Schuchardt, Dr. Gerd (SPD)	Enthaltung
14.	Döring, Hans-Jürgen (SPD)		63.	Schugens, Gottfried (CDU)	nein
15.	Ellenberger, Irene (SPD)	Enthaltung	64.	Schuster, Franz (CDU)	
16.	Emde, Volker (CDU)	nein	65.	Schwäblein, Jörg (CDU)	nein
17.	Fiedler, Wolfgang (CDU)		66.	Sedlacik, Heidrun (PDS)	
18.	Fischer, Dr. Ursula (PDS)		67.	Seela, Reyk (CDU)	nein
19.	Gentzel, Heiko (SPD)		68.	Seidel, Harald (SPD)	Enthaltung
20.	Gerstenberger, Michael (PDS)	ja	69.	Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
21.	Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	70.	Sojka, Michael (PDS)	
22.	Grob, Manfred (CDU)	nein	71.	Sonntag, Andreas (CDU)	nein
23.	Groß, Evelin (CDU)	nein	72.	Stangner, Dr. Isolde (PDS)	
24.	Grüner, Günter (CDU)	nein	73.	Stauch, Harald (CDU)	nein
25.	Hahnemann, Dr. Roland (PDS)	ja	74.	Tasch, Christina (CDU)	nein
26.	Heym, Michael (CDU)	nein	75.	Thierbach, Tamara (PDS)	
27.	Höhn, Uwe (SPD)	Enthaltung	76.	Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
28.	Huster, Mike (PDS)	ja	77.	Vogel, Dr. Bernhard (CDU)	nein
29.	Illing, Konrad (CDU)		78.	Vopel, Bärbel (CDU)	nein
30.	Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	79.	Wackernagel, Elisabeth (CDU)	nein
31.	Kallenbach, Jörg (CDU)	nein	80.	Wehner, Wolfgang (CDU)	
32.	Kaschuba, Dr. Karin (PDS)	ja	81.	Wetzel, Siegfried (CDU)	
33.	Klaubert, Dr. Birgit (PDS)		82.	Wildauer, Dr. Heide (PDS)	ja
34.	Klaus, Dr. Christine (SPD)	Enthaltung	83.	Wolf, Bernd (CDU)	nein
35.	Koch, Dr. Joachim (PDS)	ja	84.	Wolf, Katja (PDS)	
36.	Köckert, Christian (CDU)	nein	85.	Wunderlich, Gert (CDU)	nein
37.	Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	86.	Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein
38.	Kraushaar, Dr. Ingrid (CDU)	nein	87.	Zimmer, Gabriele (PDS)	
39.	Krauße, Horst (CDU)	nein	88.	Zitzmann, Christine (CDU)	nein
40.	Kretschmer, Thomas (CDU)	nein			
41.	Krone, Klaus, von der (CDU)	nein			
42.	Kummer, Tilo (PDS)	ja			
43.	Künast, Dagmar (SPD)	Enthaltung			
44.	Lehmann, Annette (CDU)	nein			
45.	Lieberknecht, Christine (CDU)	nein			
46.	Lippmann, Frieder (SPD)	Enthaltung			
47.	Mohring, Mike (CDU)	nein			
48.	Müller, Dr. Alfred (SPD)	Enthaltung			
49.	Nitzpon, Cornelia (PDS)	ja			